Nr. 18.

25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 22. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Säbelhiebe statt Brot.

Die frivolen Hetzereien der „Nordd. Allgem. Ztg." und des konservativen Zeitungsgelichters haben ihre Früchte getragen. Abermals ist Blut geflossen. Abermals hat der Polizeisäbel rücksichtslos dreingeschlagen! Abermals sind harmlose Straßenpassanten niedergesäbelt worden!

Das ist kein Wunder, wenn man bedenkt, daß von dem Polizeiminister im Abgeordnetenhaus selbst die „äußerste" Schärfe gegen Straßendemonstrationen angekündigt wurde. Die „Nordd. Allgem. Ztg." hatte gerade noch in den letzten Tagen ebenfalls ein schärferes Dreinhauen angekündigt: man werde Demonstranten nicht mit Samthandschuhen anfassen. Und die agrarische Presse vollends hatte geradezu dazu aufgefordert, möglicherweise sogar blaue Bohnen zu verabfolgen, trotzdem ja nach dem 12. Januar die „Deutsche Tageszeitung" das Wort geprägt hatte, daß man nach „Spatzen" nicht mit Browning-Pistolen schieße!

Die Stimmung war also durch die Hetze der offiziösen und halboffiziösen Presse erzeugt worden! Man harrte der Demonstrationen, die da kommen sollten. Seit dem 12. Januar war die Polizei in fieberhafter Erregung. An jedem Tage wartete sie von neuem auf die Straßendemonstrationen. Da sie nicht kommen wollten, bildete man sich ein, daß wenigstens am 21. Januar, dem Tage der Arbeitslosenversammlungen, Gelegenheit zum Einhauen für die Schutzleute gegeben werde. Die sozialdemokratische Partei machte allerdings den Herren einen Strich durch die Rechnung. Sie dachte gar nicht daran, die Arbeitslosenversammlungen, die mit der Wahlrechtsbewegung nicht das mindeste zu tun haben, zu Straßenkundgebungen zu benutzen! Im Gegenteil. Sie kündigte an, daß die Genossen vor Straßendemonstrationen gewarnt würden. Außerdem hatte sie den Versammlungsleitern die Weisung gegeben, vor allen Straßenansammlungen der Versammlungsbesucher ausdrücklich zu warnen!

Die Zusammenstöße, die trotzdem stattgefunden haben, haben also mit der sozialdemokratischen Partei oder mit der Wahlrechtsbewegung nicht das mindeste zu tun. Diese Warnung vor Straßendemonstrationen bedeutet aber **nicht den geringsten Milderungsgrund für die Polizeiattacke auf friedliche Straßendemonstranten!** Zu zahlreicheren Aufzügen ist es ja auch gar nicht gekommen. Wenn sich ein paar hundert Arbeitsloser zufällig zusammengefunden, so hatte die Polizei nicht den mindesten Grund, gegen sie mit der Wucht einzuschreiten, die das Massaker vom 21. Januar auszeichnete. Ob es sich um Demonstrationen oder um zufällige Ansammlungen handelte, ist vollständig gleichgültig! Wenn die Schloßwache aufzieht, kommt es ebenfalls zum Auflauf. Wenn eine Hofequipage vorfährt, findet sich das Publikum zu Hunderten zusammen. Warum hätten also nicht auch Proletarier, **Arbeitslose, Opfer unseres heutigen Klassenstaates**, das Recht, sich zu einigen Hunderten zusammenzufinden. Die „Tägl. Rundschau" beziffert die Zahl der Arbeitslosen in Groß-Berlin auf 60 000. Ist es da ein Wunder, wenn sich einige Hunderte zusammenfinden? Und dürfen diese Hundert nicht etwa die Straßen ebensogut benutzen wie der Mob mit Seidenhüten, wie die oberen Zehntausend, die sich bei Ordensfesten oder sonstigen Gelegenheiten in viel größeren Massen ansammeln?

Von Störungen des Verkehrs konnte keine Rede sein. Ganz unmotiviert, vielleicht veranlaßt durch die **skandalöse Hetze der offiziösen und der halboffiziösen Presse**, stürzte sich die Polizei auf die harmlosen Spaziergänger und mit einer Rücksichtslosigkeit ohnegleichen wurde eingehauen! In der Absicht, dem Proletariat seine Straßendemonstrationen ein für allemal auszutreiben, schlug man auf **völlig Unbeteiligte los!**

Für eine der Hauptattacken der Polizei wird als Milderungsgrund wiederum geltend gemacht, daß ein „Schuß" gefallen sei. Es handelt sich wiederum um den famosen Signalschuß, der auch an der Friedrichsgracht am 12. Januar abgegeben worden sein soll. Aber das offiziöse Depeschenbureau besitzt diesmal wenigstens die Scham, zu erklären, die Detonation sei wohl von einem Feuerwerkskörper erfolgt. **Aber die Polizei hieb diesmal nur umso wütender auf die von der Polizei selbst zusammengekeilten Massen ein!**

Heute, am Mittwoch, wird die Wahlrechtsinterpellation der sozialdemokratischen Partei verhandelt. Alle Parlamentarier, die noch einen Funken von Schamgefühl besitzen, werden sich mit dem ungeheuerlichen Straßenterrorismus des Herrn Borries und seiner agrarischen und scharfmacherischen Hintermänner befassen müssen, die ihm in der Presse in den letzten Tagen ihre Direktive gegeben haben.

Die sogenannte Volksvertretung wird zu bekunden haben, ob die Straße nur für reiche Müßiggänger da ist, oder auch für das Volk! Wenn schon die Kleidung eines Proletariers, der Mangel eines Stehumfallkragens für die Polizei hinreichenden Anlaß bieten soll, auf solche Passanten einzuhauen, so wäre das eine Proklamierung der wüstesten krassen Säbelherrschaft, die sich denken läßt!

Die Volksvertretung wird Farbe zu bekennen haben!

* * *

Seit beinahe vierzehn Tagen befindet sich Berlin im Belagerungszustande. Die Vertreter der herrschenden Klasse versichern, die Demonstrationen des Volkes machten auf sie keinen Eindruck. Ihre „Sicherheits"-Maßnahmen strafen ihre Worte Lügen. Noch immer ist das Schloß umstellt von einer dichten Kette von Schutzleuten. Revolvergespickt, säbelumgürtet bieten die „Sicherheitsbeamten" die wohlwattierte Männerbrust kühn den gefährlichen — Blicken unbewaffneter Passanten dar. Kopfschüttelnd fragt man sich vergeblich, was eine solche Polizeidemostration soll!

Die zahlreichen Ausländer in Berlin freilich, welche in der Nähe des Schlosses zahlreicher als anderwärts sich zusammenfinden, schütteln nicht die Köpfe, sondern erörtern, je nachdem ironisch oder befriedigt, die Lage eines Staates, der so sinnenfällig selbst jedermann demonstriert, wie groß in ihm die Kluft zwischen Regierenden und Volk ist. Man vergleicht die Lage Preußens mit der Rußlands vor dem japanischen Kriege, und erörtert ernsthaft die Frage, ob Deutschland mit seinem politisch zerrissenen größten Bundesstaat an der Spitze, wohl in der Lage sei, im europäischen Konzert die Rolle weiter zu spielen, die es bisher gespielt hat!

Gestern waren die Absperrungen um das Schloß wieder besonders stark. Der Kaiser selbst weilte in Kiel, das Modell einer neuen Kaiserjacht zu besichtigen. Das leere Schloß aber bewachte die Berliner Polizei. Alle Brücken zur Kaiser-Insel — pardon! Museums-Insel! — waren von starken Polizei-Aufgeboten besetzt, ebenso die Zugänge zum Schloß durch die Breite und Brüderstraße. Die Absperrung wurde besonders scharf aufrechterhalten auf der Kaiser-Wilhelm-Brücke. Immerhin war sie eine modifizierte. Die Schutzleute wiesen nicht jeden, sondern nur nach ihrer Meinung „Arbeitslose" zurück. Als Maßstab diente ihnen offenbar für die Frage der Gefährlichkeit oder Ungefährlichkeit die Aeußerlichkeit, ob jemand mit oder ohne gestärkten Kragen daherkam. Da unsere Berliner Arbeiterschaft bekanntlich Wert darauf legt, sich äußerlich sauber und adrett zu präsentieren, wurden gerade die ärgsten „Revolutionäre" vielfach hindurch gelassen, zurückgewiesen aber die politisch ungefährlichen Elemente, die erst in der Hochkonjunktur der letzten Jahre aus rückständigen Gegenden von der Industrie herangezogen, noch die Schale zurückgebliebener Kultur an sich trugen.

Immerhin, trotz der Maßnahmen der Polizei war es bis zum Schluß der Versammlungen und noch lange nach Beendigung derselben zu keinerlei Zwischenfällen gekommen. Der offiziöse Bericht des Wolffschen Telegraphen-Bureaus sagt über den Verlauf dieser Versammlungen folgendes:

Berlin, 21. Januar. Die neun Arbeitslosen-Versammlungen, in den heute vormittag sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete gesprochen haben, und die von etwa **12 000 Personen** besucht waren, haben **einen ruhigen Verlauf** genommen. Der **Aufforderung der Redner, nach Schluß der Versammlungen ruhig auseinanderzugehen**, und der **Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben, wurde überall Folge geleistet.**

Alle Berichte, die uns über die Vorgänge in und vor den Versammlungslokalen zugingen, und die wir in der Beilage bringen, besagen dasselbe. Erst am Nachmittage, örtlich und zeitlich ohne Zusammenhang mit den Versammlungen, kam es dann zu Szenen, **die das Blut in den Adern erstarren ließen, zu Vorkommnissen, für die die Berliner Polizei nie eine Entschuldigung finden wird!**

Wir haben darüber etwa folgendes festgestellt:

Ein neues Blutbad in den Straßen Berlins.

Zu furchtbaren Attacken auf friedlich dahinziehende Personen ist es gestern nachmittag gegen 3 und 4 Uhr zwischen der Marschall- und Kronprinzen-Brücke gekommen. Nach den uns gemachten Mitteilungen sollen die Metzeleien selbst die Vorgänge am 12. Januar an der Friedrichsgracht in den Schatten stellen. In der belebten Friedrichstraße hatte sich lange nach Schluß der Versammlung eine Anzahl Personen zusammengefunden, die zwanglos dahingingen. Aus einem Hause der Friedrichstraße erschienen mit einem Male etwa 25 Schutzleute, die die Dahinziehenden durch die Karlstraße und die Luisenstraße über die Marschall-Brücke das rechte Ufer des Schiffbauer-Damms hinuntertrieben. Von der Kronprinzenbrücke kam indes den Dahinziehenden bereits ein Trupp Polizeimannschaft entgegen, so daß dieselben nun

vollständig eingekeilt

waren. Hier wurde nun **furchtbar auf die Menge eingehauen**, so daß sich in kurzer Zeit an einzelnen Stellen wahre

Blutlachen

bildeten. Am Neubau des Operetten-Theaters staute sich die Menge und konnte weder vorwärts noch rückwärts. Eine Anzahl suchte auf dem Neubau Zuflucht, doch **die Polizei verfolgte die Flüchtlinge und**

hieb rücksichtslos auf sie ein.

Ja, ein etwa 20 Mann starkes Kommando Schutzmannschaft drang unter Führung eines Polizeileutnants in den Neubau ein und hieb **mit blanker Waffe über die an der Affäre völlig unbeteiligten dort arbeitenden Stukkateure, Rohrleger und andere Arbeiter** her, sie auffordernd, den Bau zu verlassen. Einige von den Leuten hatten Verletzungen erhalten, die ihnen mittels Polizeisäbel beigebracht worden waren.

Auch Leute, die sich in andere Häuser flüchteten, wurden herausgeholt und furchtbar geschlagen.

Der Not-Schuß.

Just zu derselben Zeit, als die Polizei gerade bei der „Arbeit" war, fiel mit einmal ein Schuß — — das offiziöse Depeschenbureau spricht von der Explosion eines Feuerwerkskörpers —, worauf **die Polizei um so wütender einhieb!** Eine Anzahl der mit dem Polizeisäbel Bearbeiteten wurden furchtbar zugerichtet. Ein Passant erhielt am Kopfe so schwere Verletzungen, daß

das Gehirn bloß lag.

Aus Angst, **sistiert zu werden**, eilte er davon, bis er **am Lessing-Theater ohnmächtig** zusammenbrach. Vorübergehende nahmen sich des Unglücklichen an und brachten ihn ins Krankenhaus, woselbst der Arzt den **Zustand als bedenklich erklärte.**

Ein anderer Zeuge berichtet, daß ein junger Mensch, der einen Schutzmann anflehte, ihn doch gehen zu lassen, mit dem Säbel **bearbeitet wurde. Schätzungsweise wird die Zahl der Verletzten auf**

dreißig bis vierzig

angegeben. Dem einen der Bauarbeiter wurde der Arm durch Bluse und Hemd hindurch blutig geschlagen. Auf einen Hof hatten sich vor dem Wüten der Polizei etwa fünf Leute geflüchtet; die doppelte Zahl von Schutzleuten stürmte den Hof und trieb sie mit Säbelhieben hinaus. Dieser Angriff war **um so widersinniger**, als niemand der Aufforderung, sich zu entfernen, Widerstand leistete. Die Regierung säet Wind — Sturm wird sie ernten!

Polizeiattacke im Hause der Metallarbeiter.

Im Verbandshause der Metallarbeiter, in der Charitéstraße 3, haben sich gestern Ereignisse abgespielt, die man im friedlichen Berlin für unmöglich halten sollte. Polizeibeamte, oder wenigstens Personen, die man ihren Uniformen nach dafür halten mußte, sind in das Haus eingedrungen und haben Menschen, die dort auf Eröffnung des Bureaus warteten oder sonst zu tun hatten, attackiert und mißhandelt. Vom Karlsplatz her kam der Trupp Uniformierter mit blanker Waffe angestürmt. Ein Berittener kam mit seinem Pferde durchs Tor auf den Hof und hielt dort Wacht. Die anderen sechs oder acht Mann stürmten mit einem Leutnant voran die Treppen hinauf, immer mit gezogenem Säbel. Der Erste, den sie **niederschlugen**, war ein junger, aber erst zugereister Metallarbeiter aus Posen, der gekommen war, um sich beim Verbande anzumelden. Der Verbandsbeamte Genosse Blumenthal machte dem Leutnant Vorhaltungen. „Wie können Sie den Mann so schlagen! Er hat ja nicht das geringste verbrochen!"

„Wenn Sie nicht ruhig sind, kriegen Sie auch noch Ihre Senge",

war die Antwort. Blumenthal gab jedoch den Versuch nicht auf, dem Polizeileutnant die Situation klar zu machen. Da wurde er plötzlich

an der Gurgel gepackt, hingeworfen, geschlagen

und schließlich zur Wache gebracht. Ein zweiter Verbandsbeamter, Genosse Wilcke, der gesehen, wie sein Kollege mißhandelt wurde, versuchte nun seinerseits den Leutnant von der Torheit des polizeilichen Vorgehens zu überzeugen. **Da zuckte der Leutnant den Degen auf ihn**, zwei Schutzleute taten desgleichen, und man hätte ihn vielleicht niedergestochen, wenn er sich nicht ins Arbeitsnachweisbureau geflüchtet hätte. Die eiserne Tür, die sie schleunigst schlossen, schützten die Beamten und Arbeitslosen des Verbandes vor weiteren Angriffen!

Andere Personen hatten sich wo anders hin geflüchtet. In den **Setzersaal** kamen zwei Arbeiter und eine Frau, die im Hause war, um für ihren Mann Beiträge zu zahlen, gestürzt. Die Frau war totenbleich vor Schreck. Die Setzer schlossen natürlich ihren Saal ab. — Als die Polizei in der geschilderten Weise eine Weile für Ordnung gesorgt hatte, zog sie von dannen.

Gegen abend sah es im Arbeitsnachweisbureau aus

wie in einem Lazarett.

Vier junge Leute mit verbundenem Kopf, andere mit anderen Verwundungen saßen da herum und erhielten Kaffee und Butterbrot zu ihrer Stärkung. — Elf seien in der Charité verbunden worden, sagte man, die teils auf der Straße verwundet worden waren.

Als wir später am Schiffbauerdamm entlang gingen, hörten wir heftiges, entrüstetes Schelten in einem Grünkramkeller. Es war der Besitzer des Geschäfts. Am Nachmittag, so erzählte er uns, habe seine Tochter ihm gesagt, es kämen so viele Menschen daher. Der Mann ging hinaus, um seine Aepfelkiepe hineinzuholen, damit sie nicht etwa von der Menge umgestoßen werde. Kaum hat er draußen den Korb angefaßt, stürzten Schutzleute mit blankem Säbel auf ihn, **schlugen ihn in den Nacken, daß er die Treppe hinunterfiel.**

70 ist es nicht so zugegangen,

meinte der Mann. Er hatte den Krieg mitgemacht, aber bei allen Grausamkeiten des Krieges nicht gesehen, daß man wehrlose Menschen niederschlug!

Faule Ausreden!

Unsere Feststellungen, daß ein Teil der preußischen Zentrumsfraktion vom Reichstagswahlrecht für Preußen überhaupt nichts wissen will, sucht die „Märkische Volkszeitung" einfach durch ungeniertes Ableugnen zu entkräften. Sie schreibt:

„Worauf gründen sich nun die gegnerischen Angriffe? Zunächst auf den Umstand, daß der Zentrumsantrag nicht von allen Abgeordneten der Fraktion unterschrieben war. Das sagt nichts. Im Zentrum besteht kein Fraktionszwang; man setzt hier unter Anträge nur die Namen der anwesenden Abgeordneten; darauf beruht es, daß nicht sofort alle Namen unter dem Antrage standen; im Laufe der nächsten Tage sind aber noch eine ganze Anzahl von Abgeordneten dem Antrage beigetreten. Sobald sie in Berlin waren, unterschrieben sie: die Gegner wissen dies so gut wie wir; aber trotz-

dem verschweigen sie diesen Umstand. Nun ist aber zuzugeben, daß einzelne Abgeordnete sich auch gegen den Antrag erklärt haben. Die Abgg. Graf Strachwitz, Graf Ballestrem, Graf Spee haben sich als Gegner des Antrages bekannt. In der Fraktionssitzung, wo einstimmig der Wahlrechtsantrag beschlossen wurde, fehlten sie. Mit diesen drei Namen sind alle Gegner des Antrages unter den Abgeordneten genannt. Es ist schon auffallend, daß es gerade drei Grafen sind. Die Fraktion hat keine Zwangsmittel, um diese Abgeordneten zur Unterschrift zu bringen, sie kann nur belehrend auf sie einwirken; das andere ist Sache der Wähler und der betreffenden Abgeordneten selbst."

Die „Märkische Volkszeitung" behauptet also, daß von der preußischen Zentrumsfraktion nur 3 Abgeordnete, Graf Strachwitz, Graf Ballestrem und Graf Spee, Gegner des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Preußen seien. Sie tut so, als ob alle übrigen Abgeordneten den Wahlrechtsantrag unterzeichnet hätten. Daß ist aber eine **Unwahrheit**. Als nämlich Graf Spee seinerzeit wegen seiner Weigerung, den Zentrumsantrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts zu unterzeichnen, angegriffen wurde, gab er in der ultramontanen „Rheinischen Volksstimme" folgende Erklärung ab:

„Man hat mir vorgeworfen, daß ich den Antrag der Zentrumsfraktion auf Abänderung des Landtagswahlrechts nicht mit unterzeichnet habe. Ich stelle fest, daß mit mir eine Anzahl Zentrumsabgeordneter denselben Standpunkt in dieser Frage einnehmen und den Antrag **nicht mit unterzeichnet haben**, wie Graf Ballestrem, Geheimrat König, Graf Praschma, Prinz Arenberg, Albers, Becker, Decker, Eular, Ostrop, Pingen, Rintelen, Rügenberg, Strachwitz, Stromberg, Underberg, Wattendorf, Graf Wolf-Metternich.

Ich bemerke, daß ich die Mängel des Landtagswahlrechtes unumwunden anerkenne und für eine sachgemäße Abänderung bin. Was ich jedoch nicht wünsche, ist, daß das System des Reichstagswahlrechtes ohne weiteres auf das Landtagswahlrecht übertragen werde."

Graf Strachwitz erklärte also, daß die von ihm namentlich genannten 17 Abgeordneten ebensowenig von der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen wissen wollten, wie er selbst! Und Graf Strachwitz muß ja seine Pappenheimer kennen. Oder will die „Märkische Volkszeitung" behaupten, daß Graf Strachwitz die Unwahrheit gesagt hat?

Im übrigen aber haben gerade die bedeutendsten Führer des Zentrums niemals große Sympathien für das allgemeine und gleiche Wahlrecht besessen. Schon Windthorst verlangte seinerzeit die Schaffung eines **Oberhauses** neben dem Reichstag, damit die „aristokratischen Elemente des Staates eine dauernde sichere Vertretung" fänden. Auch Bischof Ketteler trat für eine ständische Interessenvertretung ein, da das allgemeine und gleiche Wahlrecht die Gefahr der „Majoritätswirtschaft" und der „Kopfzahlwahl" in sich berge. Gleich ihm wandte sich auch Professor Hitze, diese Leuchte des Zentrums, in seinem Buche „Kapital und Arbeit" **gegen** das gleiche Wahlrecht.

„Das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht führt mit der Zeit notwendig zur Majorisierung durch das Proletariat. **Da bleibt nur der Ausweg ständischer Wahlen.**"

In dieselbe Kerbe hieb auch August Reichensperger!

Aber auch der Abgeordnete Bachem erklärte am 23. Januar 1904 im preußischen Abgeordnetenhaus:

„Das Reichstagswahlrecht, wie wir es jetzt haben, **kann als Ideal nicht anerkannt werden.** Es bringt Mißbräuche und Mißstände mit sich, **von denen man nicht wünschen kann, daß sie in das neue preußische Wahlrecht hineinkommen.**"

Und am 30. Juli 1905 erklärte der Zentrumsabgeordnete Gröber in der Württembergischen Ständekammer sich **gegen** das allgemeine und gleiche Wahlrecht:

„Viel besser als die Erste Kammer eignet sich die Zweite Kammer für eine **berufsständische Vertretung, um die Mängel des allgemeinen Wahlrechts auszugleichen.**"

Man sieht, daß die faulen Ausreden der „Märkischen Volkszeitung" nichts als ein plumper Täuschungsversuch der Massen sind! Die herrschenden, d. h. die besitzenden Schichten des Zentrums sind im Grund ihres Herzens Gegner des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Schon die schmachvolle Haltung des Zentrums während der ganzen Wahlrechtskampagne, sollte das jedem denkenden Zentrumsarbeiter bewiesen haben!

Wahlrechtsinterpellation.

Heute gelangt im Reichstage die Wahlrechtsinterpellation unserer Fraktion zur Verhandlung. Die Fassung ist eine derartige, daß der Kanzler des Reiches, will er sich nicht vor der Welt eine weitere Blamage zuziehen und sich selbst als eine Person hinstellen, die für ihre eigenen Aussprüche und Maßnahmen nicht die Verantwortung zu übernehmen wagt, sich der Beantwortung der an ihn gerichteten Anfrage nicht entziehen kann, weshalb er in der Landtagssitzung vom 10. Januar die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet hat. Möglich, daß der Kanzler in der Erwägung, daß er ohnehin an politischem Ansehen nicht mehr viel zu verlieren hat, vor allem nicht im Auslande, trotzdem die Antwort ablehnt und sich kühnen Mutes hinter allerlei Kompetenzen flüchtet. Uns wird es höchst gleichgültig lassen, ob er redet und wie er redet, ob er nach der sonst von ihm beliebten Manier es für angebracht findet, dem bitteren, blutigen Ernst des Augenblicks mit kleinen Späßen und diplomatischen Mätzchen zu begegnen, oder ob er es für passender hält, in Junkerbrutalität zu mimen und den starken Mann nach Kröcherschem Rezept zu spielen. Beraten wird die Interpellation in jedem Falle, und unsere Fraktionsredner werden es im Reichstage an schärfster Kritik nicht fehlen lassen.

Politisch interessant wird sein, wie sich der Freisinn und das Zentrum in der Debatte benehmen werden. Etwas kräftigere Töne werden beide, besonders der Freisinn, wohl finden; denn die Kundgebungen im Lande für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Landtagswahlrecht lassen sich nicht ohne weiteres ignorieren. Das „Berliner Tageblatt" richtet vor der Interpellation nochmals an die Freisinnigen einen Appell, nicht jene schwächlich-komödienhafte Szene vom 10. Januar zu wiederholen, sondern schärfere Töne anzuschlagen.

„Immer wieder", schreibt sie, muß man von gewissen Parlamentariern der Freisinnigen Volkspartei hören, daß die Freisinnigen im Abgeordnetenhause eine „kleine Minderheit" bilden und nur durch „kluges sachliches Vorgehen" dem Fortschritt auf die Beine helfen können. Ja, wenn man uns nur sagen wollte, was denn eigentlich das „kluge sachliche Vorgehen" bisher genützt hat. Es hat keine einzige reaktionäre Errungenschaft zunichte gemacht, weder das Volksschulunterhaltungsgesetz noch die Enteignungsvorlage, noch sonst etwas. Es hat auch den Fortschritt in Preußen nicht im geringsten gefördert. Oder sind nicht die Freisinnigen in Preußen immer weiter degradiert worden? In der Legislaturperiode 1873 bis 1876 hatten sie noch 72 Abgeordnete; dann ging es herunter, wenn auch mit einigen Schwankungen; erst auf 67, dann auf 35; in den folgenden Perioden stieg die Zahl wieder ein wenig, um 1889 auf 26 zu fallen, und 1894 gar auf 20. Dann gab es 1899 wieder einen kleinen Aufschwung auf 36, eine Zahl, die 1903 schon wieder auf 32 fiel.

Diese Zahlen sind nicht sehr imposant. Wo ist da eigentlich der durch das „kluge sachliche Vorgehen" erzielte Fortschritt? Und bei den nächsten Wahlen? Wenn der Freisinn auch diesmal sich nicht zu einer entschiedenen Haltung durchringen kann, wenn er nicht offen für die Wahlreform in Preußen eintritt, dann wird er in einem Wahlkampfe, der um das Wahlrecht geführt wird, zwischen zwei Mühlrädern sitzen. Darf er sich wundern, wenn er zerrieben wird?

Wir wissen leider nur zu gut, daß es innerhalb der freisinnigen Parteien „unsichere Kantonisten" gibt, die am liebsten auch diesmal einer Entscheidung ausweichen möchten. Aber wir hoffen, daß diese Elemente nicht auch jetzt wieder, wie leider so oft schon, über den entschiedeneren Flügel des Freisinns einen verhängnisvollen Erfolg davontragen werden. Wenn auch die freisinnige Volkspartei energisch für die preußische Wahlreform eintritt, dann sieht sich Fürst Bülow einer kompakten Mehrheit im Reichstage gegenüber, deren Willen er nicht ignorieren kann.

Der kommende Tag kann eine Entscheidung bringen; er kann aber auch dazu beitragen, den Fortschritt im Reich wie in Preußen versumpfen zu lassen."

Die Debatte wird zeigen, ob die Mahnung fruchtet und die Epigonen Eugen Richters in ihrer Anklammerung an den Block noch die Energie einer scharfen, parlamentarischen Opposition finden. Ihre Stellungnahme wird sicher nicht über die Wahlrechtsreform entscheiden, denn diese muß und wird durchgeführt werden, mag sich der Freisinn verhalten wie er will — wohl aber wird die Entscheidung über die Zukunft des Liberalismus in Preußen fallen. —

Die Ruhrbergleute über die Knappschaftsdebatte im Reichstage.

Aus Essen wird uns geschrieben:

Am letzten Sonntag fanden im Ruhrgebiet wieder zahlreiche Bergarbeiterversammlungen, zum Teil überfüllte, statt. Die Tagesordnung betraf das Zwangsstatut. Die Stimmung wird immer erbitterter, so daß verschiedentlich erklärt wurde, das Zwangsstatut müsse mit einem Streik beantwortet werden. Die Gewerkschaftsleiter rieten davon ab und verwiesen auf die eingeleiteten Prozesse gegen das Zwangsstatut. Lange würde es nicht bestehen bleiben, da auch die Werksbesitzer keine Freude daran hätten.

Die Referenten und Diskussionsredner kamen auch auf die Reichstagsdebatten über das Knappschaftsstatut zu sprechen. In Stoppenberg und Steele-Horst, beide Orte im Kreise Essen, beschäftigten sich die Versammlungen lebhaft mit dem Verhalten der Parteien im Reichstag zur Bergarbeiterfrage. Mit Befriedigung wurde konstatiert, daß sich fast alle Parteien für ein Reichsknappschaftsgesetz ausgesprochen haben. Selbstverständlich kam auch die Rede auf die hier im Bergwerksrevier allgemein erörterten Enthüllungen des Genossen Hue über das Geheimaktenmaterial der Regierung. Mehrere Redner sprachen Hue für seine Aufdeckung ihren Dank aus. Sehr scharf wurde der Abgeordnete Giesberts verurteilt wegen seines Versuches, die Landtagsabgeordneter, die die hohen Zahlen des Nullens auch verheimlichten, zu verteidigen. Nicht eine einzige Stimme erhob sich für Giesberts, keiner der anwesenden christlichen Gewerkvereinsmitglieder nahm ihn in Schutz. Auch im Gespräch mit christlichen Arbeitern fanden wir keinen, der die Geheimhaltung des richtigen Materials als eine „Ehrenpflicht der Abgeordneten" anerkannte.

Eine Massenversammlung fand in Wattenscheid statt, einberufen von den Knappschaftsältesten des ganzen Bezirks. Eingefunden hatten sich mehrere tausend Bergleute, darunter die Ortsverwaltungsmitglieder des Bergarbeiterverbandes und des christlichen Gewerkvereins. Nachdem die Aeltesten Bericht erstattet hatten, nahm der Genosse Abg. Hue das Wort. Er versprach, über die parteipolitischen Vorgänge während der Reichstagsdebatten in einer allgemeinen Volksversammlung zu referieren, er wolle hier aber doch fragen, ob die Regierung die Pflicht hatte, das für die Bergarbeiter günstige Material zu verheimlichen und ob die Abgeordneten die Pflicht hatten, diese Verheimlichung mitzumachen?

Nach einer kurzen Diskussion, in der die Freude über das Eintreten der Reichstagsmehrheit für ein Reichsgesetz zum Ausdruck kam, fand folgende Resolution Annahme:

„Die heutige Bergarbeiterversammlung erklärt sich mit dem Verhalten derjenigen Aeltesten, die in der Generalversammlung am 28. Dezember den Statutentwurf der Werksbesitzer abgelehnt haben, völlig einverstanden und spricht ihnen für ihre mannhafte Haltung Anerkennung aus.

Die Versammlung betont ausdrücklich, daß nach ihrer Ueberzeugung die Schuld an dem Scheitern des Einigungswerkes diejenigen Werksbesitzer trifft," die den Vermittelungsvorschlag Schulten-Nobis ablehnten.

In dem nunmehr in Kraft tretenden Zwangsstatut erblickt die Versammlung lediglich ein Produkt der bergarbeiterfeindlichen Gesetzgebung des preußischen Landtages. Die Vorgänge im Bochumer Knappschaftsverein haben so deutlich wie nur möglich gezeigt, daß die Bergarbeiter nicht eher zu einem gründlichen Lebensschutzgesetz gelangen und ihre alten knappschaftlichen Rechte wieder erhalten, als bis die ganze die Bergarbeiter betreffende Gesetzgebung einem Parlament überantwortet ist, das aus allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl hervorgegangen ist.

Die Versammlung spricht allen Rednern und Parteien, welche im Reichstag für eine reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterfragen eingetreten sind, ihren Dank aus und erklärt, daß alle diejenigen, welche direkt oder indirekt die in den Geheimakten der preußischen Regierung liegenden Beweise für die Wahrheit der Bergarbeiterklagen vertuschten, oder diese Vertuschung beschönigten, den Bergarbeitern ein himmelschreiendes Unrecht getan haben."

Für diese Resolution stimmten ausnahmslos alle Versammelten; auch die Mitglieder und Ortsausschüsse des christlichen Gewerkvereins stimmten sämtlich dafür.

Drei Jahre russische Arbeiterbewegung.

„Ihr habt fünfzehn, zwanzig, fünfzig Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um Euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen."

Karl Marx am 15. September 1850 in der Sitzung der Londoner Zentralbehörde des Kommunistenbundes.

Drei Jahre sind heute seit dem Petersburger Blutsonntag verflossen, drei Jahre schärfsten Klassenkampfes, drei Jahre politischer und wirtschaftlicher Erschütterungen von weltgeschichtlicher Bedeutung. Sollte es möglich sein, die Errungenschaften solcher Kämpfe zunichte zu machen? Das kann nur glauben, wer die geschichtliche Entwickelung nach ihren äußerlichsten Erscheinungen beurteilt. Denn wenn die Reaktion auch scheinbar alles wieder herstellt, was die Revolution beseitigt, und alles beseitigt, was die Revolution geschaffen hat, eins wird ihr nie gelingen: das Volk wieder zur politischen Bewußtlosigkeit, zur Passivität herabzudrücken. Der 22. Januar 1905 hat eine nie mehr zu überbrückende Kluft zwischen dem Volk und dem Absolutismus geschaffen, er hat das Volk aus seinem politischem Schlummer erweckt, es zum Sturm wider den Zarismus aufgeboten: daher ist und bleibt dieser 22. Januar 1905 das Anfangsdatum der ersten großen russischen Revolution.

Es war ein friedlicher Zug. Der größte Teil der Petersburger Arbeiter setzte noch seine Hoffnungen auf den Zaren. Nur in den Grenzgebieten Rußlands war das Proletariat bereits damals von solchen Illusionen frei; nur in den Grenzgebieten kämpften die Arbeiter schon im Januar und im Februar 1905 unter der Fahne der Sozialdemokratie.

In Moskau und im zentralen Rußland fanden die Greuel des 22. Januar zuerst noch einen zu schwachen Widerhall. Das Petersburger Proletariat aber war unter dem Eindruck der grausigen Vorgänge schnell wach geworden, was die Arbeiterschaft der Reichshauptstadt dadurch bewies, daß sie sich — unter der Führung der Sozialdemokratie — auf die Komödie mit der Schidlowsky-Kommission nicht einließ. Sie bezeugte damit ihr volles Mißtrauen gegenüber derselben Regierung, deren Gnade sie soeben noch erfleht hatte. Bald nahmen sich die anderen Städte ein Beispiel an den Petersburgern. Zum Oktoberkampfe wurde schon das Signal von Moskau aus gegeben, doch gehörte die Führung dem Petersburger Proletariat, das sich inzwischen im Arbeiterdeputiertenrat eine feste Massenorganisation geschaffen hatte.

Der Oktoberstreik ergoß sich über ganz Rußland und ergriff fast die ganze Arbeiterschaft. Dieser elementare Aufstand stieß jedoch auf einen organisierten Widerstand der reaktionären Elemente. In 85 Städten antworteten diese Elemente mit furchtbaren Progroms, und die Revolution erwies sich noch als zu schwach, um dem „Schwarzen Hundert", das durch Polizei und Soldaten unterstützt wurde, standzuhalten. So wurde zwar der alten Gewalt die politische Macht entrissen, aber die Revolution vermochte diese Macht noch nicht in die Hand zu bekommen. Im Lande herrschte die Anarchie. Erst ein neuer Kampf konnte die Frage der politischen Herrschaft endgültig entscheiden. Das Bürgertum, unfähig, die Situation zu erfassen, glaubte, auf das Zarenwort bauen zu sollen. Die Forderungen der Arbeiter gingen der Bourgeoisie überdies zu weit, und sie blieb denn auch während des Dezembergefechts neutral oder nahm gar Partei für die Regierung!

Die industrielle Bourgeoisie, durch die Subatoffpolitik (die bekanntlich nicht nur große Streiks in Moskau und den Generalstreik von 1903 in Odessa hervorgerufen, sondern auch den Anstoß zu den Januarereignissen gegeben hatte) gegen die Regierung aufgebracht, trat Anfang 1905 mit politischen Forderungen hervor und unterstützte sogar den Oktoberstreik. Die weiteren Kämpfe der Arbeiterschaft aber, speziell der Kampf um den Achtstundentag der Petersburger Arbeiter, trieben diese Bourgeoisie wieder ins Regierungslager.

Die Bauernschaft, der die politischen Forderungen der Arbeiterschaft allerdings noch fremd waren, begann nach dem Oktoberaufstand ihre grandiose Agrarrevolution. Die unmittelbare Folge war zunächst, daß der letzte Rest des Adelsliberalismus verschwand. Auch die Grundbesitzer traten natürlich offen gegen die Revolution auf.

Gestützt auf diese Elemente, wagte die Regierung es schließlich, die Arbeiterschaft zum Kampfe herauszufordern: sie provozierte den Dezemberaufstand und besiegte das alleinstehende Proletariat in furchtbaren Schlachten. In diesem Dezemberaufstand spielten Moskau und viele Städte des zentralen Rußlands die ausschlaggebende Rolle, doch bewiesen die Wahlen zur ersten Duma, daß gerade in diesen Gegenden die Arbeiterschaft noch nicht ganz unter der Leitung der Sozialdemokratie stand. So folgten damals im Gouvernement Moskau nur 22 Prozent aller Betriebe der sozialdemokratischen Parole, während bei den letzten Wahlen fast die gesamte Arbeiterschaft sozialdemokratisch gewählt hat!

Die Dezemberniederlage verstärkte den Gedanken, daß das Proletariat nur gemeinsam mit der Bauernschaft siegen wird. Bei Auflösung der ersten Duma erwartete man, die Bauernschaft werde nun die Initiative zum Kampfe ergreifen. Inzwischen aber ist diese Illusion zerstoben. Eine zerstreute, mangelhaft organisierte Bauernmasse kann eben nicht im Kampfe vorangehen. Allmählich ändern sich auch die Verhältnisse: In den Mittelpunkt der russischen Wirtschaft tritt nach und nach die Industrie. Zur Hauptmacht wird, trotz seiner geringen Anzahl, das Industrie-Proletariat; ihm gehörte und wird auch in der Zukunft die führende Rolle im Befreiungskampfe gehören. Den Bauern wird der enge Zusammenhang zwischen ihren wirtschaftlichen Interessen und der politischen Macht erst durch die dritte Duma, die Adelsduma, klar gemacht werden.

Während die Bauern unter dem Drucke des weißen Terrors ihren wirtschaftlichen Kampf zum Teil in der Form von Brandstiftungen und mit derlei Mitteln mehr führten und nur stellenweise feste Organisationen schufen, vermochte die Arbeiterschaft Massenorganisationen ins Leben zu rufen und dem Ansturm der reaktionären Kräfte noch im verflossenen Jahre einen organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Im Jahre 1907 zählten die Fabrikinspektoren 861 Gewerkschaften, die etwa 400 000 Mitglieder umfaßten. So errangen denn noch im Jahre 1907 die Moskauer Arbeiter einen glänzenden Sieg über die Stadtverwaltung und die Unternehmer, deren Machtgefühl eine große Aussperrung veranlaßt hatte.

Nach der Dezemberniederlage verebbte der politische Kampf und die Schlachten des letzten Jahres wurden hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiete ausgefochten. Gewiß nicht deshalb, weil sich etwa die Arbeiter vom politischen Kampfe ganz abgewandt hätten. Nein — es entwickelt sich eine neue Form der Konzentration und Organisation der Kräfte. Neue Anstürme gegen den Absolutismus werden infolgedessen einen mehr organisierten Charakter tragen. Die erste Phase der Revolution war die Schule der politischen und der Klassenerziehung der Arbeitermassen. Sie hat auch breiten Massen der Bauernschaft das politische Bewußtsein gebracht. Was sie noch nicht vermochte, das wird die Reaktion vollenden, die ja bereits einen Teil des Bürgertums wieder ins oppositionelle Lager zurückgestoßen hat. Die Revolution ist scheintot, es lebe die Revolution! — unter dieser Parole harrt die russische Arbeiterschaft neuen Kämpfen entgegen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Januar 1908.

Majestätsbeleidigungs-, Telegraphen- und Scheckgesetz.

Aus dem Reichstag. Eine Ergänzung des Telegraphengesetzes ist durch die Erfindung und Anwendung der drahtlosen Telegraphie notwendig geworden. Gegen den Gesetzentwurf der Regierung, durch den diesem Bedürfnis abgeholfen werden sollte, wurde denn auch in der heutigen ersten Lesung keinerseits Einspruch erhoben. Genosse Frank betonte indes, daß die Erteilung der Genehmigung zu solchen Anlagen keineswegs, wie der Gesetzentwurf es fordert, in das Belieben der Behörden gestellt werden dürfe. Eine Kommission von 14 Mitgliedern sei deshalb zur Durchberatung erforderlich. Das Haus trat denn auch nach kurzer Debatte diesem Antrage bei.

Die zweite Lesung des Gesetzes betreffend die Bestrafung von Majestätsbeleidigungen führte zu lebhafteren Auseinandersetzungen. Nachdem der Abg. Roeren namens des Zentrums trotz einzelner Ausstellungen doch die Zustimmung seiner Partei zu der Kommissionsfassung erklärt hatte, machte Genosse Heine die schweren Bedenken geltend, die auf sozialdemokratischer Seite dagegen bestehen. Unsere Partei stellte den Antrag, daß überhaupt die Majestätsbeleidigungs-Paragraphen aufgehoben werden sollten. Die Kommissionsfassung werde zwar einigen Leuten zugute kommen, denen aus Unbedacht oder in der Trunkenheit abfällige Aeußerungen über irgend einen Monarchen entschlüpft seien. Schon die bisherige Praxis der Gerichte lasse jedoch befürchten, daß politischen Gegnern der Regierung, insbesondere den Sozialdemokraten, immer „Böswilligkeit" beigemessen und deshalb die Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung über sie verhängt würde. Als Beweis führte Heine den Majestätsbeleidigungsprozeß gegen den Redakteur der „Königsberger Volkszeitung" an: Trotzdem in dem ganzen historischen Artikel von dem gegenwärtigen Monarchen nicht die Rede war, hat das Gericht doch eine Majestätsbeleidigung konstruiert aus dem Schlußsatze, der von einer „Tragikomödie der Denkmalsenthüllung" sprach. Wer solche Umwege nicht scheue, der werde jedem politischen Gegner Böswilligkeit zuschreiben.

Der Staatssekretär Nieberding bestritt, daß der Ausdruck „böswillig" im Gesetz so verstanden werden könne, als ob der Richter einen Unterschied machen dürfe zu ungunsten irgendwelcher politischen Anschauung. Diese Erklärung wird man sich für künftige Fälle merken, wenn einmal wieder die sozialdemokratische Anschauung als strafverschärfendes Moment von einem Richter oder Staatsanwalt geltend gemacht wird. Reichstag und Volk haben aber in dieser Beziehung schon zu viele trübe Erfahrungen gemacht, als daß man sich auf derartige Ministererklärungen verlassen könnte. Kautschukbestimmungen in einem Strafgesetz haben immer die Tendenz, sich zuungunsten eines Angeklagten zu dehnen.

Der nationalliberale Abg. Osann machte den verzweifelten Versuch, das Königsberger Urteil zu rechtfertigen. Dabei passierte ihm das Mißgeschick, dem Gerichtshofe eine Urteilsfindung zuzuschreiben, die die Königsberger Richter selber vorsichtig vermieden hatten. Herr Osann verlas nämlich aus dem Artikel eine Reihe historischer Urteile über die Königin Luise und fragte dann entrüstet: Ist das keine Beleidigung? Auf den Zwischenruf: Gegen wen? antwortete er prompt: Zunächst gegen die Königin Luise! Dann verbreitete er sich wohlgefällig über die auch vom Reichsgericht anerkannte Praxis der Gerichte, aus historischen Urteilen über Vorfahren eines lebenden Monarchen eine gegen diesen gerichtete Majestätsbeleidigung herauszudestillieren, und meinte, anders sei man ja auch in Königsberg nicht verfahren.

Genosse Heine bemühte sich nun zum zweiten Male, dem Juristen und Kommissionsberichterstatter Osann klar zu machen, daß das Gericht, wie aus dem Urteil deutlich hervorgeht, gar nicht diesen historischen Umweg über die Königin Luise, sondern einen anderen, allerdings dem Rechtsgefühl nicht minder widerstreitenden Umweg eingeschlagen habe, um zu einer Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung zu gelangen. Das half aber nichts. Die Begriffsstutzigkeit des Herrn Osann war nicht zu überwinden. Mit lächelnder Selbstgefälligkeit verteidigte er abermals seine unverrückbare Annahme, die zitierte Kritik der Königin Luise durch Humboldt und andere ihrer Zeitgenossen habe dem Gerichtshof für die Konstruktion des Schuldbeweises gedient.

Wenn ein Rechtsanwalt sich so unfähig zeigt, trotz wiederholter Belehrung dem Gedankengang eines Gerichtshofes in einem Majestätsbeleidigungsprozesse zu folgen, dann braucht man sich nicht zu wundern über die Urteilssprüche, die bei politischen Prozessen in Deutschland herauskommen.

Herr Osann wurde übrigens, was Logik und Rechtsgefühl anbetrifft, womöglich noch untertroffen durch den in Weimar gewählten antisemitischen Amtsrichter Gräf, der diese passende Gelegenheit benutzte, um feierlich seinen Beitritt zum Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu erklären! Damit hat diese edle Gesellschaft ja einen gleichwertigen Ersatz für ihren ehemaligen „wissenschaftlichen Hülfsarbeiter" Böhme.

Der freisinnige Müller-Meiningen betrachtete den Gesetzentwurf als eine wertvolle Verbesserung und wollte von der Aufhebung der Majestätsbeleidigungsparagraphen an sich nichts wissen, da seiner freisinnigen Ansicht nach durch die Beleidigung des Staatsoberhauptes das ganze Volk mit beleidigt werde. Von dem Osannschen „Ahnenkultus" wollte aber auch er nichts wissen.

Nachdem noch der Abg. Wellstein sich namens des Zentrums gegen den sozialdemokratischen Antrag erklärt hatte, wurde dieser gegen die Sozialdemokraten abgelehnt und dann das Gesetz in der Kommissionsfassung von der nämlichen Mehrheit in zweiter Lesung angenommen.

Es folgte kurz die erste Lesung des Scheckgesetzes, gegen das ernstliche Einwendungen von keiner Seite erhoben wurden, da es dazu angetan ist, den Geschäftsverkehr durch Verminderung der Zahlung in Barmitteln zu erleichtern.

Das preußische Dreiklassenparlament und die Grenzen seiner Zuständigkeit.

Die Junker im Reichstage werden — man kann das mit absoluter Sicherheit vorhersagen — morgen im Reichstage auf die sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation antworten, daß sie eine rein preußische Angelegenheit betreffe, und sich deshalb nicht an der Debatte beteiligen. Um zu beweisen, wie sehr sie selbst es verstehen, sich in jedem Parlament „innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit" zu halten, sprachen sie heute im Abgeordnetenhause beim Kapitel „Preußische Münzverwaltung" ausgiebig über all' die Fragen, die in der Münzpolitik zur Zuständigkeit des Reiches gehören, und suchten die preußische Finanzverwaltung für einen verschämten Bimetallismus zu gewinnen. Zwar bekannten die einstigen Führer der Bimetallisten, an ihrer Spitze Graf Kanitz, daß ihre Prophezeiungen über den Bankrott der Goldwährung schmählich zu schanden geworden seien, aber wenigstens eine Vermehrung der Silbermünzen und die Inkurssetzung der alten Taler wollen sie doch als eine Art Ehrenrettung für ihre einst so rührige bimetallistische Propaganda durchsetzen. Das erstere versprach ihnen der Finanzminister, über das andere schwieg er sich aus.

Wie gefährlich es für einen preußischen Minister ist, den Wünschen der Agrarier auch nur im kleinsten Punkte zu widerstreben, zeigte bei der Fortsetzung der Debatte über den landwirtschaftlichen Etat das Schicksal des Landwirtschaftsministers v. Arnim, der dem Verlangen der Konservativen, vermehrte Mittel für die Kolonisation in Ostpreußen in den Etat einzusetzen, nicht sofort nachgekommen war. Kurzerhand beantragte Junker Bieberstein, daß der Landtag selbst die Summen in den Etat einsetzen sollte, die erforderlich sind, um auf Kosten des Staates Landarbeiter durch Gewährung lächerlich kleiner Landgüter an die Scholle zu binden und so den Großgrundbesitzern billiges Arbeitermaterial zur Verfügung zu stellen. v. Arnim machte schleunigst Kotau und erklärte sich mit dem Antrage namens der Regierung einverstanden. Auch sämtliche Parteien des Dreiklassenparlaments hatten nichts dagegen einzuwenden, und der Wiesbadener Landrat a. D. Heydweiler, der auf der jüngsten Kasseler Flottenvereinstagung den Rekord in Hochrufen auf Kaiser hielt, sah in dieser „Erhebung der Arbeiter zu Kleinbürgern" sogar ein Mittel zur Ueberwindung der Sozialdemokratie! Das Fortschreiten unserer Propaganda auf dem flachen Lande wird den Herren Nationalliberalen auch diesen letzten Hoffnungswahn grausam zerstören.

Erwähnt sei noch, daß der Etat der Seehandlung von der Tagesordnung abgesetzt worden war. Die Rolle, die das einstmals unter des „Post"-Leitkritikers Zedlitz Leitung stehende Institut bei der verkrachten „Sanierung des Ostens" gespielt hat, soll zuvor untersucht werden. . . .

Am Mittwoch gönnen sich die Erkorenen des Dreiklassenhauses wieder einmal einen freien, aber diätenbezahlten Tag. Am Donnerstag wird die Etatsberatung zunächst durch eine Interpellation des bekannten Scharfmachers Kreth über den Bankdiskont unterbrochen.

Vom guten Magen des Vatikans.

Sieben Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns veröffentlichen zurzeit in der Zentrumspresse einen Hirtenbrief, worin die Katholiken aufgefordert werden, schon jetzt für das am 18. September zu feiernde goldene Priesterjubiläum des Papstes zu rüsten. Drei Seiten lang wird die Heiligkeit des Papstes gepriesen. Doch das ist nur die Einleitung zu der am Schlusse des Hirtenbriefes folgenden Aufforderung, dem heiligen Vater in Rom „mit opferwilligen Gaben in seinen gegenwärtigen Bedrängnissen zu Hülfe zu kommen". Um aber Bedenken wie jene des schwäbischen Bauern zu zerstreuen, der bei einer Wallfahrt nach Rom angesichts des päpstlichen Palastes erstaunt ausrief: „Herrgottsakra, da hat mi der Gröber aber dumnerschlechtig ang'loga; sagt der, der heilig Vater sei arm und schlof uff Stroh!" —

„Ja, geliebte Diözesanen, glaubt es Euren Bischöfen: die Bedrängnisse unseres heiligen Vaters sind groß und seine Mittel gegenüber all den Anforderungen, die aus der ganzen Kirche an ihn herantreten, nicht ausreichend. Darum zeiget Eure Kindesliebe, indem Ihr Eurem Vater zu seinem Jubiläum gern von Euren Mitteln zukommen lasset und reichlicher, als Ihr es sonst zu tun pflegt. Jede Gabe ist für sein schmerzerfülltes Herz ein Trost, und auf jeder, auch der kleinsten Gabe, ruht sein Vatersegen." —

Lebensmittelteuerung und Lohnerhöhung.

Im „Deutschen Metallarbeiter", einem christlichen Gewerkschaftsblatt, stellt ein Mitarbeiter eine Untersuchung an über die Frage, ob die Arbeiter durch die Lohnerhöhung während des guten Geschäftsganges ihre Lebenslage haben verbessern können. Der Betreffende ist Angestellter eines größeren Geschäftes in Kolonial- und Manufakturwaren und beansprucht, als solcher eine genaue Kenntnis der Preisänderungen der verschiedenen Lebens- und Bedarfsmittel zu haben. Er kommt auf Grund genauer Einzelberechnungen zu dem Ergebnis, daß ein Arbeiter, der im Jahre 1905 für sich und seine Familie mit 1000 M. auskam, im Jahre 1907 zur Bestreitung derselben Bedürfnisse infolge der Preissteigerung von Nahrung, Kleidung und Wohnung 1250 M. bedurfte — ein Unterschied, den wohl nur wenige Arbeiter mit einer entsprechenden Erhöhung des Lohnes hätten wettmachen können.

„Aus dem Angeführten — so heißt es dann — ergibt sich, daß der Arbeiter trotz der vergangenen guten Geschäftszeit, seine Lebenslage nicht so hat steigern können, wie vielfach angenommen wird; daß er ferner nicht in der Lage gewesen ist, zu sparen für die Zeit, wo er sein Einkommen durch Lohnkürzungen und Arbeitslosigkeit wesentlich gemindert sieht. Des Weiteren ergibt sich, daß die vielen Anklagen, die man heute noch gegen die Organisationen und deren Führer erhebt, durchaus unberechtigt und entweder auf Unkenntnis der Verhältnisse oder auf Angst vor der Organisation der Arbeiter zurückzuführen sind."

Leider unterläßt der Mitarbeiter des christlichen Blattes die Frage zu erörtern, worauf die Lebensmittelteuerung zurückzuführen ist; er würde dann zu der Einsicht kommen, daß die christlichen Arbeiter auf falschem Wege sind, wenn sie einerseits über die Verteuerung der Lebensmittel jammern und andererseits sich ins Gefolge jener Parteien begeben, die, wie das Zentrum, den Lebensmittelwucher als politisches Geschäft betreiben. —

Liberale Wahlrechtsausschüsse.

Der freisinnige Wahlrechtsausschuß rührt sich bereits kräftig. Er hat zunächst die Abgeordneten Kopsch und Naumann kooptiert. Herrn Kopsch haben wir auch gleich vermißt; wo Möller, Fischbeck, Wiemer weilen, darf Kopsch nicht fehlen. Ob Herr Naumann, den dieses Vertrauensvotum nicht sonderlich ehrt, wieder sich zur Folie hergeben wird, bleibt abzuwarten. Die Tätigkeit des Ausschusses ist aber damit noch nicht erschöpft. Es wurde beschlossen, eine Broschüre über die Wahlrechtsreform und ein Flugblatt alsbald zu verbreiten und einen Aufruf zur Gewinnung von Mitteln für den Wahlrechtskampf zu veröffentlichen. Weitere Broschüren und Flugblätter sowie Versammlungen sind in Aussicht genommen.

Auch der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei hat über die Wahlreform in Preußen beraten. Es lag dazu ein Antrag vor: Der Zentralvorstand möge die Wähler auffordern, einzutreten in eine Agitation für die direkte und geheime Wahl und für eine gerechtere Wahlkreiseinteilung. Gelegentlich dieses Antrages wurde der „Nat.-Ztg." zufolge die Frage der geheimen Wahl ausgiebig besprochen. Für öffentliche Stimmabgabe trat grundsätzlich niemand ein, dagegen sprach sich eine ganze Reihe von Rednern, darunter auch solche vom agrarischen Flügel, mit voller Entschiedenheit für die geheime Wahl aus. Schließlich einigte man sich dahin, den Antrag einer Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen, die der nächsten Sitzung des Zentralvorstandes Bericht erstatten soll.

Das ist zwar sehr wenig, aber immerhin beweist es, daß die Wahlrechtsbewegung schon in ihren Anfängen der bisher herrschenden Gleichgültigkeit ein Ende gemacht hat. —

Eisenbahn-Fahrpreisermäßigung für die notleidenden Agrarier.

Am 17. Februar findet in Berlin die Generalversammlung des Bundes der Landwirte statt. Im Organ des Bundes für Ostpreußen erläßt nun der Vorsitzende, Rittmeister a. D. Gallandi, eine Bekanntmachung, in der den Mitgliedern mitgeteilt wird, daß eine gemeinschaftliche Bundesfahrt mit Extrazug nach Berlin zu der Versammlung beabsichtigt sei und dafür folgende Fahrpreise pro Person festgesetzt seien:

Ab Königsberg II. Klasse hin und zurück 31,60 M.
" III. " " " " 21,80 "

Der Extrazug hat Durchgangs- und Speisewagen. Es wird aber kein Zuschlag oder Platzgebühr erhoben. Auch ist sämtliches Gepäck frei.

In seiner Bekanntmachung fügt der Herr Rittmeister hinzu: „Meine Bemühungen, diese Bundesfahrt zustande zu bringen, haben in erster Linie den Zweck, den kleineren und mittleren Besitzern Gelegenheit zu bieten, mit möglichst geringen Kosten und in Gesellschaft von Bundesfreunden die Fahrt zur Berliner Generalversammlung mitzumachen."

Für gewöhnliche Menschen kostet eine Vergnügungsfahrt mit dem D-Zug von Königsberg nach Berlin II. Klasse 60,20 M., III. Klasse 48,80 M.

Verabschiedete Stellvertreter.

Vor einigen Wochen berichteten wir über das „schneidige" Vorgehen des Kapitulanten Werner Rettig von der 10. Kompagnie des Regiments „Hamburg". Er hatte als Rekrutengefreiter sich der vorschriftswidrigen Behandlung und Beleidigung sowie der versuchten Nötigung und Bedrohung eines Untergebenen zu schulden kommen lassen, wofür ihm zwei Monate und ein Tag Gefängnis zuerkannt wurden, während der Feldwebel H. wegen Verletzung der Aufsichtspflicht mit einem Tag gelinden Arrest davon kam. Gegen dieses Urteil ist von beiden Seiten Berufung eingelegt worden. Rettig, der bekanntlich einen jüdischen Einjährigen bis aufs Blut gequält und ihn unter Drohungen von der Meldung zurückzuhalten suchte, will in Rücksicht auf die militärische Disziplin stramm vorgegangen sein. Dem Feldwebel wird nachgewiesen, daß er selbst verbotene Uebungen vorgenommen hat; er sucht den R. damit rauszureißen, daß er den Einjährigen für einen außerordentlich schlappen Soldaten erklärt. R. ersucht um eine gelinde Strafe, damit er bei der — Schutztruppe weiter dienen könne. Der Ankläger beantragt gegen beide Angeklagte, die inzwischen den bunten Rock haben ausziehen müssen, die Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils. Das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps (Altona) verurteilt Rettig zu zwei Monaten und zwanzig Tagen Gefängnis und den Feldwebel zu sieben Tagen gelinden Arrest. Beide haben mithin eine kleine Zulage erhalten. —

Agrarisch-koscheres Fleisch.

Es gibt noch edle Menschenfreunde. Das sind die Agrarier. Man hat es soeben wieder im Reichstag bei der Behandlung des Viehseuchengesetzes gesehen: Zeigten sie da nicht die größte Besorgnis um die Gesundheit des Volkes?! Sie schützen das Vieh gegen Seuchen, das Volk vor Ansteckung und gehen dabei, durch Seuchengesetze und Viehsperren, so radikal zu Werke, daß sie dem gemeinen Mann lieber den Fleischgenuß überhaupt entziehen, als daß sie ihn den damit verbundenen körperlichen und moralischen Gefahren aussetzen. Denn der verwöhnte Magen des armen Mannes verträgt kein ausländisches Fleisch, selbst wenn es von der besten Qualität wäre. Nur Fleisch von vaterländischen Schweinen und Rindern — Fleisch vom Fleische Ostelbiens! Nur Fleisch von Schweinen, die nach deutsch-agrarischem Ritus koscher gemästet und koscher geschächtet wurden!

Fleisch von Rindern, die die deutsche Zucht nicht kennen, wäre allerdings billig und in Massen zu haben. Die Zeiten sind vorbei, da die Menschen auf ihre Futterplätze angewiesen waren, wie das weidende Vieh. Der menschliche Geist hat die Entfernungen überbrückt. Wir können uns jetzt unseren Braten aus Argentinien oder Australien holen. Will man wissen, wie teuer dieses Fleisch in Europa zu stehen kommen würde? Es liegen uns gerade authentische Zahlen vor.

Wie die Triester Zeitung „Il Piccolo" berichtet, hat der Dampfer „Argentinia", der am 17. Januar aus Buenos Aires eintraf, 17 000 Kilogramm argentinisches Rindfleisch, das in den Kühlräumen des Dampfers untergebracht war, mitgebracht. Das Fleisch wurde einer veterinärärztlichen Untersuchung unterworfen, die ergab, daß das Fleisch sich in einem sehr guten Zustande befinde, vollkommen gesund und zum Gebrauch geeignet sei. Daran ist ja nichts Auffallendes mehr, da frisches Fleisch aus Argentinien und Australien in England längst mit gutem Erfolg eingeführt wird. Nur in Deutschland und Oesterreich ist die Einfuhr verboten. Das Fleisch der „Argentinia" soll von der besten Sorte sein, die überhaupt in Argentinien erhältlich war. Und die Dampfergesellschaft macht sich anheischig, solches Rindfleisch regelmäßig in Triest mit 70 bis 75 Heller per Kilogramm zu liefern — macht 60 Pfennig! Da die deutsche Schiffsverbindung mit Südamerika unvergleichlich mehr entwickelt ist als die österreichische, so dürfte dieses Fleisch auch in Hamburg keineswegs teuerer zu stehen kommen.

Dreißig Pfennig das Pfund Rindfleisch zu einer Zeit der Teuerung und Arbeitslosigkeit! Aber, Michel, du kriegst von dem großen Stück Fleisch in deinen Kochtopf nur den Schattenwurf — davon kannst du nicht satt werden. Denn der menschliche Geist, der die Entfernungen überbrückt, hat auch die Schutzzölle erfunden, um die Welten auseinanderzuhalten und die Agrarier patriotisch zu stimmen. —

Aus Stöckers Reich.

Im „Volk", dem christlichsozialen Blatte in Siegen, das dem Gefolge Stöckers als Quelle geistiger Nahrung dient, ist folgendes zu lesen:

„Eine Hölle gibt es nicht. Das Wort steht allerdings in der Bibel, aber es ist damit das Grab gemeint." So lehren die Prediger der Wachtturm-, Bibel- und Traktatgesellschaft. Da nun am vorigen Sonntag von einem dieser Irrlehrer im Kreuzschen Saale ein Vortrag gehalten worden ist über das Thema: „In die Hölle und von dort zurück" und weil mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß ungefestigte Seelen beunruhigt und schließlich irre geführt werden, so haben einige christliche Persönlichkeiten hiesiger Stadt sich in ihrem Gewissen gedrungen gefühlt, gegen eine solche Verkehrung der Schriftwahrheit Zeugnis abzulegen. Zu diesem Zwecke findet am kommenden Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, im Blaukreuzhospiz, Siechhausweg, eine Besprechung über den Begriff Hölle statt."

Welcher Kulturrückgang, wenn die Siegener Wähler des Herrn Stöcker nicht mehr an die Existenz der Hölle glauben! —

Arbeitslosen-Demonstrationen.

(Privatdepesche des „Vorwärts".)

Magdeburg, 21. Januar 1908.

In überfüllter Versammlung demonstrierten die Arbeitslosen Magdeburgs gegen die provokatorischen Reden der bürgerlichen Stadtverordneten in der letzten Stadtverordnetensitzung. Tausende fanden keinen Einlaß. Nach der Versammlung kam es infolge der Absperrungsmaßregeln der Polizei, die offenbar Demonstrationen vor dem Rathaus fürchtete, zu lebhaften Auftritten. Fast die gesamte Polizei war aufgeboten, um die „Aufrührer" zu „zerstreuen". 27 Verhaftungen wurden vorgenommen. —

Noch ein Dekorierter.

Neben freisinnigen Parlamentariern haben diesmal auch andere Leute politische Orden bekommen, z. B. der Dr. Albert Bovenschen. Der Mann war früher Geschäftsführer des Hakatistenvereins. Seine im Kampfe gegen die Polen erworbenen Erfahrungen ließen ihn aber nicht ruhen. Er brachte die nötigen Leute auf, um den famosen Reichsverband gegen die Sozialdemokratie zu gründen und wurde dort als Geschäftsführer angestellt. Den Orden hat er jetzt offenbar für seine eigenartigen Dienste bei den letzten Wahlen bekommen. Wir gratulieren! —

Ungarn.

In Reih und Glied — fürs Wahlrecht!

Regierung und bürgerliche Parteien machen Winkelzüge: die Vertreter des Volkes sollen so lange wie nur irgend möglich dem Reichstage ferngehalten werden. Herr Wekerle scheint's auch nicht eilig zu haben, sein Neujahrsversprechen einzulösen, und wenn er schon das Seinige tun sollte, um dem neuen Recht den Eingang zu erleichtern, so ist's doch auch ihm offenbar nicht ganz ernst mit der Reinhaltung der Idee des allgemeinen Wahlrechts, wie es sich im Herzen des Volkes als die nächste politische Forderung festgesetzt hat.

Als Wahrer und Hüter der Rechte des Proletariats ist der Vorstand unserer ungarischen Parteigenossenschaft auf der Hut: alle Winkelzüge erspäht er, und jeden Augenblick ist er bereit, seine Getreuen, die zu Hunderttausenden hinter ihm stehen, zum Kampfe aufzurufen.

Auch das ungarische Proletariat selber brennt vor Begier, sich mit den Wahlrechtsfeinden zu messen. So meldet uns ein Telegramm:

Budapest, 21. Januar. Eine heute nacht abgehaltene Versammlung der hiesigen sozialdemokratischen Arbeiter beschloß, sofort im ganzen Lande einen Massenstreik zu veranstalten, falls die Regierung statt des allgemeinen gleichen Wahlrechts das Pluralwahlsystem einzuführen versuchen sollte.

Preußens Arbeiterschaft, augenblicklich selber im Wahlrechtskampfe, blickt mit Spannung und Bewunderung auf ihre ungarischen Klassengenossen.

Italien.

Rom, 21. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts".) **Die Wiederaufnahme des Nasi-Prozesses** erfolgt heute in Gegenwart von nur 109 Senatoren. Der neue Präsident, Mankredi, führt den Vorsitz mit großer Energie; daher ist jetzt die Schlußabwickelung der Sache in etwa 20 Sitzungen zu erwarten, zumal da Nasis Verteidiger erklärte, auf jede prozessuale Weiterung verzichten zu wollen. Die heutige Verhandlung selber war bedeutungslos. —

England.

Sozialismus und Christentum.

Aus London erhält das „B. T." folgende Privatdepesche:

Hundert christliche Geistliche Englands unterzeichneten eine Erklärung, die besagt, daß ihr Sozialismus wesentlich derselbe als der der Sozialisten überhaupt ist! „Der Sozialismus", sagen sie, „an den wir glauben, umfaßt den Grundsatz des öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Verwaltung der Produktionsmittel, wie der Verteilung und des Austausches. Wir fühlen als Verordnete des christlichen Glaubens, daß **diese ökonomische Lehre in vollständiger Harmonie mit unserem Glauben** steht; ja wir glauben, daß ihre Verteidigung auf grund von Folgerungen aus unserer Religion zu billigen ist und **sogar unsere Pflicht** ist."

In Deutschland würde auf solche Erklärung der Bannstrahl folgen. Allerdings würde es schwer fallen, bei uns ganze hundert mutige Geistliche aufzugabeln. —

Amerika.

Zum Prozeß Moyer-Haywood-Pettibone.

Auf Antrag des Anwalts Hilton ist nun auch die Anklage gegen Charles Moyer niedergeschlagen und die Kaution von 20 000 Dollar, unter die er gestellt war, freigegeben worden.

Damit wäre denn auch dieses traurige Kapitel der Korruption amerikanischer Justiz zu Ende. Wenn es nicht gelang, die drei angeklagten Führer der Bergarbeiterfederation an den Galgen zu bringen, so hat's gewiß nicht an den durch den Unternehmerverband korrumpierten Richtern und Staatsanwälten gelegen.

Der kapitalistische Klüngel von Roosevelt abwärts ist durch die schwere Niederlage wie vor den Kopf geschlagen. Die kapitalistische Presse, die, im Gegensatz zu ihrem Verhalten beim Haywood-Prozeß, von den wochenlangen Verhandlungen gegen Pettibone kaum Notiz genommen hatte, scheint ob des Schlages, den der Freispruch Pettibones für sie bedeutet, die Sprache verloren zu haben. Sie hüllt sich in vielsagendes Schweigen. Aber die Arbeiter, und voran die Sozialisten, die durch ihre nie erlahmende Tätigkeit und durch das Aufbringen bedeutender Mittel das glänzende Resultat ermöglicht haben, freuen sich mit vollem Recht des errungenen Sieges. —

Aus der Partei.

Ein Reichsverbandsschwindel.

Auf unsere Feststellung, daß die Beitrittserklärung des Genossen Kerfin zum Reichslügenverbande eine Fälschung war, hat die edle Liebert-Organisation mit der Behauptung geantwortet, es seien noch andere Sozialdemokraten Mitglieder des Reichsverbandes. Wie die Beitrittserklärungen in diesen Fällen zustande gekommen sind, das mag folgende Mitteilung zeigen:

Unser Genosse Stadtrat Sperka-Stuttgart sollte auch zu den Mitgliedern des Reichsverbandes zählen. Die Geschäftsleitung des Verbandes war dreist genug, Sperka um Uebersendung des angeblich gezeichneten Jahresbeitrages von 20 M. zu ersuchen. Unser Genosse hielt die Aufforderung für einen unverschämten Witz. Er wurde aber bald eines anderen belehrt. Im November v. J. teilte ihm die „Hauptstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie", Berlin, gez. „Habelmann", „höflichst mit, daß wir uns erlauben werden, diesen Betrag am 1. Dezember der Einfachheit halber durch Postnachnahme zu erheben, falls Sie nicht inzwischen die Güte gehabt haben sollten, denselben unserem Bankhause zu überweisen."

Siehe da, wenige Tage später kam auch richtig die 20 M.-Nachnahmesendung. Der Postbote mußte selbstverständlich unverrichteter Sache wieder von dannen ziehen. Damit hielt Genosse Sperka das Spiel für beendet. Wie erstaunte er aber, als er gleich darauf folgendes Schreiben erhielt:

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.
Hauptstelle Berlin.
SW. 11, Dessauerstraße, den 17. Dez. 1907.
Herrn Fabrikant Karl Sperka, Hochwohlgeboren,
Stuttgart.

Sehr geehrter Herr!

Zu unserem Erstaunen erhielten wir die Ihnen übersandte Nachnahmesendung mit dem Vermerk „Annahme verweigert" zurück und geben unserem Bedauern darüber Ausdruck, daß Sie, wie es scheint, beabsichtigen, aus dem Reichsverband auszutreten. Wir sind, da die Sozialdemokratie nach ihrer bei den letzten Reichstagswahlen erlittenen Niederlage unerhörte Anstrengungen macht, um die Scharte wieder auszuwetzen, mehr denn je auf die moralische und pekuniäre Beihülfe aller zu unserem deutschen Verbande haltenden Kreise angewiesen. Wir erlauben uns daher, auch an Sie die ergebene Bitte zu richten, dem Reichsverbande auch weiterhin treu zu bleiben, wobei wir darauf hinweisen möchten, daß Sie die Güte hatten, sich durch Ihre uns übersandte Beitrittserklärung zu einem Jahresbeitrage für die Jahre 1907—1912 zu verpflichten. **Wir fügen die Original-Beitrittserklärung mit der Bitte um deren Rückgabe bei** und zeichnen, Ihrer baldigen Rückäußerung gern gewärtig,

in vorzüglicher Hochachtung!

Die Hauptstelle des
„Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie"
1 Anlage. Dr. Bovenschen.

Dem Schreiben lag in der Tat die „Original-Beitrittserklärung" des Genossen Sperka bei, die nur den einen nicht ganz unwesentlichen Mangel aufweist, daß **sie gefälscht** ist. Bei der einen Fälschung der Beitrittserklärung des Genossen Sperka ist es sicher nicht geblieben. Der Reichslügenverband ist aus den verschiedensten Städten des Reiches mit gefälschten Beitrittserklärungen versorgt worden, zu welchem Zweck, wird einem sofort klar, wenn man sieht, wie mit der angeblichen Mitgliedschaft bekannter Sozialdemokraten zum Reichsverband im politischen Kampfe operiert wird! Die Leitung des Reichsverbandes wird sich damit herauszureden suchen, sie habe diese gefälschten Beitrittserklärungen für echt gehalten. Man ist ja auch einen anständigen Haufen Naivität bei der Leitung gewöhnt. Daß die Herren vom Reichsverbande aber die Beitrittserklärungen der Genossen Kerfin, Sperka usw. für echt gehalten hätten, glaubt ihnen der stärkste Mann nicht. Mit Ausnahme der Reichsverbandsstipendiaten der bürgerlichen Presse natürlich. Diese Menschen sind sogar fähig, auch jetzt noch den Schwindel aufrecht zu erhalten als treue Kumpane der reichsverbändlerischen Naivlinge.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung des deutschen Offizierkorps, begangen durch einen Zeitungsartikel im September 1907, wurde von der Strafkammer zu Rudolstadt der Genosse Zorn vom sozialdemokratischen „Volksblatt" zu Saalfeld zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Former und Gießereiarbeiter!

Die Kollegen der Eisengießerei Grunauer, Müllerstr. 10, sind wegen Preisdifferenzen mit der Firma in Ausstand getreten.

Der Betrieb ist bis auf weiteres gesperrt; wir ersuchen die Kollegen, denselben zu meiden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung der Maurer und Zimmerer in Guben

ist seitens des Arbeitgeberverbandes am Montag, den 20. d. M., erfolgt. Vorläufig kommen zirka 70 Maurer und 61 Zimmerer in Frage. Die Bauarbeiter haben zwar keinen Tarifvertrag, werden aber infolge der Aussperrung der Maurer ebenfalls arbeitslos.

Die seit der letzten Veröffentlichung der Dokumente über die Naturgeschichte der zwischen Arbeitgeberverband und Arbeitnehmerorganisation gewechselten Schriftstücke sind ebenfalls von zeitgeschichtlicher Bedeutung.

Bekanntlich verlangte der Arbeitgeberverband kategorisch die Anerkennung des vom deutschen Arbeitgeberverband ausgearbeiteten Tarifentwurfs, und zwar bis zum 15. Januar, im anderen Falle wurde die Aussperrung zum 20. Januar angedroht; das Schreiben schloß: „Jede Verhandlung mit Ihrer Organisation ist von vornherein ausgeschlossen."

Die Organisationen der Maurer und Zimmerer haben darauf in ihren Versammlungen ihre Stellung präzisiert und durch nachfolgende Resolution dem Arbeitgeberverband Antwort erteilt.

„Die derzeitige Tarifvertragsidee basiert auf der Grundlage, daß Arbeiter und Unternehmer über die in Aussicht genommenen Vertragsbedingungen gemeinsam Vereinbarungen treffen. Das setzt voraus, daß die Parteien oder deren Vertreter bei der Entstehung dieser Vereinbarungen unter völliger Gleichberechtigung zusammenwirken. Die durch solche auf dem Boden der gemeinsamen Beratung entstandenen und von den Beteiligten ausdrücklich anerkannten Bedingungen legen den in Frage kommenden Parteien die moralische Pflicht auf, diese Abkommen zu halten, obwohl bis heute kein gesetzlich zwingendes Recht auf diesem Gebiet besteht.

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze kam der bis zum 31. Dezember 1907 geltende Vertrag zustande und er ist in diesem Sinne von der Maurerorganisation auch geachtet worden. Mit Bedauern müssen wir nun aber konstatieren, daß der Gubener Arbeitgeberverband bei den Vorarbeiten zur Abschließung eines neuen Vertrages diese Grundsätze völlig außer acht gelassen hat. Er verlangt, daß die Maurerorganisation einem Vertrage ihre Zustimmung gebe, dessen Form und Inhalt einseitig von den Unternehmern festgesetzt, an dessen Zustandekommen die Maurer oder deren Vertreter nicht mitwirkten und der ihnen somit aufgezwungen werden soll. Die Versammlung der organisierten Maurer sieht sich deshalb in die Lage versetzt, erklären zu müssen, daß unter diesen Umständen die notwendigen Vorbedingungen für die Abschließung eines Vertrages nicht gegeben sind. Der Abschluß eines solchen Tarifes würde dem Rechtsempfinden der organisierten Maurer widerstreben und auch jedes moralischen Wertes entbehren. Ein solches Abkommen würde nicht den gewünschten gewerblichen Frieden fördern, sondern eine ständige Quelle der Unzufriedenheit bilden.

Die Versammlung beauftragt daher den Vorstand ihrer Organisation, dem Arbeitgeberverbande diese Resolution als Antwort auf das Schreiben vom 28. Dezember 1907 zu übermitteln. Falls der Arbeitgeberverband sich nunmehr zu Verhandlungen bereit findet, sollen die Vertreter der Maurer deren Wünsche in die Form eines Vertragsentwurfes kleiden und dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes rechtzeitig zustellen, damit derselbe in der Verhandlung neben dem Entwurf der Unternehmer zur Beratung steht."

Darauf erfolgte folgende Antwort:

An den Vorstand des Zweigvereins der Maurer in Guben.

Auf Ihr Schreiben vom 14. Januar 1908 erwidern wir, daß wir uns mit der gefaßten Resolution nicht einverstanden erklären können. Es ist den Arbeitgebern nicht eingefallen, den früheren Arbeitsvertrag zu kündigen, sondern ist diesen von Ihrer Organisation gekündigt worden und trotz der obwaltenden schwierigen Zeitverhältnisse sogar eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde gefordert worden. Wie Ihnen seinerzeit mitgeteilt wurde, soll trotz der allgemeinen schlechten Geschäftslage der bisherige Lohn weiter gezahlt werden. Es sind in dem neuen Vertrage nur einzelne Punkte genau spezifiziert worden, um Meinungsverschiedenheiten von vornherein auszuschließen. Um unser Entgegenkommen auch weiter zu zeigen, sind wir geneigt, den Eimer für unsere Rechnung weiter zu halten. Falls Sie auf dieses unser erweitertes Entgegenkommen nicht eingehen, sehen wir uns leider genötigt, an unserem Beschluß vom 28. Dezember 1907 festzuhalten und die Arbeit am 20. Januar 1908 einzustellen. Wir sehen Ihrem diesbezüglichen Bescheid bis zum 18. Januar 1908 mittags 12 Uhr entgegen. Sollte der Vertrag wider Erwarten Ihrerseits nicht anerkannt werden, bitten wir um umgehende Rücksendung des in Ihren Händen befindlichen Originalvertragsentwurfs.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Guben.
Guben, den 15. Januar 1908. H. Gutte.

Hierauf erwiderten die Organisationen wie folgt:

Guben, 17. Januar 1908.

An den Vorstand des Lokal-Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Guben, z. H. des Herrn Gutte hier.

Den Empfang Ihres Schreibens vom 15. d. M. bestätigend, konstatieren wir zunächst, daß Sie sich insoweit in einem Irrtum befinden, als Sie darstellen, die Maurerorganisation habe den Vertrag gekündigt. Demgegenüber sei festgestellt, daß von letzterer nur eine Aenderung des § 2 des alten Vertrages beantragt worden ist. Diese Aenderung bezog sich nur auf die Lohnhöhe, gewünscht wurde eine Erhöhung des bestehenden Stundenlohnes von 41 auf 45 Pf. vorzunehmen. Die noch außerdem angekündigten redaktionellen Aenderungen enthielten keinerlei Forderungen prinzipiellen oder materiellen Inhalts.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes befindet sich aber auch im Irrtum, wenn er annehmen sollte, daß durch den seinerseits uns unterbreiteten neuen Tarifentwurf der alte Vertrag „nur in einzelnen Punkten genau spezifiziert" worden sei. Der Entwurf ist vielmehr auf ganz anderer prinzipieller Grundlage aufgebaut und enthält für die Maurer in mehreren Positionen ganz erhebliche Verschlechterungen. Zur Abschließung des Vertrages ist ja auch nicht mehr der Gubener Lokal-Arbeitgeberverband berechtigt, sondern in letzter Linie nur sein Zentralvorstand. Dann mutet uns der hiesige Arbeitgeberverband zu, wir sollen allen diesen fundamentalen Aenderungen zustimmen, ohne auch nur vorher darüber gehört zu werden.

Wir erklären deshalb nochmals nachträglich, daß wir diesem Vertrag nicht zustimmen können und erheben Einspruch gegen die Art und Weise wie uns derselbe aufgezwungen werden soll. Außerdem wollen wir nicht verfehlen daran zu erinnern, daß wir nach wie vor bereit sind, über die von beiden Seiten erhobenen Wünsche und Aenderungen in gemeinsamer Beratung zu treten. Sollte der Arbeitgeberverband diesen gebräuchlichen Weg ablehnen und zur Aussperrung schreiten, so müssen wir ihm die Verantwortung für diesen Schritt überlassen.

Hochachtungsvoll
Der Vorstand des Zweigvereins der Maurer in Guben.
do. Zimmerer do.

Das Antwortschreiben des Arbeitgeberverbandes sagt: „Um unser Entgegenkommen auch weiter zu zeigen", und dann weiter: „Falls Sie auf unser erweitertes Entgegenkommen nicht eingehen" usw.

Hierzu muß noch einmal festgestellt werden, daß der Tarifentwurf erhebliche Verschlechterungen der bisher geltenden Vertragsbedingungen enthält. Das „erweiterte Entgegenkommen" ist eine direkte Verhöhnung der Arbeiterorganisationen. Der Wassereimer für Maurer, die Wasserwage für Zimmerer und dergleichen Betriebsmaterial lieferten, so wie überall auch hier bisher die Arbeitgeber. Nach dem neuen Tarifentwurf sollten die Arbeitnehmer sich dasselbe auf eigene Kosten beschaffen und erhalten. Jetzt haben die Arbeitgeber diese Forderung zurückgezogen, damit bleibt nur der status quo erhalten. Und das nennt nun der liebenswürdige Arbeitgeberverband in Guben „erweitertes Entgegenkommen".

Die Gubener Arbeitgeber sind getreue Eckhards ihres Bundesvorstandes in Berlin und führen die Beschlüsse ihres Verbandstages vom 21. Oktober 1907 mit logischer Konsequenz durch. Das ist der Sinn der Beschlüsse jener Tagung, und wenn dieser Bundesvorstand jetzt versucht, jene Beschlüsse in eine den Frieden im Baugewerbe dienenden Süßholzraspelei umzudichten, so zeigt der Fall Guben nur, daß der Bund sehr diplomatisch vorgehen möchte, es gelingt ihm aber herzlich schlecht, insbesondere wenn demselben so kräftig, wie Figura zeigt, in die Suppe gespuckt wird.

Die Arbeiter beabsichtigen nun arbeitslose Maurer und Zimmerer aus anderen Orten, z. B. Berlin, Kottbus usw., zu arbeitswilligen Diensten heranzuziehen. Es wird deshalb das Bestreben der Freunde der Arbeitersache sein müssen, dahin zu wirken, daß Arbeiter, die zu Arbeitswilligendiensten angeworben werden sollen, aufgeklärt und von Guben ferngehalten werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Schutzmannssäbel.

Hannover, 21. Januar. (B. H.) Als heute nachmittag in der Schillerstraße eine Anzahl Arbeitsloser **auf die Ausgabe des Arbeitsnachweises wartete, kam es zu Ausschreitungen, wobei der Wagenschmied Tieling einen Schutzmann beleidigte.** Als dieser ihn festnehmen wollte, widersetzte sich T. und war schließlich der Schutzmann genötigt, von der blanken Waffe Gebrauch zu machen. Letzterer versetzte dem Wagenschmied **einige Hiebe über den Schädel und Gesicht, so daß dieser im schwerverletzten Zustande mittels Wagen nach dem Krankenhause gebracht werden mußte, wo er im hoffnungslosen Zustande daniederliegt.** Ein Augenzeuge berichtet noch zu dem Vorfall, daß ungefähr **vier Schutzleute auf den N. eingeschlagen haben.** Unter den Arbeitslosen entstand eine große Erregung und mußte **ein größeres Schutzmannsaufgebot die Menge mit Gewalt zerstreuen.**

Bayern und das Branntweinmonopol.

München, 21. Januar. (W. T. B.) Die Kammer der Abgeordneten beriet heute nachmittag die Interpellation des Zentrums, wie sich die bayerische Regierung zu dem Gedanken der Einführung des Reichsbranntweinmonopols verhalte und wie sie die in der Reichsverfassung und in der bisherigen Branntweinsteuer-Gesetzgebung gewährleisteten Reservatrechte Bayerns zu wahren gedenke. Freiherr v. Freyberg (Z.) wies bei Begründung der Interpellation **jeden Gedanken an ein Monopol zurück.** Man dürfe die volkswirtschaftlich wichtige Branntweinbrennerei nicht von fiskalischen Gesichtspunkten abhängig machen. Das bayerische Reservatrecht könne nicht ohne Zustimmung Bayerns abgeändert werden. Finanzminister v. Pfaff betonte, daß das Reich notwendig seine eigenen Einnahmen vermehren müsse, **aber nicht durch Einführung direkter Steuern.** In letzter Zeit sei die Erhöhung der Branntweinsteuer erwogen worden, ein bezüglicher Gesetzentwurf sei aber im Bundesrat noch nicht durchberaten. Es solle den bestehenden Brennereien ihr bisheriger Betrieb gewährleistet werden, auch solle **ein Reichsamt geschaffen werden, das den Branntwein von der Brennerei kauft,** zu einem Preise, der den Kosten der Herstellung entspricht. Die Schlempe verbleibe kostenlos den Brennern. Die Reichsstelle besorge die Reinigung des Branntweins und schließe mit den bestehenden Reinigungsanstalten Verträge ab. **Süddeutschland erhalte eine besondere Vorzugsstellung.** Die Durchführung der Bestimmungen verbleibe den Einzelstaaten, **das Reich wolle im allgemeinen nur die Tätigkeit der Spirituszentrale übernehmen.** Die bayerische Regierung glaube diesem Entwurf nicht widersprechen zu sollen. Das bayerische Reservatrecht werde selbstverständlich in vollem Umfange gewahrt werden. Die Abänderung sei von der vorherigen Zustimmung des Landtages abhängig. Das Reservatrecht bestehe für Bayern in der Richtung, daß das Kontingent nicht abgeändert werden könne, ohne seine Zustimmung. Die jetzigen Reservatrechte könnten freilich in das neue Gesetz nicht unverändert übernommen werden, es sei aber vorgesehen, daß neue Reservatrechte geschaffen werden. Ueber Art und Umfang seien Verhandlungen im Gange. Sollte es nicht gelingen, einen vollwertigen, dauernden Ersatz für das Reservatrecht zu erlangen, dann würde Bayern gegen die Abänderung der geltenden Bestimmungen stimmen.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

85. Sitzung, Dienstag, den 21. Januar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Krätke.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches (Telefunkengesetz).

Nach dem Gesetz sollen elektrische Telegraphenanlagen ohne Leitung nur mit Genehmigung des Reiches errichtet und betrieben werden dürfen.

Staatssekretär **Krätke**: Die fortgesetzte Entwickelung der Funkentelegraphie hat es nötig gemacht, daß sich das Reich die Funkentelegraphie zu seinen eigenen Zwecken vorbehält, besonders für Heer und Marine und den internationalen Verkehr. Die Funkentelegraphie fällt ohne Zweifel unter das bestehende Telegraphengesetz. Es ist aber eine Novelle zu diesem Gesetz erforderlich, da in seinem § 3 ausdrücklich Ausnahmen vorgesehen sind, unter denen ohne Genehmigung des Reiches Telegraphenanlagen errichtet werden dürfen, was wir für die Funkentelegraphie verhindern wollen. Das Reich soll allen Schiffen und Nationen vorschreiben können, welche Bedingungen sie bei Anwendung der Funkentelegraphie zu erfüllen haben.

Abg. **Ewen** (L.): Meine Fraktion wird dem Entwurf zustimmen. Wenn es sich hier um ein Monopol handelt, so trägt es doch keinen fiskalischen Charakter.

Abg. **Schneider** (Z.) bleibt unverständlich, scheint jedoch dem Entwurf im allgemeinen zuzustimmen.

Abg. **Junck** (natl.): Ich bin mit dem Entwurf durchaus einverstanden. Ueber einige Punkte, speziell über den internationalen Verkehr, muß uns jedoch noch nähere Auskunft gegeben werden. Ich würde daher Kommissionsberatung befürworten.

Abg. Dr. **Delbrück** (frs. Vg.) erzählt, um die vorläufig noch große Unsicherheit der drahtlosen Telegraphie zu erhärten, ein kleines Histörchen. Von einem französischen Kriegsschiffe, auf dem der damalige Präsident Loubet sich befand, wurde ein Telegramm abgesandt: „Der Präsident befindet sich wohl." Als Antwort kam zurück: „Ich pfeife darauf." (Große Heiterkeit.) Es konnte nicht festgestellt werden, wo und wann und von wem das Telegramm aufgegeben war. Redner schließt sich im übrigen dem Antrage auf Kommissionsberatung an. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. **Frank** (Soz.):

Die drahtlose Telegraphie ist entstanden aus der internationalen Kollektivarbeit der Wissenschaft, und in gleicher Weise muß sie auch angewendet werden. Die Wissenschaft, welche die sichtbaren Verbindungsfäden überflüssig gemacht hat, hat gleichzeitig unsichtbare Fäden der Solidarität zwischen den Völkern geknüpft. Der internationale Vertrag ist aus dieser internationalen Solidarität entstanden. Deutschland und England, Rußland und Japan und die Vereinigten Staaten stehen hinter dem Vertrage. Wir sehen in einer derartigen Vorlage die wirksamste Propaganda der Tat für die Sache des Friedens und der Kultur. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber die Regierung legt in ihren Motiven den Hauptnachdruck auf etwas anderes, auf die Bedürfnisse der Landesverteidigung und der Marine. Hier liegen die Bedenken, die meine Fraktion für die einzelnen Bestimmungen der Vorlage hat. Wir vermissen eine Gewähr dafür, daß dem Verkehrsbedürfnis Rechnung getragen wird. Wir vermissen eine Sicherung dagegen, daß aus militärischen Gründen die Erfindung für militärische und marinistische Zwecke reserviert wird. Wir hätten auch gern die Gebührenfrage in dem Gesetz geregelt gesehen. Auf jeden Fall haben wir keine Veranlassung, dem Reichskanzler eine Blankovollmacht zur Regelung dieser Frage zu erteilen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daher stimmen wir dem Antrage auf Kommissionsberatung zu.

Damit schließt die erste Lesung. Die Vorlage wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die

zweite Lesung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Bestrafung der Majestätsbeleidigung.

Die Kommission hat die Hauptbestimmung der Vorlage, die lautete: „Die Beleidigung ist nur dann als Majestätsbeleidigung strafbar, wenn sie böswillig und mit Vorbedacht begangen wird", dahin abgeändert: „Die Beleidigung ist nur dann als Majestätsbeleidigung strafbar, wenn sie **in der Absicht der Ehrverletzung** böswillig und **mit Ueberlegung** begangen wird." — Ferner hat die Kommission das Strafmaß für den Fall mildernder Umstände auf Gefängnisstrafe oder Festungshaft bis zu einer Woche ermäßigt und den Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Aemter, der bisher als Folge der Majestätsbeleidigung eintreten konnte, in Wegfall gebracht. Es kann danach wegen Majestätsbeleidigung neben der Gefängnisstrafe nur noch auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter erkannt werden. — Die Schlußbestimmung der Regierungsvorlage, daß die Verfolgung in sechs Monaten verjährt und daß supplementär neben dem Majestätsbeleidigungs-Paragraphen die allgemeinen Bestimmungen über Beleidigung zur Anwendung kommen sollen, hat die Kommission unverändert angenommen.

Abg. **Roeren** (Z.): Das Hauptbedenken gegen die Vorlage liegt für uns in dem völligen Mangel einer objektiven Einschränkung der Majestätsbeleidigungen. „Böswilligkeit" usw. sind rein subjektive Momente, die sich lediglich im Innern des Täters abspielen. Die Folge davon ist, daß die politische Anschauung, die Parteizugehörigkeit des Betreffenden für die Richter mit entscheidend sein wird. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Um auch objektive Momente für die Beleidigung zu schaffen, habe ich, einer Anregung des Kollegen Kreth aus der ersten Lesung, der auf den Gotteslästerungsparagraph hinwies, folgend, beantragt, die Beleidigung solle nur bestraft werden, wenn sie erstens mit Ueberlegung und ferner durch beschimpfende Aeußerungen — das ist das objektive Moment — erfolgt. Leider ist dieser Antrag in der Kommission abgelehnt worden, zu meiner Ueberraschung auch von den Freunden des Herrn Kreth.

Die vorherige Genehmigung der Landesjustizverwaltung soll nach der Vorlage notwendig sein nur für die nichtöffentlichen Majestätsbeleidigungen. Einerseits ist die Unterscheidung zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen Beleidigungen schwankend, andererseits liegt gerade bei nichtöffentlicher Beleidigung ein öffentliches Interesse zur Strafverfolgung nicht vor. Es ist daher zu billigen, daß die Kommission die Unterscheidung zwischen öffentlicher und nichtöffentlicher Beleidigung gestrichen und die Genehmigung der Landesjustizbehörde beseitigt hat. Angesichts der Verbesserungen, welche der Entwurf in der Kommission erfahren hat, werden wir demselben zustimmen.

Abg. **Brunstermann** (Rp.) erklärt sich mit dem Gesetzentwurf in der Fassung der Kommission einverstanden.

Vizepräsident **Kaempf**: Es ist ein Antrag eingegangen, **die §§ 95, 97, 99, 101 des Strafgesetzbuches aufzuheben,** unterzeichnet Albrecht u. Gen. (Soz.)

Abg. **Heine** (Soz.):

Wenn wir auch mit Herrn Roeren anerkennen müssen, daß gegen den Entwurf der verbündeten Regierungen die Kommissionsvorschläge immerhin einen gewissen Fortschritt bedeuten, so können wir doch grundsätzlich nicht für dieses Gesetz stimmen. Wir werden vielmehr für den von uns eingebrachten Verbesserungsantrag stimmen: die §§ 95, 97, 99, 101 des Strafgesetzbuches ganz aufzuheben. Es scheint mir unnötig, diesen Antrag, den die Sozialdemokratie seit vielen Jahren eingebracht hat, hier noch besonders zu verteidigen. Schon der Umstand, daß die verbündeten Regierungen sich jetzt gezwungen sehen, einen eigenen Entwurf vorzulegen, der den gröblichsten Mißbräuchen, die mit den Majestätsbeleidigungsparagraphen vorgekommen sind, steuern soll — ich glaube nicht, daß er dazu imstande ist —, schon dieser Umstand beweist, daß große Mißstände vorhanden sind. Hier kann man aber nicht helfen mit kleinlichen Mitteln, mit Salben und Mixturen, sondern das Messer muß benutzt werden: die Befugnis der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung auf Grund des Majestätsbeleidigungsparagraphen muß gänzlich beseitigt werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was für uns maßgebend ist, wenn wir gegen das Gesetz stimmen, das ist der Umstand, daß auch in ihm der juristische Begriff „Böswilligkeit" stehen geblieben ist. Wir glauben, daß diese Begriffsbestimmung in einer Richtung eine Einschränkung der Majestätsbeleidigungsklagen zur Folge haben wird, insofern, als eine mehr oder minder große Zahl von harmlosen Schwätzern und angetrunkenen Bierphilistern, die sich einmal in unehrerbietiger Weise über den Landesherrn äußern, straffrei bleiben werden. Aber was uns die Hauptsache ist, die Befreiung der politischen Kritik von den unwürdigen Fesseln des Majestätsbeleidigungsparagraphen, das wird nicht erreicht, solange dieser Begriff der Böswilligkeit bestehen bleibt. Im Gegenteil, was ich bei der ersten Lesung ausgeführt habe, das ist inzwischen durch Erfahrungen noch bestätigt worden: es ist zu befürchten, daß politische Aeußerungen, wenn sie auch die berechtigste Kritik an einem Fürsten üben, und auch, wenn sie ihn gar nicht treffen, sondern nur in unlogischer Weise an den Haaren die Behauptung herbeigezogen werden kann, daß man den Fürsten hat treffen wollen, — es ist zu befürchten, daß solche Aeußerungen mit Hülfe des Majestätsbeleidigungsparagraphen verfolgt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das können wir nicht wollen. So sehr wir den harmlosen Schwätzern und armen Angetrunkenen Straffreiheit gönnen, so sehr müssen wir uns dagegen wenden, daß für ernste Männer, die sich mit politischer Kritik befassen, ein Privilegium odiosum (Ausnahmerecht) geschaffen wird. Das würde aber die Folge des Begriffs der Böswilligkeit sein.

Ich will Ihre Geduld nicht auf eine lange Probe stellen und nicht wiederholen, was ich in der ersten Lesung gesagt habe. Aber auf einen Fall, der sich inzwischen ereignet hat, muß ich eingehen, auf den

Königsberger Prozeß

gegen den Redakteur Marckwald. (Zuruf rechts.) Sie (nach rechts) werden wohl selbst das Gefühl haben, daß es hier nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. (Oho! rechts.) Der Reichstag ist kein Tribunal, aber er ist eine Instanz, die zu prüfen hat, wie die Gesetze angewendet werden und wie sie angewendet werden können. Ich lege den betreffenden Artikel der „Königsberger Volkszeitung" hier auf den Tisch des Hauses zur Kenntnisnahme nieder. Er ist zwei Spalten lang und behandelt von der ersten Zeile bis zum letzten Absatz ausschließlich Vorgänge, die der Geschichte angehören, Vorgänge, die sich in den Jahren der Erniedrigung Preußens nach 1806 abgespielt haben. Erst der letzte Absatz des Artikels befaßt sich mit der Gegenwart. Das Gericht, das den angeklagten Redakteur **zu 15 Monaten Gefängnis** verurteilte, hat erklärt, auf die historischen Ausführungen des Artikels lege es keinen Wert. Also 9/10 des Artikels hat es nicht in Betracht gezogen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was ist das schon für eine Art Juristerei, bei der ein Artikel nicht als Ganzes genommen, sondern der größte Teil des Inhalts vollständig unbeachtet zur Seite gelassen wird? Der größere Teil des Artikels hätte offenbar das Gericht zu historischen Erörterungen führen müssen, denen es aus dem Wege gehen wollte. Es ist nun ganz gleich, ob die historischen Erörterungen im ersten Teile des Artikels richtig oder falsch sind. Jede Meinung muß das Recht haben, sich auszusprechen, (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und wenn es in Ostpreußen Leute gegeben hat, die sich über diese Meinung entrüstet haben, so war das ihr gutes Recht. Nur durften sie nicht glauben, dadurch einem anderen das Recht nehmen zu dürfen, seine Meinung zu sagen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der letzte Teil des Artikels sagt nun allerdings, daß die Enthüllung des Denkmals in Memel 100 Jahre nach Preußens tiefster Erniedrigung bewiese, daß die Junker nichts gelernt hätten, und daß die Bourgeoisie nach dem kurzen Völkerfrühling des Jahres 1848 sich ihnen in die Arme geworfen habe. Es wird dann den Junkern und der Bourgeoisie das Verständnis für die Tragikomödie dieser Denkmalsenthüllung abgesprochen und das Denkmal in der letzten Zeile wie schon in der Ueberschrift als **Schandsäule** bezeichnet. Der Ausdruck ist zu stark, der Angeklagte selbst hat ihn in einer späteren Fassung seines Artikels fortgelassen, aber das ist wesentlich Sache des Geschmacks. Ich würde mich nie mit einem politischen Gegner über den Artikel selber streiten, ganz entschieden aber muß ich dagegen Protest einlegen, daß das Gericht in diesen Sätzen eine Majestätsbeleidigung gesehen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Früher in ähnlichen Fällen, speziell in Breslau, haben die Gerichte in der Kritik historischer Vorgänge, insbesondere in der Kritik von Vorfahren des jetzt regierenden Königs, eine Majestätsbeleidigung gesehen. Auf diese historische Brücke ist das Gericht in Königsberg nicht getreten; es läßt die geschichtlichen Erörterungen außer Betracht. Wie kommt es nun zur Majestätsbeleidigung? — Es ist in dem Artikel die Rede von den Junkern und der Bourgeoisie, aber wo in aller Welt ist die Rede vom König? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da hat nun das Gericht erklärt, daß der Ausdruck „Tragikomödie der Memeler Denkmalsenthüllung" eine Beleidigung aller Personen enthalte, die daran teilnehmen, folglich auch eine Beleidigung des Kaisers, der seine Absicht dazu schon früher ausgesprochen hatte! Einem Gericht, das imstande ist, einen solchen Umweg zu gehen, um die Verurteilung eines politischen Gegners zu erreichen, traue ich ohne weiteres zu, daß es bei ihm auch stets Böswilligkeit annehmen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Kleines Feuilleton.

Ein Dichterschicksal. In London ist in einer Irrenanstalt Francis Thompson gestorben, der zu den begabtesten unter den jüngeren englischen Dichtern gehörte und um einiger wundervoller Verse wie um seines leidvollen Lebens willen ein Wort des Andenkens verdient. Thompson studierte zunächst auf Wunsch seines Vaters, eines Arztes, Medizin; da er aber seinen Widerwillen gegen Sezieren und Operieren nicht überwinden konnte, gab er das Studium auf und der erzürnte Vater zog sich von ihm zurück. Der junge Mann kam nun völlig mittellos nach London und fristete hier mehrere Jahre ein jämmerliches Dasein in den Tiefen der Millionenstadt. Schwächlich und kränklich, ohne Freunde und Bekannte, ohne Stellung zu finden, durchirrte er obdachlos die Straßen der Stadt, schlief auf Kehrichthaufen, verkaufte Streichhölzer, verrichtete die niedrigsten Handlangerdienste und stand abends an den Theaterausgängen unter den Zerlumpten, die die Türen der Droschken öffnen, um dabei ein Almosen zu erhaschen. Und in all diesem Elend dichtete er. Auf Papierfetzen, die er von der Straße auflas, so lesen wir in einem englischen Briefe des „Literarischen Echo", schrieb er seine Verse nieder und sandte sie an Herausgeber von Zeitungen und an Verleger. Unter anderem kam solch ein merkwürdiges Manuskript auch an den Leiter der Zeitschrift „Merry England". Dieser legte das schmutzige Bündel von Blättern achtlos beiseite, bis ihn einmal der Mangel an Beiträgen veranlaßte, hineinzuschauen. Er war über die Originalität der Gedichte und Aufsätze aufs höchste erstaunt und druckte sofort eine Auswahl in seinem Blatte. Aber alle Versuche, den Verfasser aufzufinden, der nur eine postlagernde Adresse aufgegeben hatte, waren erfolglos. Der unglückliche Dichter war unterdessen an den Rand der Verzweiflung getrieben worden und hatte beschlossen, seinem Leben ein Ende zu machen, wie es einst der unglückliche junge Poet der englischen Frühromantik, Chatterton, getan. Er verschaffte sich Gift, aber als er etwas davon genommen hatte, erinnerte er sich daran, daß am Tage nach Chattertons Selbstmord ein Brief in seine Wohnung gebracht wurde, der ihn von aller Not erlöst haben würde. Diese Hoffnung erhielt ihn noch dem Leben und sie sollte ihn nicht enttäuschen. Wirklich wurde er wenige Stunden darauf in seinem elenden Zustande von dem Herausgeber des „Merry England" aufgefunden und in ein Hospital gebracht. Nun brach eine bessere Zeit an, sein Talent war entdeckt, vermögende Freunde nahmen sich seiner an, seine Gedichtbücher hatten einen glänzenden Erfolg und seine Ode an die untergehende Sonne wurde von maßgebenden Kritikern für das schönste Gedicht seit Shelley erklärt. Aber das Glück und der Ruhm kamen zu spät. Die langen Entbehrungen, der Opiumgenuß, in dem er seine Qualen zu vergessen gesucht, sie hatten seine geistigen und körperlichen Kräfte zerrüttet. So ging er in die Nacht des Wahnsinns und dann in die des Todes ein.

Humoristisches.

— Geschichtsunterricht. Als Karl der Große, genannt Charlemagne, noch ein kleines Knäblein war, erging er sich des öfteren in den Waldungen der Umgebung Aachens, in Begleitung seiner Frau Mutter, der Gemahlin Pipin des Kleinen, die eine sehr feine Dame war. Besonders fein aber — es ist dies historisch beglaubigt — waren ihre Geruchsnerven ausgebildet. Einst, als der kleine Charlemagne so vor ihr einher hüpfte — und zwar gerade in der Richtung, von der ein nicht allzu sanfter Zephir wehte — da verspürte die hohe Dame einen ganz eigenen Geruch. Ihrem Allerhöchsten Verdachte gegen ihr schuldloses Knäblein verlieh sie Ausdruck, indem sie mit dem Finger drohte und ausrief: „Charlemagne, Charlemagne!" Dieser aber sah sie mit seinen treuen blauen Augen an und erwiderte schlicht: „Nein, Frau Mutter, diesmal war ich es aber wirklich nicht!" — Und so (dieser historische Vorfall ereignete sich, wie gesagt, in der Umgebung Aachens) entdeckte man damals, wie der Chronist schließt, die Aachener Schwefelquellen.

(„Simplicissimus.")

— Vergaloppiert. Staatsanwalt: „Ferner beantrage ich, den nach seinem Vorleben ganz unverbesserlichen Angeklagten in eine Besserungsanstalt abzugeben."

— Bei Gericht. Klägerin: „Der Herr nannte mich vor mehreren Leuten „Zuckergoscherl"!" — Richter (zum Angeklagten): „Hatten Sie 's vorher gekostet?"

— Seufzer. Bäuerin: „Mit dem Milchgeschäft ist's wirklich ein Elend! 's eine Mal melken die Kühe schlecht, 's andere Mal ist wieder — Wassermangel!" („Meggendorfer-Blätter."

Notizen.

— Vorträge. Im Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, spricht am Freitag, den 24. d. M. Dr. Leß über „Sturmwarnungen". — Mittwoch, den 22., abends 8½ Uhr, findet im Dresdener Kasino, Dresdener Straße 96, ein Vortrag aus dem Zyklus „Märkischer Sand", malerische Wanderungen in die Umgegend Berlins zur Kenntnis von Geologie, Baugeschichte und Landschaft der Mark, mit 110 künstlerisch farbigen Lichtbildern statt. Karten zu 0,85 und 0,60 M.

— Eine Heinrich Hart-Feier findet am Sonntag, den 2. Februar, mittags 12 Uhr, im Festsaale des Künstlerhauses, Bellevuestraße, statt. Es werden vorwiegend Schöpfungen des Dichters vorgetragen. Der Ertrag ist für die Schaffung eines würdigen Grabmals für den Dichter zu Tecklenburg im Teutoburger Walde bestimmt. Billetts zu 3, 2 und 1 M. bei Bote u. Bock, in der Amelangschen und Nikolaischen Buchhandlung.

— Aus der Musikwelt. Henry Marteaus Berufung zum Nachfolger Joachims als Lehrer des Geigenspiels an der Berliner Musikakademie ist jetzt amtlich bestätigt worden. — Kammersänger Burrian wurde vom Grazer Landesgericht zu 3600 Kronen Schadenersatz verurteilt, weil er das letzte steirische Musikfest durch eine unmotivierte Absage schädigte. Die Laune, die dem Künstler auch noch den Boykott der deutschen Bühnenvereine einbrachte, ist ihm etwas teuer zu stehen gekommen.

— Kunstchronik. Die Münchener Luitpoldgruppe, eine Künstlervereinigung, die zwischen den Sezessionisten und den Alten so etwa die Wage hielt, hat sich gespalten. Aus ihr und neben ihr hat sich eine neue Gruppe mit Namen „Bayern" gebildet. Ob die Bilder nun besser werden?

— Die Kinderarmut der französischen Familien wird in der soeben vom Arbeitsministerium herausgegebenen Familienstatistik auf Grund der Volkszählung von 1901 besonders deutlich. Es gab im Augenblick der Zählung 11 315 000 Familien. Davon waren 1 804 720 kinderlos, 2 966 171 hatten ein Kind, 2 661 978 zwei, 1 643 425 drei, 987 392 vier Kinder. 1 251 314 Familien hatten fünf und mehr Kinder. Man sieht, daß man kaum noch von einem Vorherrschen des Zweikindersystems sprechen kann, da das Einkindersystem sich als die stärkste Gruppe darbietet. Und seit dem Zählungsjahre hat sich das Verhältnis zweifellos noch zu seinen Gunsten verschoben. Doch gibt es auch noch Familien mit außerordentlichem Kinderreichtum. Die Statistik zählt 45 mit 18 und mehr Kindern. Die glücklichen Eltern haben die Hoffnung auf einen Tugendpreis der französischen Akademie und auf eine schöne Rede von Maurice Barrès zu Ehren ihrer patriotischen Bemühungen.

— Die Mineralschätze der Vereinigten Staaten. Der ungeheuere Reichtum der Lagerstätten der amerikanischen Union zeigt sich in besonders bezeichnender Weise in der Jahresübersicht für 1906, wo die Gesamtproduktion den Betrag von 1500 Millionen Dollar oder 6 Milliarden Mark überschritt. Diese Ziffer bedeutet gegenüber dem Jahre 1905 ein Anwachsen um etwa 278 Millionen Dollar oder 17 Proz. Die starke Erhöhung der Mineralausbeute verteilt sich auf metallische und nichtmetallische Produkte. Auf jene entfällt ein Zuwachs von rund 183½ Millionen Dollar, auf diese kommen etwas über 95 Millionen Dollar. Dazu treten für die in jene beiden Gruppen nicht eingereihten Erzeugnisse wie Molybdän, Wismuth u. a. weitere 200 Dollar. Von den beiden Hauptelementen der Mineralausbeute der Vereinigten Staaten, dem Eisen und der Kohle, ergab das Jahr 1906 an jenen 505 700 000 Dollar, an dieser 50 148 298 Dollar Zuwachs.

— Krokodile und Nilpferde spielen nach den Untersuchungen Kochs über die Schlafkrankheit eine hervorragende Rolle bei der Entstehung resp. Verhütung dieser schrecklichen Pest. Der Blutschmarotzer, welcher den Erreger der Krankheit bildet, findet sich hauptsächlich im Blute der Krokodile. Die Stechmücken, welche aus schließlich als Krankheitserreger in Betracht kommen, nähren sich aber vom Blut der Krokodile, das sie zwischen den Rissen der Panzer heraussaugen. Die Vertilgung der Krokodile ist also ein Haupterfordernis bei der Bekämpfung dieser furchtbaren Pest in der afrikanischen Aequatorialzone. Die Nilpferde dagegen sollen möglichst geschützt werden, weil sie erbitterte Feinde der Krokodile sind und deren Eier zerstören, wo sie sie finden. Die letzten Ueberlebenden der vorsintflutlichen Saurier, unsere heutigen Krokodile, werden also in Afrika wenigstens einen schweren Kampf ums Dasein zu bestehen haben.

Der Gedanke, daß der bloße Ausdruck „Tragikomödie" eine Beleidigung sämtlicher Personen enthalte, die daran teilnehmen, beweist zum mindesten, daß der Vorsitzende, der dieses Urteil publiziert hat, den Begriff der Tragikomödie nicht kennt. Man kann sich an einer Tragikomödie beteiligen, ohne Schuld und ohne jedes Bewußtsein. Und es gibt Leute, die behaupten, daß das ganze Leben eine Tragikomödie sei, in der wir fortwährend mitspielen. (Heiterkeit.) Darin soll nun eine Beleidigung des Königs liegen! Ich wundere mich nicht, daß es Leute gibt, die sich über die Artikel ihrer politischen Gegner ärgern, ich wundere mich auch nicht, daß es Leute gibt, die die historischen Ausführungen des Artikels für falsch halten, ich wundere mich auch nicht, daß ein liberales Blatt, die „Königsberger Hartungsche Zeitung", es war, die in dieser Sache den Denunzianten gespielt hat, und sich in der Festesfreude der Enthüllungstage wilder gebärdete als selbst die konservativen Blätter und der wildeste Staatsanwalt, den sie erst auf diese Fährte gebracht hat. Aber das Gericht mußte einen kühlen, klaren und reinen Kopf behalten und sich nicht von der Leidenschaft, nicht von dem Aerger über den Artikel fortreißen lassen. Wenn mit Hülfe so künstlich geschraubter Wendungen und solcher Verdrehung des Tatbestandes verurteilt wird, sind wir genötigt, gegen ein Gesetz wie das vorliegende zu stimmen, solange es noch so dehnbare Worte wie „Böswilligkeit" enthält. Wir verkennen nicht die Absicht der Regierung, die Majestätsbeleidigungsprozesse einzuschränken. Aber solange das Gesetz mit so vagen Begriffen operiert, haben wir nicht das Zutrauen, daß künftig das freie Wort und die berechtigte Kritik geschützt sein wird. Gerichten wie dem Königsberger wird die „Böswilligkeit" stets die Handhabe zur Verurteilung bieten, und aus diesen Gründen stimmen wir gegen das Gesetz und beantragen, den Majestätsbeleidigungsparagraphen gänzlich aufzuheben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Kommission ist unser Antrag, die zweite Hälfte des § 95 zu beseitigen, halb angenommen worden. Aufrecht erhalten blieb das Recht, neben einer Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter zu erkennen. Diese Bestimmung hat gar keinen Zweck und bietet nur der Willkür eine Handhabe. Wir bitten, auch sie zu beseitigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding**:

Wenn Sie den Majestätsbeleidigungsparagraphen aufheben wollen, so müssen Sie auch die Beleidigung fremder Herrscher von Strafe befreien. Dann aber wird man im Auslande die überraschende Feststellung machen, daß man zwar in ihren Ländern auch die Beleidigung fremder Herrscher unter Strafe stellt, im Deutschen Reiche aber die erste Gelegenheit ergreift, den nichtdeutschen Fürsten den Schutz zu versagen. Ich glaube nicht, daß das das Ansehen Deutschlands im Auslande fördern würde. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es ist nun die Befürchtung ausgesprochen worden, daß unter dem neuen Gesetz gewisse politische Parteien besonders leiden würden. Auch meiner Meinung nach wäre es wünschenswert, das Wort „Böswilligkeit" durch ein noch stärkeres, klareres Wort zu ersetzen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber weder in den Verhandlungen der Kommission noch in denen dieses Hauses hat man einen brauchbaren Weg gefunden. Unter diesen Umständen habe ich das Vertrauen zur Ehrlichkeit der deutschen Richter, daß sie das Wort „Böswilligkeit" richtig auslegen werden. Die Regierung hätte gegen die Streichung des Wortes keinerlei Bedenken. Sie teilt allerdings auch die Befürchtungen nicht, daß diese Bestimmung zum besonderen Nachteil einer einzelnen politischen Partei werden wird. Die Möglichkeit einer scharfen Auslegung des Wortes besteht ja. Nach den Motiven und den Verhandlungen der Kommission müßte ich aber dazu bei dem Richter seinerseits Böswilligkeit voraussetzen, und das tue ich nicht. Sollte es ausnahmsweise doch der Fall sein — es kann ja alles vorkommen —, so haben wir ja Wege, das Unrecht zu beseitigen. Ich konstatiere, daß schon die Motive der Vorlage ergeben und daß in der Kommission ausdrücklich von berufener Stelle ausgesprochen worden ist, daß es den Wünschen und Auffassungen der verbündeten Regierungen durchaus entgegenginge, wenn hier verschiedene Parteien mit verschiedenem Maßstabe gemessen würden. Das würde dem Prinzip des Gesetzes nicht entsprechen. Das Wort „Böswilligkeit" ist so gemeint, daß der besonders energische Wille vorausgesetzt wird, den Herrscher in seiner persönlichen Ehre zu treffen. Und die Böswilligkeit muß in der Tat selbst, in der Verbindung der einzelnen Handlungen, die zur Verfolgung stehen, mit der Person des Täters gefunden werden. Politische Bestrebungen und Anschauungen auf anderem Gebiete kommen dafür nicht in Betracht. Es würde den Absichten des Gesetzes nicht entsprechen, wenn aus den politischen Anschauungen des Täters das Gericht ein Mehr oder Minder an Böswilligkeit folgerte.

Abg. **Osann** (natl.): Daß die Sozialdemokratie auch an den verbesserten Kommissionsbeschlüssen Kritik üben würde, haben wir ja erwartet. Nach den Erklärungen aber, die in der Kommission und hier abgegeben worden sind, halten wir es für ausgeschlossen, daß Majestätsbeleidigungen schärfer bestraft werden können, weil sie von Mitgliedern bestimmter Parteien ausgehen. Will man das Königsberger Urteil richtig verstehen, so muß man den ganzen Artikel kennen. Da wird davon gesprochen, daß Humboldt die Königin Luise „verschlagen und verstockt" genannt habe, es wird behauptet, sie habe, nur um eine Vergnügungsreise nach Petersburg zu machen, Staatsgelder angegriffen usw. Sind das nicht Beleidigungen der schärfsten Art? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber doch nicht des Königs!) Zunächst der Königin Luise. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich spreche ja nur davon, daß man in der sozialdemokratischen Presse über die Grenzen der historischen Kritik hinausgeht. Sollen wir denn glauben, daß der sozialdemokratischen Presse nur daran lag, eine historische Darstellung zu geben? Die Tendenz, die Absicht des Artikels (Lebhaftes Hört! hört! und Gelächter bei den Sozialdemokraten) war doch die, die Königin Luise herabzusetzen und diejenigen, die dort hingingen, nicht eine Schandsäule zu enthüllen, sondern ein nationales Denkmal. (Sehr richtig! rechts, andauerndes Gelächter bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Sie kriegen einen Orden!) Ich bin nicht Preuße und habe auch kein Verlangen nach einem Bändchen im Knopfloch. Es ist doch wunderbar, daß die Presse der anderen Parteien so gar nicht unter Majestätsbeleidigungsprozessen zu leiden hat. (Schallendes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) So fand sich neulich in der „Kölnischen Volkszeitung" die Kritik einer Handlung des jetzigen Monarchen, die durchaus richtig, zutreffend, aber maßvoll war. Es kommt eben immer auf die Form an. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Gräf** (wirtsch. Ver.): Die Herren Sozialdemokraten sollten sich nicht als Verfechter der freien Kritik aufspielen, die bei ihnen am wenigsten herrscht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Urteil im Prozeß Marckwald stimmt überein mit dem Empfinden der übergroßen Mehrheit des Volkes. (Lebhafter Widerspruch und Gelächter links.)

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (frs. Vp.): Es ist nicht richtig, wie Herr Roeren behauptete, daß wir die Majestätsbeleidigung nicht auch objektiv beschränkt hätten. **Wir haben es erreicht, daß die bloßen Achtungsverletzungen, wie Sitzenbleiben usw., nicht mehr als Majestätsbeleidigung angesehen werden dürfen.** Auf die takt- und geschmacklose Memeler Schandsäule will ich nicht eingehen. Eine direkte Denunziation des freisinnigen Blattes liegt jedenfalls nicht vor. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich kann aber auch nur betonen, daß solche Prozesse historisch kritischen Artikeln gegenüber etwas sehr Bedenkliches sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Staatssekretär hat uns in der Kommission aufgefordert, an das Publikum von hier aus die Mahnung zu richten, daß anständige Leute auch gegenüber Fürsten bei der Kritik in den Grenzen des Anstandes bleiben. Ich komme dieser Aufforderung hiermit nach. Das Volk ehrt sich selbst, wenn es den Vertreter der Staatsidee ehrt. Das ist die ideale Auffassung, daß, wer den König beleidigt, den Staat und damit die Gesamtheit der Staatsbürger beleidigt. Es entspricht das der englischen Auffassung, deren Korrelat ist, daß der Träger der Krone ängstlich bemüht ist, in den Kampf der Meinungen nicht einzutreten. Gerade dies Fernhalten der Majestät aus dem Streit der Meinungen, sei es auf künstlerischem, auf politischem, religiösem, militärischem oder wissenschaftlichem Gebiete, bedingt in England die hohe Achtung vor der Majestät. Seit 1823 ist in England keine Bestrafung wegen Majestätsbeleidigung mehr erfolgt. (Hört, hört!) Das Volk denkt in England so monarchisch, weil man ihm Vertrauen schenkt, weil man dort die vormärzlichen Polizeischikanen nicht mehr kennt. Je weniger Majestätsbeleidigungsprozesse, desto höher das Ansehen der Majestät selbst. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Wagner** (k.): Die inquisitorischen Gerichte auf den sozialdemokratischen Parteitagen beweisen uns, wie es im Zukunftsstaat mit den Majestätsbeleidigungsprozessen bestellt sein wird. (Lachen links.) Ich stelle noch fest, daß in Deutschland die mildesten Bestimmungen auf diesem Gebiete bestehen. Wenn in England trotz schärferer Bestimmungen keine Majestätsbeleidigungsprozesse vorkommen, so liegt das an dem nationalen Charakter dieses Volkes, dem die Anerkennung der Autorität angeboren und anerzogen ist. Ich wünschte, das deutsche Volk lernte in dieser Beziehung recht viel von den Engländern. (Bravo! rechts.)

Abg. **Wellstein** (Z.) wendet sich gegen den Antrag Albrecht. Wir sehen in der Vorlage eine große Verbesserung. Eine absolute Garantie gegen Tendenzprozesse kann es auf gesetzlichem Wege nicht geben, wir haben aber das Vertrauen in den deutschen Richterstand, daß solche Prozesse nicht vorkommen.

Abg. **Heine** (Soz.):

Herr Osann hat uns einige Stellen aus dem Königsberger Artikel vorgelesen über die Königin Luise und hat dann gesagt: Ist das keine Beleidigung? Wir riefen ihm zu: Jawohl, aber wessen? Er antwortete: Nun, zunächst der Königin Luise! Das sagen wir ja eben, daß man einen Begriff der Beleidigung verstorbener Fürstlichkeiten konstruiert, um die gegenwärtige Kritik der Vergangenheit einzuengen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt eben kein Gesetz, abgesehen von § 189, welches Beleidigungen Verstorbener unter Strafe stellt, und deshalb will man das hier auf Schleichwegen erreichen. (Unruhe rechts. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Königsberger Gericht ist aber gar nicht so schlecht gewesen, wie Herr Osann es darstellte; es hat nicht wegen der Beleidigungen der Königin Luise verurteilt, sondern ausdrücklich erklärt, daß es die ganzen historischen Erörterungen vollständig außer Betracht lasse. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist an sich nicht richtig und eine durchaus falsche Praxis, von einem Artikel neunzehn Zwanzigstel außer Betracht zu lassen. Ein Artikel ist ein ganzes, und da reißt man nicht einen Satz heraus. Das Königsberger Gericht hat nicht einmal getan, was Herr Osann meinte. Es hat nicht wegen Beleidigung der Königin Luise verurteilt, sondern wegen Beleidigung des jetzigen Monarchen. Es ist auf Umwegen und Schleichwegen dazu gekommen. Die Ausführungen des Abg. Osann, die Billigung, die er dem Urteil hat widerfahren lassen, die Billigung einer Verurteilung wegen historischer Kritik als Majestätsbeleidigung, beweist uns am allerbesten, wie gefährlich dieses Gesetz ist. Besser als Herr Osann konnte ich unsere Sache nicht verteidigen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben unsere guten Gründe, uns vor einer illoyalen Auslegung des Gesetzes zu fürchten, auch nach der Erklärung des Herrn Staatssekretärs. Wir können nicht glauben, daß die Richter sich auf einmal ändern werden, oder besser gesagt, daß die Judikatur sich ändern wird. Die Judikatur ist seit 15 bis 20 Jahren Schritt für Schritt weiter gegangen auf diesem Wege. Von Jahr zu Jahr wurden die Maschen enger gezogen und jedes freie Wort erstickt. Die paar Buchstaben, die Sie hier in das Gesetz hineinschreiben, werden die Praxis nicht ändern. Erst muß der ganze Geist dieser Justiz geändert werden. Gibt es doch sogar Richter, die sich rühmen, daß sie Mitglieder des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sind, die also eine einseitige parteipolitisch gehässige Stellung gegen die Sozialdemokratie einnehmen. Wehe meinem Parteigenossen, der in die Hände solcher Richter kommt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was nützt es, wenn Dr. Wagner sagt, wir würden nach Annahme dieses Gesetzes die freiesten Bestimmungen haben? Du lieber Gott, was nützen Bestimmungen? Wir können die freiesten Bestimmungen haben und die geknechtetste Praxis. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding**:

Es entspricht nicht dem Gebrauch des Hauses, Prozesse, die noch nicht rechtskräftig abgeurteilt sind, in der Diskussion zu erörtern. Der Königsberger Prozeß befindet sich noch in der Schwebe. Gegen das Urteil ist sowohl von der Staatsanwaltschaft wie von dem Angeklagten Revision eingelegt worden. Es ist möglich, daß diese Revision zurückgewiesen wird. Es ist aber auch möglich, daß sie zu einer Aufhebung des ersten Urteils führt. Wenn hier im Hause bereits der Sachverhalt einer Kritik unterzogen wird, so kann das keinen anderen Zweck haben, als das Urteil der unabhängigen Richter zu beeinflussen. Ich bin der Ansicht, daß die Praxis des Hauses, schwebende Prozesse möglichst nicht in den Bereich der Erörterungen zu ziehen, richtig ist. Ich bin deshalb außerstande, meinerseits mich an diesen Erörterungen zu beteiligen, trotzdem so manche Aeußerung des Abg. Heine mir Anlaß dazu geben würde. Nur eins: Der Abg. Heine hat gesagt, der Königsberger Gerichtshof wäre auf Schleichwegen zu einer Verurteilung gekommen. Das ist eine Beschimpfung des Königsberger Gerichtshofes, die ich mit Entrüstung zurückweise. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. **Roeren** (Z.): Mir ist das Königsberger Urteil nicht in seinen Einzelheiten bekannt. Wenn es aber wahr sein sollte, daß aus der Kritik der Denkmalsfeier und aus einem historischen Rückblick auf die preußische Geschichte des letzten Jahrhunderts, mag er noch so geschmacklos und taktlos sein, eine persönliche Beleidigung des jetzigen Kaisers konstruiert worden ist, so muß sich nicht nur jeder Jurist, sondern auch jeder Laie darüber wundern. Ich verstehe aber nicht, weshalb der Abg. Heine diesen Fall gegen das vorliegende Gesetz verwenden kann. Solche Konstruktionen und Auslegungen, die gegen den Sinn des Gesetzes verstoßen, können auch durch die klarste und präzisiste Fassung nicht verhindert werden. Das sollte uns nicht davon abhalten, Aenderungen zu treffen, die bei sinngemäßer Auslegung eine Verbesserung des geltenden Rechts bedeuten. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. **Graef** (wirtsch. Vg.): Der Abg. Heine hat gesagt, es sei eine Schande, wenn ein Richter dem Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie angehört. Er hat dabei wohl auf mich exemplifiziert. Ich kenne mich sehr genau und kann nur sagen, daß ich als Richter der objektiven Wahrheit immer näher gekommen bin als Herr Heine mit seiner spitzfindigen juristischen Rhetorik. (Sehr gut! rechts.) Im übrigen kann ich Herrn Heine nur sagen, daß ich dem Reichsverbande gar nicht angehöre, daß ich ihm aber nach seiner Rede beizutreten gedenke. (Heiterkeit rechts.)

Abg. **Heine** (Soz.): Wenn Herr Graef dem Reichsverbande nicht angehört, so geht ihm ja die ganze Sache nichts an. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er aber ihm nach meiner Rede beizutreten gedenkt, so rechne ich es mir als Verdienst an, Herrn Graef zu dieser Desavouierung gebracht zu haben. Dem Staatssekretär erwidere ich, daß ich nicht gesagt habe, der Königsberger Gerichtshof habe Schleichwege beschritten, sondern eine Judikatur, die Schleichwege betritt. . . .

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Dr. Osann (natl.) schließt die Debatte. In der Abstimmung wird der Antrag Albrecht (Soz.) auf Streichung des Majestätsbeleidigungsparagraphen überhaupt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Entwurf selbst wird darauf in der Fassung der Kommission gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die

erste Beratung des Entwurfes eines Scheckgesetzes.

Abg. **Racken** (Z.) empfiehlt den Entwurf: er werde zur Verbesserung der deutschen Zahlungssitten und des deutschen Privatdiskonts beitragen.

Abg. **Arnold** (k.) ist mit der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern einverstanden.

Abg. **Weber** (natl.): Meine Freunde hätten den Gesetzentwurf auch ohne Kommissionsberatung angenommen.

Unterstaatssekretär **Wermuth** sucht einige vom Abg. Racken geäußerte Bedenken zu zerstreuen.

Abg. **Frank** (Soz.):

Die Arbeiter haben nur ein indirektes Interesse an dieser Vorlage. So wenig der fromme Wunsch jenes Königs in Erfüllung ging, daß jeder Arbeiter des Sonntags sein Huhn im Topfe habe, so wenig wird auch heute jeder Arbeiter sein Scheckbuch im Schranke haben. Aber wir stimmen der Vorlage zu, weil sie der Entwickelung unserer Volkswirtschaft entspricht und weil sie geeignet erscheint, gewisse Härten des Hartgeldverkehrs zu beseitigen. Wir überschätzen aber keineswegs die Vorteile der Ausbreitung des Scheckverkehrs. Der Scheckverkehr beruht auf dem Vertrauen des Publikums zu den Banken. Aber gerade zur Zeit einer Krise hört das Vertrauen auf, und die Depots werden aus den Banken zurückgezogen.

Wir wären bereit gewesen, dem Gesetzentwurf auch ohne Kommissionsberatung zuzustimmen. Aber dem Antrag auf Einsetzung einer Kommission wollen wir nicht widersprechen. Es sind immerhin einige Punkte, die eine Aussprache erwünscht erscheinen lassen; namentlich die Frage des Postscheckverkehrs, die in die Debatte geworfen ist, ist einer näheren Erörterung wert. Es ist die Frage, ob es nicht richtig gewesen wäre, schon in diesem Gesetz die notwendige normale Grundlage für eine spätere Regelung des Postscheckverkehrs zu schaffen.

Ich will schließlich der Hoffnung Ausdruck geben, daß die deutschen Arbeiter nicht in die unangenehme Lage kommen wie die amerikanischen, welche die unangenehme Eigenschaft des Schecks, als Zahlungsmittel zu dienen, haben empfinden müssen. Sie haben wertlose Schecks als Zahlung annehmen müssen, weil sie sonst überhaupt keine Arbeit bekommen hätten! Hoffentlich bleibt unseren deutschen Arbeitern eine solche Erfahrung erspart. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Raab** (Antis.): Ich bin nicht gegen das Gesetz, verspreche mir aber weder gutes noch böses von ihm.

Abg. **Mommsen** (frs. Vg.): Meine Freunde stimmen dem Gesetzentwurf durchaus zu, denn er legt nur legislatorisch fest, was praktisch längst zu Recht besteht.

Abg. **Wagner-Württemberg** (deutsche Vp.) spricht sich für die Vorlage aus.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Tagesordnung: **1. Interpellation Albrecht und Genossen (Soz.) betreffend Einführung des Reichstagswahlrechts in den Bundesstaaten. 2. Fortsetzung der heutigen Debatte.**

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom Dienstag, den 21. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben.

In der Fortsetzung der zweiten Etatsberatung werden zunächst eine Reihe kleiner Etats debattelos angenommen. Der Etat der Seehandlung wird auf Antrag Gyßling (frs. Vp.), dem sich die Abgg. Schmedding (Z.), Rewoldt (fk.), v. Arnim (fk.) anschließen, an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Es folgt der Etat der Münzverwaltung.

Abg. **v. Arnim** (fk.) tadelt die Beseitigung der Taler und wünscht Ausprägung von 25 Pf.-Stücken.

Abg. Dr. **Crüger-Hagen** (frs. Vp.): Dem Wunsche auf Ausprägung von 25 Pf.-Stücken können wir uns nur anschließen. Gegen eine größere Silberprägung haben wir an sich nichts, soweit dadurch an der Goldwährung nicht gerüttelt wird.

Abg. **Hirsch** (Z.) hofft auf eine grundlegende Aenderung des Münzgesetzes im Reiche und wünscht eine andere Gestalt der Fünfmarkstücke.

Abg. Graf **Kanitz** (k.) schließt sich dem Wunsche auf Mehrausprägung von Silbermünzen an. Es liegen 25 Millionen Taler in der Reichsbank; diese sollte man wieder in den Verkehr bringen.

Finanzminister Frhr. **v. Rheinbaben**: An der Goldwährung wird unter keinen Umständen gerüttelt werden. (Bravo! links.) Aber innerhalb der Goldwährung ist die Vermehrung des Hartgeldes zu Lohnzahlungen usw. sehr erwünscht. Ich halte es daher für durchaus rätlich, die Kopfquote für die Silberausprägung auf 20 M. zu erhöhen. (Bravo! rechts.) Auch die Schaffung von 25 Pf.-Stücken halte ich für praktisch; sie wäre auch innerhalb des bestehenden Münzgesetzes möglich. Ueber eine andere Gestalt des Fünfmarkstückes schweben noch Erwägungen.

Abg. Dr. **Crüger** (frs. Vp.) begrüßt die Erklärung des Finanzministers, daß an der Goldwährung nicht gerüttelt werden soll.

Abg. Graf **Kanitz** (k.): An die Einführung der Doppelwährung denkt heute niemand mehr, nachdem die Goldproduktion in neuerer Zeit so außerordentlich gewachsen ist.

Damit schließt die Debatte; der Etat der Münzverwaltung wird bewilligt.

Eine Reihe kleiner Etats werden debattelos erledigt. Bei der fortgesetzten Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wünscht

Abg. **Laensch-Schmidtlein** (fk.) die Bereitstellung größerer Mittel zur Aufforstung von Oedländereien.

Abg. **Glattfelder** (Z.) bittet bei der geplanten Neuregelung der Anstellungsverhältnisse der Förster die Gemeinden für das ihnen entgehende Wahlrecht zu entschädigen.

Abg. **Tourneau** (Z.) wünscht gleichfalls größere staatliche Mittel für Aufforstungen.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (fk.) regt eine Reform der Lasten an, die die Anwohner der linksseitigen Oderzuflüsse zu tragen haben.

Ein Regierungskommissar gibt eine entgegenkommende Erklärung ab.

Das Ordinarium wird bewilligt.

Die Titel 3 und 4 (Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen und Förderung der inneren Kolonisation in den Provinzen Ostpreußen und Pommern werden auf Antrag des Abg. Gyßling (frs. Vp.) gemeinsam besprochen. Die Budgetkommission beantragt hierzu neben unveränderter Annahme der Titel: die kgl. Staatsregierung aufzufordern, auch in anderen Provinzen gemeinnützige Landgesellschaften, welche den Erwerb von Liegenschaften zur Förderung der inneren Kolonisation bezwecken, und zwar auch kleinere Genossenschaften (Kreisgenossenschaften), finanziell zu unterstützen.

Abg. **v. Bieberstein** (k.) beantragt bei Titel 3, den Betrag von 1 420 000 M. zu erhöhen auf 1 620 000 M., die Etatssumme von Titel 4 um 200 000 auf 1 800 000 M. herabzusetzen.

Die Abgg. **v. Bockelberg** (k.) und Dr. **Rewoldt** (fk.) wollen den Betrag des Titels 4 auf 1 700 000 M. festsetzen und folgenden neuen Titel 4a schaffen: „Förderung der inneren Kolonisation in den in Titel 4 nicht genannten Provinzen, insbesondere durch Seßhaftmachung von Landarbeitern 300 000 M."

Schließlich beantragen die Abgg. Dr. **Heydweiller** und Dr. **Schröder-Kassel** (natl.) in einer Resolution, die Staatsregierung aufzufordern, zwecks Förderung der Ansiedelung in der ganzen Monarchie Verhandlungen einzuleiten dahingehend, daß 1. dem Rentengutsausgeber die Baugelder und Einrichtungskosten der kleinsten Rentengüter bis zu ¾ des Stellenwertes durch die Landesversicherungsanstalten bis zur Empfangnahme oder Verwertung der Rentenbriefe gegeben werden, 2. die nach dem Gesetz vom 12. Juli 1900 für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Mittel von 10 Millionen Mk angemessen erhöht werden, 3. die zwischen 75 und 90 Proz. des Rentenstellenwertes meist fehlenden 15 Proz. von allen Landesversicherungsanstalten als 2. Hypothek gegeben werden, 4. die Anwendung des Erbbaurechts für kleinste Rentengüter gesetzlich ermöglicht und 5. authentisch festgestellt wird, in welchem Umfange ein Erbbaurecht mündelsicher hypothekarisch beliehen werden kann.

Abg. **Gußling** (frs. Vp.) bittet die für die östlichen Provinzen, insbesondere Ostpreußen, im Etat vorgesehenen Mittel nicht zu schmälern.

Abg. **v. Bieberstein** (k.) schildert die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Ostpreußen als äußerst traurige. Die gute Ernte ist durch Ueberschwemmung vernichtet. Die Viehzucht ist durch Seuchen geschädigt.

Abg. **v. Bockelberg** (k.) begründet seinen Antrag, der die Seßhaftmachung der Arbeiter bezwecke, um diese von der ungesunden Atmosphäre der Großstädte fernzuhalten. . . .

Minister **v. Arnim**: Sollte sich herausstellen, daß die für Ostpreußen eingestellten Mittel von 184 000 M. für die Verbesserung des Saatgutes nicht genügen, so würde eine Vermehrung der Mittel erwogen werden. Nicht unberücksichtigt darf bleiben, daß in den letzten Jahren sehr erhebliche Aufwendungen für die Provinz Ostpreußen gemacht worden sind. Mit dem Gedanken, die Kreisgenossenschaften zu Trägern der inneren Kolonisation zu machen, bin ich einverstanden.

Abg. Dr. **Rewoldt** (fk.) legt dar, daß die Verwaltung bei der Auszahlung der Fonds an die Ansiedelungsgenossenschaften zu schwerfällig arbeiten.

Abg. Dr. **Heydweiller** (natl.): Wenn wir dem Proletarier einen kleinen Grundbesitz geben, können wir die Sozialdemokratie überwinden. . . .

Abg. Dr. **Schroeder** (natl.) betont ebenfalls, daß der von ihm mit dem Vorredner eingebrachte Antrag den Zweck habe, Arbeiter seßhaft zu machen.

Abg. **Glatzel** (natl.) betont die Notwendigkeit, die innere Kolonisation so zu treiben, daß die ganze ländliche Bevölkerung davon Vorteil hat.

Abg. **Gußling** (frs. Vp.): Es ist erforderlich, auch im Westen innere Kolonisation zu treiben, doch darf diese nicht Sache des Staates sein, sondern sie muß den Gesellschaften und Provinzorganisationen überlassen bleiben. Von einem allgemeinen Notstand in Ostpreußen kann keine Rede sein.

Die Anträge werden hierauf der Budgetkommission überwiesen.

Dann vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Tagesordnung: Interpellation Kreth über den hohen Bankdiskont, Initiativanträge, Fortsetzung der Etatsberatung.)

Schluß 4½ Uhr.

Der Militäretat in der Budgetkommission.

(Sitzung vom 21. Januar.)

Die Weiterberatung des Militäretats beginnt mit Kapitel 34, **Reisegebührnisse, Umzugskosten** usw. Es werden hierfür über 11½ Millionen Mark, 1 374 000 M. mehr als im Vorjahre, verlangt. Der Referent kritisiert die außerordentlich hohen und beständig steigenden Reisekosten. Hier könne gespart werden. Erzberger bringt **Beispiele von verschwenderischer Verausgabung von Reise- und Umzugskosten** zur Sprache. In Leipzig zum Beispiel ist der kommandierende General aus einer Straße in die andere gezogen und es sollen ihm dabei **horrende Umzugskosten** bewilligt worden sein. Noske bringt weitere charakteristische Fälle zur Sprache, die da zeigen, wie hier gewirtschaftet wird. So ist ein Offizier **in 13 Jahren 8 mal versetzt** worden und so ziemlich im ganzen Reiche herumgezogen, was natürlich außerordentlich hohe Umzugskosten erfordert. In Löbau (Sachsen) ist bei einem Pferdemarkt der Kriegsminister mit einem Dutzend Offizieren anwesend gewesen; es sind vier Pferde gekauft worden, die Reisekosten für diese Offiziertruppe aus Dresden werden aber so hoch sein, daß man bequem noch ein fünftes Pferd dafür hätte kaufen können! Ein Vertreter des sächsischen Kriegsministeriums sucht diese Fälle zu rechtfertigen, und General v. Lochow gibt eine umfangreiche Darstellung über die Art der Reise- und Umzugskostenbewilligungen. Die Referenten verlangen eine genaue Nachweisung über die Verwendung der Summen. Diese 11½ Millionen werden noch bedeutend überschritten; denn es stecken in zirka fünfzehn anderen Positionen auch noch Reisekosten! v. Lochow hält eine solche Nachweisung für die vergangene Zeit für schwer möglich. Für künftig verspricht er sie. — Gröber und Südekum verlangen dringend spezialisierte Uebersichten über die Verwendung der Gelder. Dem Abg. Görcke (natl.) werden nicht genug Reisekosten gezahlt, und Liebermann v. Sonnenberg redet gegen Noske von **„sprichwörtlicher Sparsamkeit" der Militärverwaltung.** Es wird ein Antrag angenommen, mit dem Etat 1909 eine Nachweisung über die Verwendung der Reisegelder usw. im Jahre 1907 vorzulegen. Die Anforderung wird bewilligt.

Kapitel 37, **Artillerie und Waffenwesen,** erfordert 48 286 000 M., 2 815 730 M. mehr als im Vorjahre. Zu diesem Kapitel liegt eine Resolution des Zentrums vor, welche den zum Marineetat gefaßten Beschlüssen entspricht. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Arbeiten für die Militärverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und, falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Ort des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben, sowie die Militärverwaltung anzuweisen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Militärbetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen.

General Sixt v. Armin ist im allgemeinen mit der Resolution einverstanden, er kann aber nicht versprechen, daß immer danach gehandelt wird, da kein Mittel bestünde, die Firmen zur Einhaltung von Tarifverträgen zu zwingen. Südekum entgegnet, daß man einfach die Uebertragung der Arbeiten von der Anerkennung der Tarifverträge abhängig machen möge. . . . Richthofen und Oriola erklären für die konservative und die nationalliberale Partei, daß sie gegen die Resolution stimmen würden, während die Antisemiten jetzt dafür stimmen wollen. Die Anforderung wird bewilligt und die Resolution gegen die konservativen und nationalliberalen Stimmen angenommen.

Bei Titel 13, Beschaffung der Munition, bespricht Erzberger

die Arbeitsverhältnisse in den Munitionsfabriken.

Die größte Zahl der Arbeiter habe für 277 Arbeitstage **800 M. und unter 800 M. Jahresarbeitsverdienst!** Er verlangt Bezahlung der Feiertage; auch die Arbeitszeit ist in Preußen länger als in Bayern. Der Neunstundentag müsse das äußerste sein für diese schwere Arbeit. General v. Lochow kann keine nähere Auskunft geben, glaubt aber, daß die Löhne ortsüblich seien. Er vertröstet mit näheren Angaben auf die Zukunft! General v. Armin teilt mit, daß die Militärverwaltung die neunstündige Arbeitszeit exklusive Pausen schon habe; eine Ausnahme bestehe nur für die Depotarbeiter. Noske kündigt für das Plenum Beschwerden über die schlechte Bezahlung der Remonte-Depotarbeiter an. Erzberger beantragt eine Resolution, nach welcher von 1909 ab eine Erhöhung der Löhne für die bei der Heeresverwaltung beschäftigten Arbeiter eintreten soll. Ein Antrag Gröber, den Arbeitern die Feiertage (ausschließlich der Sonntage) zu bezahlen, wird angenommen.

Kapitel 38 betrifft die Technischen Institute, für welche 2 379 000 M. in Ansatz gebracht sind. Die Summe wird nach unerheblicher Debatte bewilligt.

Die Kommission geht nunmehr zu den einmaligen Ausgaben über. An der Spitze stehen 16 621 000 M. für die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes im Interesse der Bundesverteidigung. Die Summe wird ohne erhebliche Debatte genehmigt. Die sonstigen einmaligen Ausgaben belaufen sich auf 95 392 000 M., 11 890 000 M. mehr als im Vorjahre. Bei Titel 6, Herstellung einer Uebersichtskarte des Deutschen Reiches, bringt Erzberger die

Monopolstellung der Firma Mittler u. Sohn

zur Sprache. Diese Firma habe Druckaufträge erhalten, bei denen sie an einem einzigen Werkchen 60 bis 70 000 M. verdient habe! Der Bogen sei da mit über 8 Pf. bezahlt worden bei einer Auflage von mehr als 100 000 Exemplaren. Sobald freie Submission stattfand, hat sie den Preis auf 1½ Pf. pro Bogen ermäßigt! Erzberger verlangt Lösung des Vertrages und freie Submission.

Der Vertreter des Kriegsministers teilt mit, daß der Vertrag mit Mittler u. Sohn bis 1912 oder 1913 laufe; dann wolle man mehrere leistungsfähige Firmen zum engeren Wettbewerb heranziehen. Es gebe Arbeiten, die nur bei längeren Verträgen übernommen würden. Südekum und Gröber kritisieren diesen Druckvertrag nachdrücklichst. Südekum verlangt zu wissen, wann der Vertrag geschlossen wurde. Die Arbeiten, um die es sich hier handelt, erfordern keine besonderen Einrichtungen und bei dem sicheren Absatz einer so großen Auflage würde jede Firma gern besondere Einrichtungen schaffen. Jedenfalls muß der Vertrag gelöst werden, wenn nicht mit, so gegen den Willen der Militärverwaltung. Der Vertreter des Kriegsministers teilt mit, daß der Vertrag in den Jahren 1902 bis 1904 geschlossen worden sei. Er werde nicht wieder erneuert werden. Schließlich wird die Forderung genehmigt.

In Titel 17 werden 4½ Millionen für **neue Bekleidung** verlangt; es werden darüber eingehende Mitteilungen gemacht und dabei die Fragen **Tornister oder Rucksack** und **Schnürstiefel oder Schaftstiefel** diskutiert und die Summe dann bewilligt. Bei der Anforderung von ½ Million für Vergrößerung des Truppenübungsplatzes in Jüterbog fragt Oriola nach den

Ursachen des Unfalls bei Tegel,

wo ein Haus von einem Geschoß getroffen wurde. — General v. Lochow kann nichts Näheres sagen als: die Untersuchung sei im Gange.

Parlamentarisches.

Das Reichsvereinsgesetz vor der Kommission.

Die Kommission des Reichstages zur Vorberatung des Reichsvereinsgesetzes setzte gestern die Debatte über den § 1 des Entwurfes fort. Ueber

das Versammlungsrecht der Ausländer

gab zu Beginn der Sitzung Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg folgende Erklärung zu Protokoll:

„Durch den Umstand, daß den Ausländern das Recht, Vereine zu bilden und sich zu versammeln, nicht ausdrücklich gewährleistet ist, wird das Vereins- und Versammlungsrecht der Reichsangehörigen, an deren Vereinen oder Versammlungen sich Ausländer beteiligen, nicht berührt. Wird gegen Ausländer, die Mitglieder eines Vereins oder Teilnehmer an einer Versammlung, ein polizeiliches Einschreiten erforderlich, so ist dieses einerseits zwar in den Formen des Entwurfs zulässig, aber nicht an seine Vorschriften gebunden — und kann sich andererseits, falls es sich um einen Verein von Reichsangehörigen oder um eine von Reichsangehörigen veranstaltete Versammlung handelt, sofern die nicht etwa im Entwurf allgemein zugelassenen Maßnahmen in Frage kommen, nur gegen die daran beteiligten Ausländer als solche, nicht aber gegen die Reichsangehörigen als Mitglieder des Vereins oder Teilnehmer der Versammlung oder gegen den Verein oder die Versammlung als solche richten, da der Entwurf aus der Teilnahme von Ausländern an derartigen Veranstaltungen keine Beschränkung des den Reichsangehörigen zustehenden Vereins- und Versammlungsrechts herleiten will. Die gesetzliche Gewährung des Vereins- und Versammlungsrechts an Ausländer könnte überhaupt naturgemäß nur für die Angehörigen derjenigen fremden Staaten, welche den Reichsangehörigen ein gleiches Recht gewähren, und auch nur entsprechend dem Umfange der dort zugestandenen Berechtigungen in Erwägung gezogen worden. — Selbstverständlich würde die der Staatsgewalt gegenüber den Ausländern zustehende Befugnis zur Ausweisung hierdurch in keiner Weise berührt werden."

Es soll also ein gesichertes Vereinsrecht für den Ausländer in Deutschland überhaupt nicht geschaffen werden, der Fremde soll nach alter barbarischer Sitte rechtlos sein.

Zum § 2 selbst waren noch zwei Ergänzungsanträge eingegangen. Dr. Müller-Meiningen (frs. Vp.) schlug folgende Fassung vor:

„Das Vereins- und Versammlungsrecht der Reichsangehörigen unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch dieses Gesetz zugelassen sind. Vereine und Versammlungen, deren Zwecke den Strafgesetzen zuwiderlaufen, sind verboten."

Die Freisinnigen sind also bereit, auch hier wieder vor der Regierung zurückzuweichen und entgegen ihren eigenen früheren Reden und Anträgen das Vereinsrecht auf die Reichsangehörigen zu beschränken.

Auch das Zentrum, das noch in der letzten Sitzung Ausländer und Reichsangehörige im Vereinsrecht gleichgestellt sehen wollte, hatte sich nunmehr auf den Weg der Konzessionen an den Regierungsstandpunkt begeben. Es beantragte, zu seinem früheren, prinzipiell ausländerfreundlichen Antrag folgenden Zusatz:

„Beschränkungen dieser Rechte der Ausländer als Erwiderung der im Auslande gegen Reichsangehörige angeordneten Beschränkungen bleiben dem Bundesrat vorbehalten."

In der Diskussion wiederholten die Vertreter der verschiedenen Fraktionen ihre Erklärungen zu den zahlreichen Anträgen; doch ließ sich ein übersichtliches Urteil über die Stellung der Parteien und die endgültige Gestaltung des § 1 noch nicht gewinnen. Seitens der Sozialdemokratie wandte sich Genosse Legien mit aller Entschiedenheit gegen die konservativen Versuche, das Versammlungsrecht der Ausländer, Frauen und Jugendlichen hinter das jetzt in Preußen bestehende Verhältnis zurückzuschrauben und ihnen die Rechte zu nehmen, die sie schon in einer Reihe von Bundesstaaten haben.

Morgen dürfte die Abstimmung über die Anträge zu § 1 vorgenommen werden.

Wahlprüfungskommission. Die Wahl des Nationalliberalen Dr. Arning im Wahlkreise Nienburg-Stolzenau, Hannover, ist mit den zweifelhaftesten Mitteln erreicht worden. (Vorher war der Wahlkreis durch einen Welfen vertreten. (Dr. Arning erhielt 13 873 Stimmen, der Welfe v. Schele 7235, der Sozialdemokrat 3152 Stimmen. Ein umfangreicher Protest ist gegen die Wahl eingereicht, dem ein Gegenprotest folgte. Von den gerügten Vorkommnissen wurden bisher von der Kommission folgende für erheblich befunden und Untersuchung respektive Vernehmungen über sie beantragt. In Bissendorf sollen **Wahlfälschungen** vorgenommen worden sein: Nur 65 Stimmen sind für den welfischen Kandidaten gezählt worden, während 81 Wähler „beschwören wollen," daß sie ihre Stimmen für den Welfen abgegeben haben. In mehreren Orten wurde **im Wahllokal Bier und Schnaps gratis an die Wähler verabreicht,** die Arning wählen wollten. Nach Budenbostel waren **vom Landrat an den Ortsvorstand Wahlkuverts mit Stimmzettel für Arning gesandt!** Auch nach anderen Orten soll das geschehen sein. Dies würde als amtliche Wahlbeeinflussung zu erachten sein. In anderen Orten wurden offene Stimmzettel, ohne Wahlkuvert, für Arning in die Wahlurne gelegt, oder es wurden, wie in Nesse, Stimmzettel für Arning im Wahllokal verteilt. Eine offene Suppenterrine wurde als Wahlurne benutzt. Der Landrat in Stolzenau hat deutsch-hannoversche Versammlungen in sieben Orten verhindert und der Ortsvorstand in Winzler hat in widergesetzlicher Weise den Saal für welfische Versammlungen abgetrieben. Völlig ungenügend war der Isolierraum in der Stadt Rehburg, auch haben Polizeidiener Stimmzettel für Arning im Wahllokal verteilt.

In Nienburg sind mehrere Verstöße vorgekommen: Ein **Bezieher von Armenunterstützung und ein noch nicht 25jähriger Mann haben gewählt;** die Wahllisten sind nicht streng gesetzlich geführt worden. Ein Wahlvorsteher versprach sogar einem Wähler **einen Kognak, wenn er Arning wähle!** Ueberhaupt haben Schnaps und Bier eine große Rolle bei dieser Wahl gespielt.

Die Kommission mußte die weitere Prüfung wegen der Reichhaltigkeit des Protestes auf die nächste Sitzung vertagen!

Ein Hungerschrei!

Ein vieltausendstimmiger Hungerschrei war es, der gestern in Berlin aus überfüllten Versammlungen zum Himmel scholl. Tausende und Abertausende brot- und arbeitsloser Proletarier hatten sich zusammengefunden, um gegen eine Weltordnung und eine Staatsordnung zu protestieren, die sie und ihre Familie erbarmungslos dem eventuellen Hungertode überliefert. In allen Versammlungen wurde einstimmig die folgende Resolution angenommen:

Nach einigen Jahren der Prosperität setzt die wirtschaftliche Krise mit erneuter Kraft ein, eine steigende Notlage in den Reihen der Arbeiter hervorrufend. Nur die starken gewerkschaftlichen Organisationen verhindern, daß die Löhne auf das Niveau von Hungerlöhnen herabgedrückt und die gesamte Arbeiterschaft dem größten Elend überantwortet wird.

Die Versammlung ist sich bewußt, daß der jetzt wieder einsetzende wirtschaftliche Niedergang nicht eine zufällige Erscheinung, sondern untrennbar mit der heute bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung verbunden ist. Sie erachtet es deswegen nur als ein Gebot der Selbsterhaltung, daß die Arbeiterklasse ihre ganze Kraft für die Erringung der sozialistischen Gesellschaftsordnung einsetzt.

Die Versammlung richtet als Gegenwartsforderung an die öffentlichen Behörden die dringende Aufforderung, alles zu tun, um der augenblicklichen Kalamität abzuhelfen und zu verhindern, daß die Kraft tausender und abertausender Staatsbürger zwecklos brach liegt.

Die Versammlung verlangt deshalb:

1. Vom Staat:

a) Sofortige Inangriffnahme aller geplanten Bauten und sonstiger Unternehmungen in eigener Regie unter voller Innehaltung der von den Gewerkschaften festgesetzten Lohntarife;

b) Aufhebung aller Zölle und Abgaben auf Lebensmittel;

c) Aufhebung aller Beschränkungen der Koalitionsfreiheit;

d) Ausbau der sozialen Gesetzgebung unter Vermeidung aller Bevormundung durch die Behörden.

2. Von den Gemeinden:

a) Sofortige Inangriffnahme der geplanten Bauten und sonstigen Unternehmungen wie oben unter a gezeichnet;

b) Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten;

c) Erleichterung der kommunalen Verpflichtungen den Arbeitslosen gegenüber.

Die Versammelten weisen aber jede Hülfe auf das entschiedenste zurück, welche den Charakter der Armenunterstützung tragen würde.

Die beiden Versammlungen in Moabit

waren von zirka 4000 Personen besucht. Schon lange vor Beginn kamen sie von allen Seiten der Wiclefstraße zuströmend, die Rekruten der industriellen Reservearmee. Meist — und das ist das Auffällige — sind es junge Männer von 25 bis 30 Jahren, viele noch geringeren, aber nur wenige höheren Alters. Alles gesunde kräftige Leute, arbeitswillig im wahren Sinne des Wortes, willig, jede Arbeit aufzunehmen, um sich und die Ihrigen redlich durch die Welt zu schlagen. Wer gibt ihnen jetzt, wo die arbeitsharten Hände zu feiern gezwungen sind, Brot? Der Staat, der sie in den bunten Rock steckte, die bürgerliche Gesellschaft, deren neunmal geheiligtes Eigentum sie als Soldaten zu schützen berufen waren? Soldaten spielen, den Mund halten und Steuern zahlen! Ja, den Arbeiter als Steuerzahler findet Staat und Gemeinde immer, doch den Arbeitslosen den sieht man nicht, für ihn bleibt nichts übrig. Vater Staat braucht Kriegsschiffe und Kanonen, die Stadtgemeinde gibt Hunderttausende von Mark aus für Straßendekorationen, wenn eine der viel zu zahlreichen fremden Herrlichkeiten die Gnade hat, in Berlin Absteigequartier zu nehmen. So sprechen die Versammlungsredner ihren Klassengenossen aus dem Herzen. Gebt uns Arbeit! Und das Wahlrecht! hören wir von anderer Seite dazwischen rufen. Mit gespannter Aufmerksamkeit werden die Reden verfolgt. Es kommt eine Resolution zur Abstimmung. Ihr Arbeitslosen habt nicht zu bitten und nicht die schwielige Hand nach Almosen auszustrecken, Euch muß Recht werden, das Recht auf Arbeit! Fordert die Beschäftigung an Notstandsarbeiten, durch sie kann vorübergehend die Not gelindert werden; das Elend zu beseitigen geht nicht, es gehört zum bürgerlichen Staat wie der Rost zum Eisen. Hinein in den geeinigten gewerkschaftlichen Kampf, herbei und gesammelt um das Banner der Sozialdemokratie! Tausend Hände fliegen hoch und dann leeren sich langsam beide Säle.

In der Wiclefstraße hat sich ein zahlreiches Polizeiaufgebot breitgemacht. Hauptleute, Leutnants und viele Gemeine zu Fuß und hoch zu Roß halten die „Ordnung" aufrecht, die zu stören keinem einzigen der Versammlungsteilnehmer einfällt. Auf kurze Zeit wird die Wiclefstraße an der Emdener Straße gesperrt, um die Versammlungsbesucher zu „zerstreuen". Die Polizei verhält sich ruhig, kein Wort wird laut; offenbar hat auch das ganz eigenartige Standquartier, Zeitners Molkerei zum „Schweizerhof" beruhigend auf die Nerven gewirkt. Herr v. Borries sollte seine Leute bei derartigen Anlässen immer in Molkereien und Milchläden unterbringen; das wird mildernd auf die Denkungsart wirken. Jeder Zugang nach dem Stadtinnern ist wieder wie zur Wahlrechtsdemonstration stark bewacht. Im Kolonialmuseum sind zirka 40 bis 50 Schutzleute untergebracht, 25 solcher sind vor der Moltkebrücke postiert. Ein kleiner Trupp Arbeitsloser kommt die Straße herunter, flugs ist die Passage über die Brücke verboten. Konsequent läßt die Schutzmannskette keinen Sterblichen mehr über die Brücke, bis der kleine Zug außer Sicht ist. Dasselbe Schauspiel wiederholt sich an den übrigen Brücken, überall Murren und Kopfschütteln hervorrufend. Im Hotel „Hamburger Hof", Unterbaumstr. 2, und im Hause Friedrichstr. 105a warten die Polizeimannschaften der Dinge, die nicht kommen wollen. Die Brownings sind geladen, der Säbel in der Scheide gelockert.

*

Durch ein Gewimmel von Polizeileuten mußten sich die Arbeitslosen hindurchschlängeln, um nach dem

Gesellschaftshaus deutscher Musiker

in der Kaiser-Wilhelm-Straße zu gelangen. Der große neue Saal war samt den geräumigen Galerien bald überfüllt. Auch durch Entfernung von Tischen und Stühlen hatte man nicht Platz genug schaffen können für all die arbeitslosen Menschen, die hier an dieser Versammlung teilnehmen wollten. Die Polizei hatte sich nicht damit begnügt, das Lokal wegen Ueberfüllung abzusperren, sie sperrte vielmehr noch die Straße ab, besonders das Stück von der Münzstraße nach der Hirtenstraße. Da standen an beiden Enden dichte Schutzmannsketten. Polizeibeamte zu Pferde ritten in kleinen Gruppen auf und ab. An Leutnants fehlte es auch nicht, die alle ihre strategischen Kenntnisse und Fähigkeiten aufboten, um den Staat wieder einmal zu retten. Schlimm war es offenbar bestellt um die Sicherheit des Staatswesens, denn sonst wäre ja dieses kriegerisch erscheinende Aufgebot nicht notwendig gewesen. Man hätte nicht nötig gehabt, durch solche Maßregeln die Neugierigen nach einer Stadtgegend wie die Münzstraße zu locken, die sowieso schon zu eng für den alltäglichen Verkehr ist.

Vorläufig fand die Polizei keine andere Arbeit, als die Zuspätkommenden vor dem unnötigen Weg nach dem Lokal zu bewahren, oder sich bei Herrn Berkowicz im Königscafé für die künftigen Taten zu stärken.

In dem Kopf an Kopf gefüllten Saal sprach der Reichstagsabgeordnete Scheidemann. Das Publikum bestand größtenteils aus Leuten im besten Mannesalter. Offenbar waren es meist gelernte Arbeiter der verschiedensten Berufe, die, von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu der gleichen Not verdammt, sich hier zusammengefunden hatten. Eine ernste, fast traurige Stimmung beherrschte die Versammlung. Man fühlte den Druck der Not, die mehr oder minder stark auf alle lasteten. Dem inhaltreichen Vortrage folgten die Versammelten mit lebhaftem Interesse und, wie zahlreiche Zustimmungsäußerungen bewiesen, auch mit vollem Verständnis. Sowohl der Referent wie der Vorsitzende, Genosse Wels forderten die Anwesenden auf, nach Schluß der Versammlung ruhig ihres Weges zu gehen und der Polizei keine Veranlassung zu geben, ihre Macht zu zeigen. „Wenn die andern Demonstrationen haben wollen, machen wir keine", sagte Wels und fand damit allgemeinen Beifall. Der Saal leerte sich denn auch schnell und ohne jede Störung.

Von Straßendemonstration konnte auf seiten der Arbeitslosen nicht die Rede sein; jeder bemühte sich, sobald wie möglich von dannen zu kommen. Gewiß hätte es keine halbe Stunde gedauert und man hätte in der ganzen Gegend nichts Außergewöhnliches mehr gesehen. Aber nun war die Polizei da, war allzu zahlreich da, sperrte bald hier, bald dort ab. Sie hatte offenbar keinen rechten Platz für ihre Tätigkeit oder hatte vielleicht einen großen Feldzugsplan, den sie bei der durchaus friedlichen Lage nicht verwenden konnte. So erhielten die Schutzleute widersprechende Befehle. Erst ließ man die Versammlungsbesucher ruhig nach beiden Seiten abziehen. Dann kam plötzlich ein Dutzend Schutzleute aus dem Königscafé und sie erhielten Befehl, die Personen, die nach der Münzstraße wollten und dort fast schon angelangt waren, zurückzubringen nach der Hirtenstraße zu. Als aber die etwa 1000 Menschen auf diese Weise das Versammlungsgebäude erreicht hatten, durften sie plötzlich wieder umkehren und ihren Weg nach der Münzstraße fortsetzen. Man hatte im jenseitigen Polizeilager offenbar eingesehen, daß die einseitige Ableitung der Menge zu einem allzu großen Gedränge in den engen Gassen des Scheunenviertels führen mußte. So wurden verschiedenerlei Befehle gegeben und wieder zurückgenommen, weil sie sich als unpraktisch erwiesen. Den Arbeitslosen gegenüber schlugen die Beamten den harschen Kasernenton an. Wären die Versammlungsbesucher nicht so ruhige, besonnene Leute gewesen, dann hätte es leicht hier und da zu Verwickelungen kommen können. So lachte man höchstens über die zweck- und ziellose Wichtigtuerei. Daß selbst Schutzleute ab und zu sich des Lachens nicht ganz enthalten konnten, wenn sie sahen, wie planlos ihre ganze Aktion sich entwickelte, wenn sie mit kriegerischer Würde einen Trupp harmloser Menschen bald hierhin, bald dorthin begleiten mußten, ist leicht begreiflich.

In jenem Teil der Kaiser-Wilhelm-Straße hatte sich die Menschenmenge trotz der allzu vielen Polizeibeamten bald ganz verlaufen. In den umliegenden Straßen, beim Bahnhof Börse und am Hackeschen Markt, hatte die Polizeidemonstration jedoch

Ansammlungen Neugieriger

zur Folge. Es waren meist junge Burschen, die man in der Versammlung nicht gesehen hatte, arme Menschen, die wohl kein Geld hatten, ein Theater zu besuchen und nun dachten, daß die vielen blanken Pickelhauben ihnen einigen Ersatz dafür bieten würden. Sie sammelten sich an verschiedenen Straßenecken, gingen in wirren Knäuel auf und ab, wurden bald hier, bald dort von der Polizei vertrieben, erschienen aber immer wieder an einer anderen Stelle. Als sich eine Anzahl auf der Insel inmitten des Hackeschen Marktes gesammelt hatte, rief ein Leutnant laut: „Räumen Sie den Markt! Vorwärts! Auseinander!" Er stürmt mit seinen Getreuen auf die Menge zu, die natürlich den Platz räumte. Aber Zweck hatte es nicht. Auf einer anderen Ecke taucht wieder eine Gruppe auf. Erst als die Polizei sich zurückzog, wurde es ruhiger. Wenn die Akteure nicht mehr mitspielen, verlassen natürlich auch die Schaulustigen den Platz.

•

In Kellers Sälen

in der Koppenstraße waren einige Tausend Arbeitslose versammelt. Während diese auf den Beginn der Versammlung warteten, veranstaltete die Polizei draußen, vor dem Lokal, eine kleine Straßendemonstration. Als gegen 10 Uhr die beiden Säle gefüllt waren, schritt eine Kolonne von Schutzleuten, 60—80 Mann stark, aus dem Hofe des Saalgrundstückes auf die Straße und sonderte sich in drei Teile. Nach drei Richtungen wurde der Zugang zur Koppenstraße abgesperrt. An der Frankfurter Straße, am Grünen Weg und an der Rüdersdorfer Straße pflanzten sich dichte Reihen von Schutzleuten auf, jede von einem Polizeileutnant geführt. Wer nicht wie ein Arbeiter aussah, konnte die Schutzmannsketten passieren. Kam aber jemand, den die Beamten für einen Arbeiter hielten, so wurde er mit den Worten zurückgewiesen: „Die Versammlung ist gesperrt." Und es kamen noch sehr viele, die in die Versammlung wollten, aber keinen Einlaß mehr fanden. Schutzleute in großer Zahl, die außerhalb der Absperrungslinien umhergingen, sorgten dafür, daß niemand stehen blieb. Die Anordnungen der Beamten wurden ohne weiteres befolgt, aber der Zulauf zur Versammlung war noch längere Zeit so stark, daß sich, obgleich niemand einen Augenblick stehen bleiben durfte, fortgesetzt große Mengen ausgesperrter Versammlungsbesucher vor allen drei Absperrungslinien ansammelten. Die Zahl der Arbeitslosen, die nicht mehr in die Versammlungen hineinkamen, war viel größer als die Zahl derjenigen, die in den Sälen Platz gefunden hatten. Viele Tausende, die der Kapitalismus in Not und Elend gestoßen hat, strömten herbei. Daß sie nicht etwa beieinander blieben und durch die Massenhaftigkeit ihrer Erscheinung die herrschende Arbeitslosigkeit augenfällig illustrierten, dafür sorgte die Polizei durch ein Aufgebot von Beamten, so groß, als ob dem Dreiklassenstaat von diesen Versammlungen der Arbeitslosen das größte Unheil drohe. Das böse Gewissen der herrschenden Klasse mag sich beim Anblick einer so großen Entfaltung der Staatsgewalt beruhigen. Der ehrsame Spießbürger kann sich sorglos an den wohlgedeckten Frühstückstisch setzen und sich sicher fühlen in dem Gedanken: Lieb' Vaterland, magst ruhig sein, tut's not, so haut der Schutzmann drein.

Während so die Polizei für Aufrechterhaltung der nicht bedrohten Ruhe, Ordnung und Sicherheit sorgte, wurde in den Versammlungen die Lage der Arbeitslosen erörtert und ihre Forderungen an Staat und Gemeinde begründet.

Im kleinen Saale sprach vor einer dichtgedrängten Zuhörerschaft Genosse Severing-Bielefeld. Nachdem er die Ursachen der Krise und der Arbeitslosigkeit besprochen hatte, wandte er sich an die Arbeitslosen mit dem Ersuchen, sich durch die Arbeitslosigkeit nicht mutlos machen zu lassen und nicht zu verzagen. Jeder solle es sich zur Pflicht machen, Aufklärung in seinem Kreise zu verbreiten, für die Stärkung der Arbeiterorganisation zu wirken, damit die Ideen des klassenbewußten Proletariats verwirklicht werden können. Durch Kampf mit geistigen Waffen gelte es, Zustände herbeizuführen, die dem Elend des Proletariats für immer ein Ende machen. — Durch lebhaften Beifall und einstimmige Annahme der Resolution bewies die Versammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten.

Im großen Saale sprach Genosse Singer. Nach einer eingehenden Erörterung der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit warf er die Frage auf: Was soll geschehen, um diesen Notstand zu lindern? Er beantwortete die Frage dahin: Die herrschende Gesellschaft hat den Notstand, aus dem sich der einzelne nicht befreien kann, verschuldet, sie hat deshalb auch die Pflicht, Mittel zur Linderung des Notstandes zu schaffen. Es muß Arbeit herbeigeschafft werden für die Arbeitslosen. Aber nicht etwa nutzlose Arbeit, wie sie 1848 den Arbeitslosen gegeben wurde, welche den Sand in den Rehbergen von einer Stelle auf die andere schippten, sondern Arbeiten, welche im allgemeinen Interesse notwendig sind. Derartige Arbeiten gibt es genug und sie können auch bald in Angriff genommen werden. Kanal- und Eisenbahnbauten würden Beschäftigung für die verschiedensten Gewerbe bringen. Der Redner verwies darauf, daß in den nächsten Tagen sowohl in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung als auch in den Gemeindevertretungen der Vororte seitens unserer Parteigenossen Anträge auf Linderung der Arbeitslosigkeit gestellt werden. Schließlich warf Genosse Singer noch einen Blick auf die politische Situation. Nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet haben wir die Krise, sondern auch auf politischem Gebiet spitzen sich die Verhältnisse mehr und mehr zu. Die schroffe Verweigerung der Wahlreform in Preußen muß für die Arbeiter Veranlassung sein, nicht zu ruhen, ehe wir ein freies Wahlrecht errungen haben. Ferner möge sich jeder Arbeiter geloben, in dem großen Befreiungskampfe des Proletariats seine Schuldigkeit zu tun, damit das Elend der Arbeitslosigkeit für die Zukunft gänzlich beseitigt wird. — Die Ausführungen Singers entfesselten oft stürmischen Beifall. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Besucher der Versammlung verließen in musterhafter Ordnung das Lokal. Lächelnd schauten sie auf die riesige Machtentfaltung der Polizei. Eine dichte Schutzmannskette zog sich über die ganze Breite der Frankfurter Straße. Sie wehrte jedem den Weg nach der Seite, die den Zugang nach dem Stadtinnern bildet. Nach Osten und Norden nur durfte man passieren. Nach etwa zehn Minuten hatte die Straße wieder ihr alltägliches Aussehen. Die Polizei zog ab, sie hielt eine Gefahr für den preußischen Staat wohl nicht mehr für vorliegend.

Für die gewaltigen Arbeiterquartiere des fabrikgesegneten Südostens der Stadt waren zwei Arbeitslosen-Versammlungen einberufen worden, beide nach dem

Gewerkschaftshause

am Engel-Ufer. Schon von 9 Uhr an begann der Zustrom der Versammlungsteilnehmer und drückte in der Umgebung des Gewerkschaftshauses dem Straßenbild sein besonderes Gepräge auf. Im schlichten Werktagsrock traten sie an, die Männer der Arbeit, die jetzt feiern müssen und mit den Ihrigen der Entbehrung überliefert sind, weil die Sinnlosigkeit unserer Wirtschaftsordnung es so will.

Rasch füllten drinnen im Gewerkschaftshause sich die Versammlungssäle, zunächst der große Saal im zweiten Stockwerk und dann auch der kleinere Saal I im ersten Stockwerk. Noch vor 10 Uhr mußten aus den beiden Sälen die Tische herausgeräumt werden, um Platz zu schaffen für den unaufhörlichen Strom der Arbeitslosen, der in das Haus am Engel-Ufer sich ergoß. Lange vor Beginn der Versammlung gebot die Polizei Halt, indem sie den Hof besetzte und den Nachdrängenden den Zutritt zum Saalbau wehrte. Aber noch immer zogen dichte Scharen aus allen Teilen des Südostens heran. Am Engel-Ufer harrten sie, ob nicht doch noch Einlaß gewährt werde. Auch aus dem Osten der Stadt, wo das Versammlungslokal in der Koppenstraße gleichfalls längst gesperrt war, kamen jetzt noch viele Hunderte herüber in der vergeblichen Hoffnung, vielleicht hier Zutritt zu finden. Die Polizei, die zunächst in mäßiger Stärke angetreten war — ihre Hauptmacht lag vermutlich irgendwo in der Nachbarschaft im Hinterhalt — bemühte sich, die sich stauenden Massen zu zerstreuen. Dabei befleißigte sie sich, soweit wir das beobachten konnten, im allgemeinen eines ruhigen und besonnenen Tones.

Im großen Saal sprach Genosse Emmel, in Saal I Genosse Lehmann-Wiesbaden. Beide zeigten den ursächlichen Zusammenhang der Wirtschaftskrisen und des Arbeitslosenelends mit dem Kapitalismus, auf den unsere Wirtschaftsordnung sich gründet. Genosse Emmel hob hervor, daß diese neueste Krise erst einsetzt, daß aber schon jetzt in Berlin und den Vororten ein Heer von Arbeitslosen auf der Straße liegt. Der Kapitalismus frage nicht danach, ob in solchen Zeiten viele Tausende von Arbeitern mit ihren Familien zugrunde gehen. Der Staat dürfe sich nicht daran genügen lassen, gegen die Opfer solcher Wirtschaftskrisen die Polizei und die Gerichte mobil zu machen. Ein Staat, der weiter nichts könne als das, der habe, so rief Emmel, seine Existenzberechtigung verloren. Unten im Saal I geißelte Genosse Lehmann in ähnlicher Weise die Haltung der Besitzenden und ihres Staates gegenüber dem Arbeitslosenproblem. An ein tatkräftiges Eingreifen zur Milderung und Minderung der Arbeitslosigkeit werde nicht gedacht; der besitzenden Klasse sei auch viel mehr damit gedient, daß die Arbeitslosen zur Verzweiflung getrieben werden, so daß dann der Polizeisäbel in Aktion treten könne. In beiden Sälen folgte die Kopf an Kopf gedrängte Zuhörermenge den Ausführungen der Redner mit gespanntester Aufmerksamkeit und gab wiederholt durch stürmische Beifallskundgebungen ihre Zustimmung zu erkennen. Einstimmig wurde hier wie dort die Resolution angenommen, die dem Staat wie den Gemeinden unter anderem die schleunigste Inangriffnahme von Notstandsarbeiten als Pflicht zuweist. Unter Hochrufen auf die Arbeiterbewegung die zur Befreiung der Arbeiterklasse aus Kapitalsknechtschaft führen muß, trennten sich die Versammelten.

In einem breiten Strom flutete aus den Sälen die Masse der reichlich zweitausend Arbeitslosen, die hier zusammengekommen waren, hinaus auf die Straße, wo noch eine vielleicht ebenso große Anzahl anderer Arbeitslosen ihrer wartete und jetzt auch ein starkes Schutzmannsaufgebot bereit stand. So weit unsere Beobachtung reichte, waltete die Polizei auch jetzt wieder ihres Amtes in ruhiger Weise — und überall „ging es auch so". Wahrscheinlich hätten die Massen sich sogar noch schneller zerstreut, wenn die Schutzmannschaft zu Hause geblieben wäre. Die im Gewerkschaftshause und auf der Straße postierten Ordner, die an ihren roten Schleifen erkennbar waren, reichten vollkommen aus, um für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen. Wie groß übrigens an gewissen Stellen die Furcht vor Wiederholung von Straßendemonstrationen ist, das konnte man sehen, wenn man jetzt nach Schluß der Versammlung den benachbarten Michaelskirchplatz umschritt. Alle nach dem Innern der Stadt führenden Straßen waren inzwischen mit Schutzleuten dicht besetzt worden, an allen Straßeneinmündungen zog sich eine Kette von Schutzmannsposten quer über Damm und Bürgersteige, um sofort einem sich etwa bildenden Zuge sich entgegenwerfen zu können. Es kam nirgends hierzu, und so blieb diesmal der Polizeisäbel in seiner Scheide.

•

Ein heiterer Zwischenfall.

Anläßlich der im Gewerkschaftshause abgehaltenen Versammlung hatte die Polizei des betreffenden Bezirks ein ganz ungewöhnliches Aufgebot von Schutzleuten auf die Beine gebracht; wahrscheinlich um der umwohnenden Bevölkerung zu zeigen, welchen unheimlichen Umfang die Arbeitslosigkeit bereits angenommen hat. Die umliegenden Straßen, hauptsächlich aber das Engel-Ufer, wimmelte geradezu von Polizisten zu Fuß und zu Pferde, während eine Anzahl derselben, zum Teil bis an die Zähne bewaffnet, auf Fahrrädern sich tummelten. An den Straßenecken, auf den Bürgersteigen wiederum promenierten als biedere Spießbürger, Arbeitslose usw. verkleidet — allerlei Polizeimannschaften — kurzum die ganze Umgegend bot ein lebhaftes Bild. Mit einem Male veränderte sich die Situation. Berittene und fahrende Schutzleute sausten hin und her, Befehle bringend und einholend. Ueber einige Straßen, hauptsächlich in der Richtung zum Schlosse hin, wurden in dichten Reihen Schutzmannsketten gezogen. Die Versammlung der Arbeitslosen war zu Ende und ein schwarzer Strom von Menschen flutete aus dem Gewerkschaftshause, zum Teil herzlich lachend über die Polizeidemonstration zu beiden Seiten der Straße. Die Herrschaften in Zivilkleidung dritter Garnitur unter den müßigen Zuschauern mengten sich zwischen die Versammlungsbesucher, wurden aber bald erkannt und gebührend behandelt. Nahezu eine Stunde dauerte der Abzug der Massen, die, ungewohnt des bunten Treibens der Straße, sich nur langsam zerstreuten. Als die letzten Nachzügler der Versammlung sich in den Straßen verteilt hatten und eine Revolution nicht mehr zu befürchten war, wurde das Kommando „Posten einziehen" gegeben, und die Mannschaften der Polizei strömten ihrer Zentralstelle resp. dem Zentrallager zu. Plötzlich wurde — es war genau 12½ Uhr — von irgend einer ängstlichen Seele, oder aber auch einem Spaßvogel, das Gerücht verbreitet, es fehlen sechs Schutzleute. Aengstliche Gemüter streiften das Gebüsch des Michaelkirchplatzes und die weite Fläche des eisbedeckten Engelbeckens und der Nebenkanäle ab, ohne jedoch die Spur eines der Vermißten entdecken zu können. Bebende Lippen stammelten von einem Morde und eine bange halbe Stunde verstrich. Da endlich wurde das Rätsel gelöst: Eine Ordonnanz per Rad jagte auf einen Polizeileutnant zu und wies nach dem Hause Michaelkirchplatz 1. Der Leutnant riß die Tür des betreffenden Hauses auf und — o Wunder — einer nach dem anderen kommen die sechs vermißten Schutzleute aus dem dunklen Hausflur heraus, von dem hellen Schein des Tages förmlich geblendet. Böse Zungen behaupten, die Schutzleute hätten dort im Hinterhalte gelegen, um, falls die Arbeitslosen die Revolution proklamiert hätten, mit dem nötigen Schneid dazwischen fahren zu können. Die Bewohner des Hauses aber, dessen Räume eine Anzahl Gewerkschaftsbureaus bergen, sind der Meinung, daß die Schutzleute nur zum Schutze der betreffenden Gewerkschaftsbeamten verdammt waren, einige Stunden in dem kalten dunklen Hausflur zuzubringen. Neben diesem Hausflur befindet sich ein gut geheiztes Frühstückslokal. Welche Tantalusqualen diese Beamten erduldet haben mögen, das mögen die Götter wissen.

•

Die Arbeitslosen von Rixdorf und Umgegend

kamen in großen Scharen nach Kliems Festsälen in der Hasenheide gezogen. Schon vor 10 Uhr wurde der große Saal abgesperrt und die Schutzleute wiesen die Andrängenden nach dem Eingang zum Gartensaal. Dieser Saal samt Vorhalle war ebenfalls bald überfüllt, aber abgesperrt wurde nicht und der Verkehr regelte sich von selbst in aller Ruhe und Ordnung. Die Leute kamen und gingen eben wieder, als sie sahen, daß nicht einmal in der Vorhalle Platz zu finden war. Und dabei standen die meisten Leute in dem kleinen Saal, wo der Reichstagsabgeordnete Brühne die Ansprache hielt. Viele Frauen und Mädchen sah man unter der Menge. Um 10½ Uhr begann nochmals ein starker Zustrom, aber längst waren alle Plätze besetzt.

Viele der Arbeitslosen waren offenbar in recht gedrückter Stimmung, man sah ihnen das Sorgen und Grübeln an über das große Problem: Was soll nun werden, wenn ich keine Arbeit finde?! — Das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber den furchtbaren wirtschaftlichen Verhältnissen, die durch keine noch so laute Klage geändert werden, sprach besonders scharf aus den Zügen der Alten. In den Jungen steckt immer noch so viel Lebensmut; die Hoffnung verläßt sie nie, aber die Alten sind mißtrauisch geworden und lachen bitter über die Hoffnung auf bessere Tage, die da kommen werden. Sie haben die Erfahrung auf ihrer Seite und blicken trübselig in die Zukunft. Nur sehr wenige tranken Bier oder rauchten Zigarren, und den meisten war es wohl ganz angenehm, daß auch im großen Saale sämtliche Tische fortgeräumt wurden und nur Stuhlreihen noch blieben. In diesen Massen der Versammelten waren keine zweifelhaften Elemente vertreten; es waren durchweg Arbeiter, die zu dieser Zeit des Tages viel lieber eine harte Arbeit verrichtet hätten — das sah man ihrer Kleidung, ihren Gesichtern, ihren Händen an.

Mit großer Aufmerksamkeit folgten alle den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Frank, der unter lebhafter Zustimmung erklärte, daß man von der Junkerclique im preußischen Parlament und von den satten Bürgern im Roten Hause von Berlin ebenso wenig etwas für die Arbeitslosen erwarten könnte wie etwa von den Füchsen, daß sie für die Gänse sorgen. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß die bürgerlichen Stadtväter eingeladen worden seien, sich die Massen der Arbeitslosen anzusehen und ihre Wünsche zu hören, damit sie besseres Verständnis gewinnen für die Pflichten einer Gemeinde gegenüber den unverschuldet in Not geratenen Bürgern. Er gab der Ansicht Ausdruck, daß Rixdorf mit an der Spitze derjenigen deutschen Gemeinden marschiere, welche die reaktionärsten Stadtväter haben, was das Verständnis für sozialpolitische Pflichten anbetrifft. Für sie gilt immer noch die erbärmliche Ausrede, die man jederzeit von ihnen hören kann, daß nämlich jeder Arbeit finden könne, wer nur arbeiten wolle. — Auf die wiederholte Anfrage des Vorsitzenden, ob einer dieser Stadtväter anwesend sei und das Wort wünsche, meldete sich niemand.

Auf den Straßen Rixdorfs fanden vorher keine Ansammlungen statt und für die zahlreichen Polizisten, die in Bereitschaft gehalten wurden, gab es nichts zu tun. Einige Male konferierten vier oder fünf Polizeioffiziere miteinander; man schien anzunehmen, daß am Schluß der Versammlungen Aufzüge und Demonstrationen anderer Art stattfinden würden. Als gegen halb zwölf Uhr von der Hasenheide her ein Trupp von etwa dreihundert Männern, die in anderen Lokalen schon abgewiesen waren, in die Nähe der Versammlungslokale von Kliem kam, da gestattete die Polizei nicht, daß sie dort vorbeizogen. Der Zug wurde in die Jahnstraße gedrängt. Bald darauf kamen aus den beiden Vorwegen von Kliems Lokal die dichten Massen der Versammlungsbesucher heraus, die sich langsam zerstreuten. Zuerst blieben viele stehen und blickten verwundert auf die zahlreichen Schutzleute, die ihrerseits auf irgend etwas zu warten schienen, sich aber sonst passiv verhielten. Nach einem kleinen Viertelstündchen genauer gegenseitiger Betrachtung ging man in Frieden auseinander.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall bei Hanau.

Einer Meldung aus Hanau zufolge ist gestern vormittag 5 Uhr 35 Minuten der Personenzug 456 von Erbach bei der Einfahrt in Gleis III auf eine auf diesem Gleis haltende Maschine mit Packwagen aufgefahren. Die Maschine und der Packwagen entgleisten und wurden stark beschädigt. Elf Reisende und drei Bedienstete wurden leicht verletzt. Die Verletzungen sind Kopfwunden, Quetschungen und Hautabschürfungen. Die Gleise Hanau—Wabenhausen sind auf etwa drei Stunden gesperrt. Der Personenverkehr wurde durch einen Hilfszug mit Umsteigen aufrecht erhalten.

Eine entsetzliche Eisenbahnkatastrophe

hat sich am Montagabend gegen 9 Uhr bei Pont Aquabella durch Zusammenstoß mehrerer Züge ereignet. Aus Mailand wird vom 20. Januar hierüber gemeldet: Als der Zug von Mailand nach Rom bis Pont Aquabella gelangt war, fuhr er dort auf den Zug nach Pavia auf, der stehen geblieben war, um das Signal „Freie Fahrt" abzuwarten. Die Lokomotive des Zuges nach Rom und die letzten Wagen des Zuges nach Pavia stürzten auf die Nebengleise. In diesem Augenblick brauste ein Zug von Bergamo heran, der mit der Lokomotive und den umgestürzten Wagen der beiden anderen Züge kollidierte. Der Zusammenprall war furchtbar. Bisher sind neun Tote aus den Trümmern gezogen worden, die zu dem Bergamo-Zuge gehören. Mehrere Verletzte wurden nach den Krankenhäusern von Mailand geschafft.

Eine Meldung vom gestrigen Tage aus Mailand besagt: Von den bei dem Eisenbahnunglück Verletzten sind bis jetzt 25 geborgen, unter diesen befinden sich 3 Schwerverletzte. Die Persönlichkeit einiger Toten und Verletzten ist noch nicht festgestellt. Unter den bis jetzt dem Namen nach bekannten Personen befindet sich kein Ausländer.

Mailand, 21. Januar. Die Persönlichkeiten der bisher unter den Trümmern hervorgezogenen, bei dem Eisenbahnunglück bei Aquabella ums Leben Gekommenen, deren Zahl jetzt 11 beträgt, sind festgestellt; Ausländer sind nicht darunter. Der Zugverkehr ist nicht unterbrochen, der Zug nach Rom konnte seine Fahrt fortsetzen. Schatzminister Carcano und die Senatoren, die diesen Zug benutzten, haben sich eifrig an der Leitung der Aufräumungsarbeiten beteiligt. Für die Katastrophe verantwortlich zu machen ist ein Weichensteller, der sofort flüchtete und jetzt steckbrieflich verfolgt wird. Von seiten der Generaldirektion der Staatseisenbahnen und des Ministeriums für öffentliche Arbeiten ist eine gründliche Untersuchung über die Ursachen des Unglücks eingeleitet worden.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Folgende Lokale stehen uns zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung: **Schönow bei Bernau:** Restaurant von Otto Schulze; **Erkner:** Restaurant Seidenstücker.

Der Vergnügungsverein „Fröhlichkeit“ (gegründet 6. Juni 1880) veranstaltet am Sonnabend, den 8. Februar cr., in den Concordia-Festsälen, Andreasstraße, einen Maskenball. Da man versucht, Billetts hierzu hauptsächlich in Arbeiterkreisen umzusetzen, so weisen wir darauf hin, daß uns die Concordia-Festsäle seit Jahren beharrlich verweigert werden, deshalb sind alle dortigen Veranstaltungen seitens der Arbeiterschaft streng zu meiden.

Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 26. d. M., abends 6 Uhr, in der Lebensquelle, Kommandantenstr. 20: Versammlung mit Frauen. Nachher: Geselliges Beisammensein und Tanz. Eintritt mit Garderobe und Tanz 20 Pf.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Schöneberg. Heute Mittwochabend 8½ Uhr, findet in Obsts Festsälen, Meiningerstr. 8, eine Kreisversammlung der Frauen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Fritz Zubeil einen Vortrag hält. Außerdem findet die Berichterstattung und Neuwahl der Kreisvertrauensperson, sowie der örtlichen Vertrauensperson von Schöneberg statt. Alle Frauen des Kreises werden ersucht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Vertrauensperson.

Steglitz. Heute, Mittwoch, abends findet im „Albrechtshof“ eine öffentliche Versammlung des Liberalen Vereins statt. Wir ersuchen die Genossen, zu dieser Versammlung möglichst zahlreich zu erscheinen. Jeder achte jedoch darauf, daß das Lokal gesperrt ist und halte seine Groschen fest.

Berliner Nachrichten.

Gegensätze.

Gestern früh zogen Zehntausende von Arbeitslosen in die Versammlungen, um weiteren Kreisen die gegenwärtig herrschende Arbeitslosigkeit ad oculos zu demonstrieren, um Staat und Kommune an ihre Pflichten zu erinnern. Erschreckend groß ist die Zahl der Arbeitslosen und riesengroß Not und Elend. 40—50 000 Arbeitslose nebst ihren Familien wissen nicht, wo sie am nächsten Tage für sich und die Angehörigen Brot hernehmen sollen. In dieser Zeit des grauen Elends treten die Gegensätze im Gesellschaftsleben doppelt kraß in Erscheinung. Da klingt es wie Hohn auf die heutigen Zustände, wenn man liest, welch unglaublicher Luxus in gewissen Gesellschaftsschichten geübt wird. Und dieser Luxus trat gerade gestern abend in augenfällige Erscheinung, allerdings profanen Augen entzogen. Im Schlosse fand die Defiliercour statt. Glänzend muß es da nach einer Schilderung der „B. Z. am Mittag“ über die Toiletten der Damen hergegangen sein.

In diesem Blatt lesen wir über die Cour-Toiletten folgendes:

„Dann die Toiletten für die Damen. Kostet doch eine Courschleppe allein oft schon mehrere tausend Mark. Wenn sie auch öfter verwendet werden kann, so wird doch das dazu gehörige Kleid mit dem tiefen Hofdekolleté meist für jede Cour neu angefertigt. Die Toiletten sind überreich mit Stickereien, namentlich aus Perlen, Silber und Gold geziert, da in dem Glanze des Thronsaales und des vielen Schmuckes nur reiche Toiletten wirken können. Im Haar funkelt gewöhnlich ein Diadem, bei jungen Mädchen ein Blumenkranz, unter dem der traditionelle Schleier hervorquillt, der entweder aus echten Spitzen oder aus echtem Brüsseler Tüll besteht. Wenn man bedenkt, daß so ein einfacher, drei Meter langer Schleier mindestens 300 Mark kostet, wird man ermessen können, wie kostbar eine vollständige „Hofausrüstung“ mit Schmuck und allem Zubehör ist. . . . .

Bei Gerson, Spitzer, Pechstein, Max Stein gabs in den letzten Tagen märchenhafte Toiletten zu bewundern, die heute abend in vollem Glanze ihre Besitzerinnen schmücken werden.

Und nun folgen Schilderungen der Toiletten im einzelnen. Greifen wir nur einige heraus:

„Zu den Debütantinnen gehört die junge Gräfin Dohna. Sie wird eine hellblaue Tülltoilette mit reicher Perl- und Silberstickerei und einem Saum von Silbergaze tragen. Dazu gehört eine hellblaue Samtschleppe reich mit Silber in Louis XVI. Geschmack bestickt. Der weiße Tüllschleier ist mit der gleichen Handstickerei geziert.

Auch die imposante Frau Oberst v. Ziethen wird zum ersten Male vorgestellt. Sie hat dazu eine weiße Liberty-Atlastoilette gewählt, reich mit echten Spitzen inkrustiert und mit Silber und langen Glasperlen bestickt. Die Schleppe ist besonders reich ausgefallen. Sie ist aus weißem Samt mit Applikationen aus Liberty-Atlas und reicher Perlen- und Silberstickerei, von einem breiten Zobelrand abgeschlossen. Der weiße Tüllschleier zeigt die gleiche Applikation mit Silberstickerei.

Die prachtvolle Figur und Erscheinung der Gattin des Staatssekretärs v. Schoen wird in einer weißen Tüllprinzeßrobe zur Geltung kommen, die von oben bis unten reich mit langen Glasperlen und Pierros de strasse bestickt ist. Die Schleppe besteht aus Silbertuch (drap d'argent) mit einem breiten Skunksrand. Dazu gehört ein weißer echter Schleier, der von einem besonders kostbaren Diadem gehalten wird.

Eine sehr effektvolle, reiche Robe wird Frau Max v. Stiller tragen. Es ist ein Silberpaillettenkleid auf weißem Tüll mit abschattierter blauer Paillettenstickerei und blauem Samtsaum und Garnitur. Die Schleppe dazu ist gleichfalls aus hellblauem Samt, reich mit Silberblumen gestickt, von einer Chiffonrüsche am Rand abgeschlossen.

Die graziöse blonde Erscheinung der Gräfin Schwerin-Stolpe wird in einer reich gestickten weißen Tüllrobe auf blauem Fond paradieren, von Perlen und Strassegefunkel übersät. Die Courschleppe ist aus hellblauem Samt mit Silberstickerei und Tüllrüschen. Eine der kostbarsten und apartesten Toiletten wird wie immer die schöne Prinzeß Titi Thurn und Taxis geb. Metternich tragen. Sie hat diesmal eine weiße Prinzeßrobe aus Satin souple gewählt, mit einem Devant aus kostbarer antiker Goldstickerei auf Tüll, die seit vielen Jahren erblicher Familienbesitz ist. Die weiße Seidenschleppe ist mit der gleichen antiken Goldstickerei geziert und schließt mit einem breiten Rand abschattierter gelber Rosenblätter ab.

Die italienische Schönheit der Fürstin Bülow wird diesmal in einem gelben Tüllkleid zur Geltung kommen, reich mit Silber und Strasse gestickt. Die Schleppe dazu ist aus gelbem Samt mit Silberstickerei und Zobelrand.

Zu den reizenden, sehr jugendlichen Debütantinnen zählt auch das schlanke, dunkelblonde Fräulein von Behr-Pinnow. Sie wird eine weiße Tuntoilette mit Silber tragen, mit Pompadourrosenkränzen und Ranken, die von blauen Schleifen gehalten werden. Die Schleppe dazu ist aus weißem Atlaß mit Silbertüllgarnitur. Frau von Witte, die Gattin des Kammerherrn, wird eine weiße Tüllrobe auf mauve Fond mit reicher Perlstickerei und Applikationen aus farbiger Metallgaze tragen. Der Saum ist aus mauve Liberty, ebenso wie die Courschleppe, die mit reicher Rokokostickerei aus farbiger Metallgaze und Stiftperlen geschmückt ist!“

Und so geht es fort, eine Toilette immer eleganter wie die andere, und die Hauptsorge dieser Gesellschaft mag darin bestehen, wer wohl von allen Anwesenden den Vogel abschießt.

Niemand legt sich die Frage vor, welche Mühe und Arbeit dieser ganze Luxus gekostet, wieviel Tage und Nächte manche fleißige Arbeiterin daran gewandt haben mag. Und mit welchem elenden Lohn die Herstellerinnen all dieses Glanzes und all dieser Pracht abgespeist worden sein mögen. Der Preis dieser Toiletten ist ein solcher, daß Arbeiterfamilien ein, zwei und noch mehrere Jahre davon leben könnten. Ist ein krasserer Gegensatz denkbar? Dort unermeßlicher Luxus und Ueberfluß, hier Entbehrung, Not und Elend. Und das nennt sich göttliche Weltordnung!

Die Verschandelung des Waldgeländes um Berlin.

Mit den Forsten in der Umgebung von Berlin beschäftigte sich die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses. Im Laufe der Beratung hob der Oberlandforstmeister unter lebhafter Zustimmung der Kommission hervor, der Fiskus habe keine Veranlassung, großen Städten Forstkomplexe zu schenken; dagegen habe der Fiskus einer Anzahl von Städten große Komplexe zu niedrigen Preisen überlassen, so den Städten Charlottenburg, Hannover, Köln, Düsseldorf. Augenblicklich schwebten Verhandlungen mit Berlin betr. Ankauf der Wuhlheide, die 500 Hektar groß ist. Was den Grunewald anlange, so bleibe es bei der Entscheidung des Kaisers, daß an dem Hauptstock des Grunewalds nicht gerührt werden solle. Der Oberlandforstmeister teilte ferner mit, daß der Kaufmann Theodor Moses, genannt Moser, in Berlin eine 5,435 Hektar große Fläche der Oberförsterei Köpenick zu dem Preise von 679 400 M., die Berliner Elektrizitätsgesellschaft gleichfalls aus der Oberförsterei Köpenick 3,734 Hektar zur Errichtung einer elektrischen Kraftstation für 522 816 M.; die Terraingesellschaft Oberschöneweide 44,535 Hektar aus der Oberförsterei Köpenick für 5 566 887 M. erworben haben. Diese Flächen gehören zu dem Gelände an der Oberspree, auf dem eine regelrechte Forstwirtschaft kaum noch möglich ist. 13,862 Hektar am Hundekehlensee wurden an den Rechtsanwalt Oechelhäuser als Vertreter eines Konsortiums für den Preis von 2 287 230 M. verkauft; auf dem Gelände sollen 14 freie und zwei überdeckte Spielfelder, sowie die erforderlichen Garderoberäume, Verwaltungsgebäude und Bäder errichtet werden. Der Rest des Geländes soll weiter veräußert werden, um dem Konsortium Ersatz für seine Aufwendungen zu verschaffen. Die Firma Siemens u. Halske und die Märkische Bodengesellschaft mit Unterstützung der Firma Siemens u. Halske wollen in der Nähe der Charlottenburger Werke Beamten- und Arbeiterwohnhäuser errichten. Da es sich hier um einen weitgehenden Akt privater Arbeiterfürsorge handelt, sind 4,989 Hektar für 300 008 M. und 6,350 Hektar für 422,784 M. verkauft worden.

Die Ausführungen des Oberlandforstmeisters, nach welchem der Fiskus keine Veranlassung habe, großen Städten Forstkomplexe zu schenken, sind durchaus deplaziert. Auch der Staat hat die Pflicht, für genügende Erholungsmöglichkeit der Stadtbewohner zu sorgen. Dieser Pflicht kann er sich nicht dadurch entziehen, daß er sie ohne weiteres ausschließlich den Städten zuschiebt.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 23. Januar d. J., nachmittags 5 Uhr. Sechs Naturalisationsgesuche. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Ueberwachung der Zahnpflege der Schulkinder in Berlin. — Berichterstattung des Ausschusses zur Vorbereitung: der Neuwahl der ständigen Ausschüsse der Versammlung, der Abordnung der Mitglieder der Versammlung in die Verwaltungsdeputationen und Kuratorien, sowie der Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder der Versammlung behufs der Ausführung von Recherchen. — Berichterstattung über die Vorlage, betr. die Aenderung der Fluchtlinie der Französischen Straße. — Vorlagen, betreffend: die Annahme eines von Fräulein Dorothea Luise Bourjan dem Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhause hinterlassenen Vermächtnisses — und den Etat der städtischen Wasserwerke für das Etatsjahr 1908. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. Errichtung städtischer Krippen und Kindergärten. — Vorlagen, betr. die Annahme eines Vermächtnisses der verwitweten Frau Ida Bodien, geb. Bruschke, zur Errichtung einer Gotthard und Ida Bodienschen Stiftung für wohltätige Zwecke, — die Vergrößerung der Maschinenanlage der Pumpstation VII der Kanalisationswerke Genthiner Straße, — den Abschluß eines Mietsvertrages mit dem eingetragenen Verein „Berlin-Treptow-Sternwarte“ hierselbst, — den Abbruch der Baulichkeiten auf dem im Wege der Enteignung zu erwerbenden Grundstücke Grünthaler Straße 21, — die Abänderung der Ordnung, betreffend den Anschluß an die Kanalisation und die Erhebung der Kanalisationsgebühren in der Stadt Berlin vom 20./22. März 1902, — den Austausch von Parzellen längs und innerhalb des Charitégrundstücks zur Berichtigung des Grundbuches, — die Erweiterung der Infektionsabteilung und des Wirtschaftsgebäudes des Krankenhauses im Friedrichshain.

Die Versuchsrundbahn bei Oranienburg ist nunmehr in Benutzung genommen, nachdem der eigenartige Bahnkörper von den Mitgliedern des Eisenbahnministeriums, sowie von eisenbahnamtlichen Berufs- und Fachvereinen mehrfach besichtigt worden ist. Gestern wurde eine elektrische Lokomotive, mit welcher Versuchsfahrten unternommen werden sollen, nach der Bahnstrecke übergeführt, deren Gleise eine Länge von vier Kilometer haben und sich kreisförmig zusammenschließen. Diese Bauart ermöglicht es, daß die Probezüge Strecken von mehreren Hundert Kilometer ununterbrochen zurücklegen und hierbei die denkbar höchste Fahrgeschwindigkeit entwickeln können. Die Probestrecke ist derartig angelegt, daß allen im praktischen Bahnbetriebe vorhandenen Schwierigkeiten, wie scharfen Kurven, unübersichtlichen Strecken usw., Rechnung getragen wird.

Die Kanaldeputation beschloß in der letzten Sitzung dem Antrag der Straßenreinigungsverwaltung, wegen Einwerfen von Schnee in die Kanalisationsleitung, die Genehmigung zu erteilen; allerdings nur versuchsweise und dürfen hierzu nur die gemauerten Kanäle benutzt werden.

Der Schulgemeinde Kleinbeeren soll ein Patronatsbeitrag in Höhe von 200 M., zur Erhöhung des Grundgehalts, pro Jahr gewährt werden. Die Kosten für die Erhöhung der Alterszulage übernimmt die Gemeinde. Hierzu ist die Zustimmung der städtischen Behörden einzuholen.

Die Leiche eines einarmigen Mannes ist am Sonntag in dem königlichen Forst bei Hangelsberg von Berliner Ausflüglern aufgefunden worden. Der Tote, ein Mann von etwa 40 Jahren, der nur den rechten Arm besaß, hatte sich aus einem Revolver, der bei der Leiche gefunden wurde, eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt. Der Selbstmörder dürfte schon längere Zeit an der Fundstelle gelegen haben, wie daraus zu entnehmen ist, daß der Körper bereits stark in Verwesung übergegangen war. Legitimationspapiere und Wertsachen wurden bei dem Verstorbenen nicht vorgefunden. Aus der Wäsche waren die Zeichen herausgetrennt, so daß keinerlei Anhaltspunkte vorhanden sind, die zur Identitätsfeststellung des Toten führen könnten.

Zwei Zusammenstöße zwischen Straßenbahnwagen und anderen Fuhrwerken werden vom gestrigen Tage gemeldet. In der Pallas-Straße bog die Droschke 9551, indem sie einem am Bürgersteig haltenden Geschäftswagen auswich, nach dem Straßenbahngleise hinüber und fuhr seitlich gegen den in gleicher Richtung sich bewegenden Motorwagen 1629 der Straßenbahnlinie 3, wobei die Droschke mit Gespann umgeworfen wurde. Der Droschkenkutscher Kernstedt fiel dabei so unglücklich, daß er mit dem linken Bein unter dem Pferd zu liegen kam. Er erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels. Die Droschke wurde stark beschädigt. — In der Petersburger Straße fuhr ein Geschäftswagen der Firma Louis, Metzer Straße 30 langsam auf den Straßenbahnschienen und wich auch nicht aus, als ein Straßenbahnzug der Linie 81 herannahte, dessen Führer rechtzeitig das Warnungssignal gab. Der Wagen wurde von dem Motorwaggon gestreift, wobei das Pferd des Geschäftswagens scheu wurde und davonjagte. Hierbei stürzte die Frau des Wagenbesitzers, die sich auf dem Fuhrwerk befand, auf den Straßendamm. Sie erlitt Bluterguß am rechten Knie, Quetschungen am Hinterkopf und Verletzungen am rechten Oberschenkel. Die Verunglückte erhielt auf der Unfallstation in der Warschauer Straße die erste Hülfe.

Ein großer Geflügeldiebstahl ist in der vorletzten Nacht auf dem Grundstück Frankfurter Chaussee 53 verübt worden, wo nicht weniger als 40 lebende Enten gestohlen wurden.

Aus der Irrenanstalt in Dalldorf entwichen ist der russische Militärarzt Wladimir Kakowitz aus Petersburg. K., der auch den Namen Rosenberg führte, war vor einiger Zeit nach Berlin gekommen und mußte bald darauf in Dalldorf interniert werden. Von dort ist er jetzt entwichen. Vermutlich hat er sich nach der Schweiz gewandt. Ferner ist der Kaufmann Theodor Littlof, ein gemeingefährlich Geisteskranker, aus Dalldorf entflohen.

Zwei Richtigstellungen sind uns von zwei Geschäftsleuten zugegangen, die aus Anlaß ihres angeblichen besonders arbeiterfeindlichen Verhaltens am 12. Januar in unserem Blatt mit Namen und Adresse erwähnt waren. Der Kohlenhändler Neumann, Angermünder Straße 12, läßt uns durch seinen Rechtsanwalt schreiben: „Die über den Kohlenhändler Neumann, Angermünder Straße 12, im „Vorwärts“ vom 15. Januar 1908 gebrachte Notiz, wonach er am Sonntag, den 12. Januar, von einem Lokal in der Angermünder Straße aus mit großer Schadenfreude der Polizeiattacke zugesehen und schrille Pfiffe durch die Finger habe ertönen lassen, ist unrichtig.“

Auch der Restaurateur Richard Schmidt, Alte Schönhauser Straße, Ecke Linienstraße, ersucht uns, mitzuteilen, daß er am Sonntag den 12. Januar zu keiner Zeit sein Geschäft geschlossen gehalten und flüchtenden Demonstranten den Eingang in sein Lokal verwehrt habe.

Wir haben zwar dem Inhalte nach von beiden Erklärungen Notiz genommen, kommen aber dem Wunsche der Einsender nach Abdruck ihrer bestimmt gehaltenen Erklärungen nach, da wir einen Irrtum unserer Gewährsmänner nicht für ausgeschlossen erachten möchten.

Vermißt wird seit dem 16. Dezember 1907 aus Stahnsdorf das Dienstmädchen Franziska Pietreck, am 20. März 1889 zu Königshütte geboren. Personalbeschreibung: Mittelgroß, untersetzt, dunkelbraunes starkes Haar, gesundes volles Gesicht, dunkelbraune Augen, kleine breite Nase, graugestreiften Rock, dunkle blaue Bluse, dunkelgrau kariertes Umschlagetuch, schwarze Strümpfe und Holzpantinen. Personen, welche über den Verbleib der Vermißten irgend welche Angaben machen können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 8579. IV. 33. 07 mitzuteilen.

Die Arbeiter-Bildungsschule Berlin feierte am Sonntag, den 19. d. M., in Kellers Festsälen ihr 17. Stiftungsfest durch ein wohlgelungenes Orchesterkonzert, das dem Berliner Sinfonie-Orchester unter der Leitung des Kapellmeisters Zimmer Gelegenheit gab, sein tüchtiges Können, wenn auch mit etwas ungureichenden Mitteln, zu beweisen. Die Mendelssohnsche Hebriden-Ouverture leitete das Programm ein, während die seltener gespielte C-dur-Sinfonie von Haydn ihm das eigentliche Gepräge aufdrückte. Als am besten gelungen sind wohl die beiden Gluckschen Kompositionen, der „Reigen seliger Geister“ aus „Orpheus“ und „Musette“ aus „Armide“ zu bezeichnen. Den Beschluß bildete die Ouverture zu „Egmont“ von Beethoven. Zwischendurch erfreute der Gesangverein „Senefelder“ durch den Vortrag einiger, das Programm vervollständigender Lieder, wobei das „Landsknechtsständchen“ des Orlando di Lasso besonders durch korrekte und stimmungsvolle Wiedergabe zu erwähnen ist. Die Festrede hatte Heinrich Ströbel übernommen. In kurzen und kräftigen Zügen zeichnete der Redner die Kulturideale des Sozialismus. Die Unmöglichkeit der bürgerlichen Gesellschaft, auch nur die Forderungen seiner eigenen Vorkämpfer zu verwirklichen, zeigte er, indem er die Lehren von Pestalozzi, Basedow, Fichte, Kant, Wagner und anderen dem heutigen Volksschulwesen gegenüberstellte. Was Fichte vor genau hundert Jahren in flammenden Worten in den berühmten „Reden an die deutsche Nation“ gefordert hat, ist heute noch genau so weit von der Verwirklichung entfernt wie damals. Solange der Kapitalismus herrsche, werde es nie gelingen, den großen Massen des Volkes eine ausreichende Schulbildung zu verschaffen, da dieser zwar an der Entwickelung der technischen, nicht aber auch an der der geistigen Kultur ein Interesse habe. Deshalb werde auch erst der siegende Sozialismus die Menschheit auf die Sonnenhöhe der Kultur heben können, die allein ein wahres Kulturvolk kennzeichne. Alles in allem war die Feier eine würdige Veranstaltung unseres Berliner Bildungsinstituts und wäre dem Verein nur ein noch stärkerer Besuch zu wünschen gewesen, da dieser augenscheinlich durch die herrschende Arbeitslosigkeit beeinflußt wurde.

Feuerwehrbericht. Am Montagabend mußte der erste Zug am Friedrichshain einen Wohnungsbrand löschen, der durch Unvorsichtigkeit entstanden war. In der Dresdener Straße 34/35 (Luisenhof) kam durch die Explosion einer Petroleumlampe im Keller einer Tischlerei Feuer aus. Auch in der Dircksen-Straße 37 entstand auf diese Weise Feuer. In beiden Fällen gelang es der Feuerwehr, die Gefahr bald zu beseitigen. Ferner hatte die Wehr noch in der Putbuser Straße 15, Bernauer Straße 21 und an anderen Stellen zu tun.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute abend 9 Uhr 4. Abteilung in Lichtenberg-Rummelsburg bei Lindner, Grünbergerstr. 10, Vortrag über „Vergiftungen“. Vortragender Herr Dr. J. Hirschfeld. Morgen, Donnerstagabend 9 Uhr, 3. Abteilung in Schöneberg bei Wieloch, Grunewaldstr. 110, Vortrag über „Vergiftungen“. Vortragender Herr Dr. Schwab. 5. Abteilung in Rixdorf bei Thiel, Bergstr. 151/152, Vortrag über „Physiologie“. Vortragender Herr Dr. Schwabach. Neue Mitglieder können in allen Abteilungen, besonders in der letzten noch eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung.

In der letzten Sitzung unterbreitete der Magistrat den Haushaltsplan für 1908. Kämmerer Machowicz erklärte denselben in längeren Ausführungen. Zum Schluß wandte sich Redner noch gegen die Ausführungen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung anläßlich des Ankaufs eines Teiles des Botanischen Gartens. Die Berliner Stadtverordneten hätten gar keine Ursache, den Schönebergern Vorwürfe für ihre Nichtbeteiligung zu machen. Mit demselben Rechte könnte auch Schöneberg von Wilmersdorf einen Teil der Kosten zur Anlegung des Stadtparkes verlangen, der an Wilmersdorf grenze. — Die Debatte über den vorgelegten Haushaltsplan und die Ausführungen des Kämmerers wird bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Um 7 Uhr erfolgte die Wahl des Oberbürgermeisters Wilde auf Lebenszeit. Stadtverordneter Wollermann (Soz.) gab namens seiner Fraktionskollegen die Erklärung ab, daß sie sich an der Wahl nicht beteiligen werden, da sie prinzipiell dagegen sind, Magistratsmitglieder auf Lebenszeit zu wählen. Würde es sich um die Wahl des Oberbürgermeisters für die nächste Amtsperiode handeln, so wären sie bereit, dem Oberbürgermeister Wilde einmütig die Stimme zu geben. — An der Wahl beteiligten sich 53 Stadtverordnete, davon stimmten 50 für die lebenslängliche Anstellung, 3 Stimmzettel waren unbeschrieben. Der Vorsteher richtete darauf an den Oberbürgermeister einige Begrüßungsworte, wobei er den Wunsch aussprach, daß diese Wahl wieder die Einigkeit unter den bürgerlichen Parteien herstellen möge.

Zur Beratung kam dann ein Antrag der liberalen Fraktion:

„Die Stadtverordnetenversammlung mißbilligt die vom Stadtverordnetenvorsteher in der Sitzung vom 6. Januar gegenüber einem Mitgliede getanen Aeußerungen („dauernd renitent" und „an die Luft setzen") und erklärt, daß derartige unparlamentarische Aeußerungen eines Stadtverordnetenvorstehers geeignet sind, die Würde und das Ansehen der Stadtverordnetenversammlung zu beeinträchtigen."

Der Vorsteher erklärt, daß er die Aeußerungen in der Erregung getan habe und spricht sein Bedauern darüber aus, diese Worte gebraucht zu haben. Ob aber seine Erregung eine berechtigte war, überlasse er der Entscheidung der Versammlung. Stadtverordneter Wetekamp (Lib. Frakt.) erklärt, daß es seiner Fraktion schwer geworden sei, den Antrag zu stellen. Sie habe sich aber in einer Zwangslage befunden, da kein anderer Weg übrig blieb. Redner freut sich über die Erklärung des Vorstehers und hofft, daß zukünftig die Verhandlungen ruhiger geführt werden. Der Antrag wird darauf zurückgezogen.

Im September hatte die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat aufgefordert, festzustellen, wieviel Schöneberger Hausbesitzer das passive Wahlrecht besitzen und wie hoch sich die Summe der Steuern beläuft, die von diesen Hausbesitzern aufgebracht werden. Der Magistrat teilt in einer Vorlage mit, daß die Zahl dieser Hausbesitzer sich auf 902 beläuft und die Summe der Steuern 1 253 447 M. beträgt.

Stadtverordneter Starke (Lib. Fraktion) hält die Auskunft des Magistrats noch nicht für ausreichend. Es müßte auch die Zahl der wahlfähigen übrigen Bürger angegeben und die Steuern genau spezialisiert werden. Seiner Schätzung nach betrage die Zahl der übrigen wahlfähigen Bürger 27 000, denen also 902 Hausbesitzer gegenüberstehen, das sind 3,3 Proz. Diese Zahlen zeigen die Unhaltbarkeit des Hausbesitzerprivilegs. Vor hundert Jahren mag das vielleicht berechtigt gewesen sein. Heute kann man nicht mehr vom „Häuser besitzen", sondern nur noch vom „Häuser besetzen" reden. Das Häuser besetzen werde aber ebenso kaufmännisch betrieben wie jedes andere Geschäft. Davon besondere Rechte herzuleiten, dafür fehlt jede sittliche Berechtigung. Man müßte überhaupt es grundsätzlich ablehnen, politische Rechte von der Steuerleistung abhängig zu machen.

Oberbürgermeister Wilde erklärt sich bereit, die gewünschten weiteren Feststellungen zu machen. Die Zusammenstellung habe eine unglaubliche Arbeit verursacht. Besonders auffallend sei es, wieviel Frauen in Schöneberg Häuser besitzen.

Stadtverordneter Hepner (Unabh. Vereinig.) stimmt zu, weitere Feststellungen machen zu lassen. Es muß noch deutlicher klar gelegt werden, wieviel Steuern der Hausbesitz aufbringt. Die Steuern der Hausbesitzer begründen das Recht des Hausbesitzerprivilegs.

Stadtverordneter Gottschalk (Lib. Fraktion) hält die Ausführungen des Vorredners für vorsintflutlich. Wer die Zahlen objektiv berücksichtigt, muß das Hausbesitzerprivileg für unhaltbar erklären. Heute sind die Mieter auch schon seßhafter wie die Hausbesitzer. Der Besitzer eines Hauses wechselt heute viel schneller, während der Mieter wohnen bleibt. Das Dreiklassenwahlrecht bringe ja schon die Steuerleistung genügend zum Ausdruck. Das Hausbesitzerprivileg ist gänzlich veraltet.

Stadtverordneter Kunze (Unabh. Vereinig.) meint, daß Rechte nur von Pflichten hergeleitet werden können. Die Hausbesitzer haben eben größere Pflichten zu erfüllen. Diejenigen, die ein Haus besitzen, müssen von der Stadt beschützt werden. Wo würden wir hinkommen, wenn diejenigen, die nichts besitzen, über den Geldbeutel der übrigen zu bestimmen hätten und damit den Zukunftsstaat errichten.

Stadtverordneter Mollenbuhr (Soz.) erklärt, daß er kaum erwartet hätte, in der gegenwärtigen Zeit noch Leute zu finden, die eine derartig rückständige Einrichtung verteidigen. Bei der Schaffung des Privilegs ist die Steuerleistung nicht ausschlaggebend gewesen. Der Hausbesitzer ist doch nur der Ablieferer der Steuern. Es gibt Leute, die noch bedeutend größere Summen an Steuern abliefern, das sind die Steuererheber. Die Hausbesitzer ziehen die Steuern auch nur von den Mietern ein und führen sie an die Steuerkasse ab. Die Hausbesitzer nehmen dieselbe Rolle ein, wie die Steuererheber. Auch die Branntweinbrenner, Brauer, Zuckerfabrikanten usw. zahlen die Steuern nicht aus ihrer Tasche, sondern ziehen die Steuern genau so ein wie die Hausbesitzer. Es wird wohl kaum ein Hausbesitzer zu finden sein, der die Steuern aus seiner eigenen Tasche bezahlt. Den Nutzen des Hausbesitzerprivilegs für die Gemeinde kann kein Mensch nachweisen. Das Gegenteil sei leichter nachzuweisen. Durch die Kurzsichtigkeit der Hausbesitzer ist schon oftmals großes Unglück über einzelne Gemeinden hereingebrochen. Die Leute, die sich ein allgemeines Wahlrecht in den Gemeinden nicht vorstellen können, sind sicherlich aus Preußen noch nicht herausgekommen. Man richte den Blick auch nach anderen Ländern, wo wir schon heute ein allgemeines Wahlrecht zu den Gemeindekörperschaften haben. Man sollte doch annehmen, daß in die gesetzgeberischen Parlamente die klügsten Leute hineingesandt werden; aber derjenige, der ein Haus erwirbt, erwirbt dadurch noch lange nicht den nötigen Verstand. Das Hausbesitzerprivileg sei gleichbedeutend der früheren Auffassung, daß ein Mensch nur regieren könne, wenn er adelig ist. Was bei derartigen Privilegien herauskommt, sieht man noch heute in Mecklenburg. Jeder, der dort ein Gut kauft, erwirbt damit einen Sitz im Landtag. Es scheint so, als ob die mecklenburgischen Zustände auch auf Schöneberg übertragen werden sollen.

Stadtverordneter Hepner (Unabh. Vereinig.) sucht nochmals das Hausbesitzerprivileg zu verteidigen. Der Hausbesitzer ist für den Staat ein zuverlässiger Steuerzahler. Der Staat habe daher alle Ursache, für den Hausbesitzer einzutreten, weil die Interessen der beiden die gleichen sind.

Die Stadtverordneten Jetzow und Luley (Lib. Vereinig.) suchen ebenfalls die Berechtigung des Hausbesitzerprivilegs nachzuweisen. Ein besonderes Klagelied singt jedoch noch der Stadtverordnete Schüler (Unabh. Vereinig.), der den Anwesenden die Not der Hausbesitzer in bunten Farben vor Augen malt.

Die Stadtverordneten Dr. Boßberg und Zobel (Lib. Fraktion) wenden sich gegen das Hausbesitzerprivileg und wünschen ein gleiches Wahlrecht auch zu den Gemeindevertretungen. Die Stadtverordnetenversammlung, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehe, könne viel besser ihre Pflicht erfüllen, als bei der heutigen Interessenwirtschaft.

Damit schließt die Debatte. Die weiteren Punkte der öffentlichen Sitzung werden vertagt.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich am Montagabend in der Nürnbergerstraße zugetragen. Der 65 Jahre alte Kaufmann Daniel Lachmann, Pragerplatz 6 wohnhaft, gewahrte beim Ueberschreiten des Fahrdammes nicht einen Straßenbahnwagen der Linie 66 und lief gegen die Stirnwand des Waggons. Er wurde mit großer Gewalt zurückgeschleudert und stürzte mit dem Kopf auf den Straßendamm. In besinnungslosem Zustand wurde der alte Herr nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht, wo der diensttuende Arzt eine schwere Gehirnerschütterung sowie schwere Arm- und Kopfverletzungen feststellte. Nach Anlegung von Notverbänden wurde der Verunglückte nach dem Schöneberger Krankenhaus eingeliefert.

Charlottenburg.

Der Charlottenburger Magistrat teilt mit: Gelegentlich der bevorstehenden Osterversetzungen in den Schulen dürfte es weitere Kreise des Publikums interessieren, daß sich die Zweigstelle des städtischen Arbeitsnachweises Charlottenburg am Wittenbergplatz 4, Ecke Bayreuther Straße 8, auch mit dem Nachweis von weiblichen Lehrkräften für Nachhilfeunterricht befaßt. Außerdem sind auch englische, französische und italienische Sprachlehrerinnen sowie Kunstgeschichts-, Mal-, Musik-, Turn- und Handarbeitslehrerinnen in größerer Anzahl vorgemerkt. Die Vermittelung ist für beide Teile kostenlos.

Groß-Lichterfelde.

Bei der Einsichtnahme der Wählerliste hat sich herausgestellt, daß alle diejenigen Wahlberechtigten, die mit ihren Gemeindesteuern im Rückstande sind, in dieselbe nicht eingetragen sind und nicht eingetragen werden. Dies Verfahren ist gesetzwidrig. Auch diese Wähler müssen eingetragen werden, selbst wenn ihr Wahlrecht wegen rückständiger Steuern zurzeit ruht. Die Zurückgewiesenen wollen unter allen Umständen gegen die Richtigkeit der Wählerliste Einspruch erheben, ihre Eintragung beantragen und von allen vorkommenden Fällen die Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins: K. Wenzel, Sternstraße 27 III, oder Karl Pints, Dürerstraße 42 (Zigarrenladen), sofort in Kenntnis setzen.

Lichtenberg.

Stadtverordnetenversammlung. Am Montag hatten sich in dem festlich geschmückten Rathause die 48 neugewählten Stadtväter, darunter 15 Sozialdemokraten, zur ersten Sitzung eingefunden. Der Landrat des Kreises Niederbarnim, Graf Röder, leitete mit einer längeren Ansprache die Verhandlungen ein. Insbesondere hob der Redner hervor, daß ihm die Krankenhausbaufrage sehr am Herzen liege. Die bürgerliche Mehrheit, die trotz dem Drängen unserer Genossen die Krankenhausbaufrage bisher immer verschleppt hat, konnte sich diesen landrätlichen Wunsch ganz besonders ad notam nehmen. Der erste Punkt der Tagesordnung brachte die Einführung und Verpflichtung der Stadtverordneten, die durch Handschlag vom Landrat vorgenommen wurde und programmgemäß verlief. Alsdann wurde die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers vorgenommen. Von 48 abgegebenen Stimmzetteln waren 15 unbeschrieben, während die übrigen 33 Stimmen auf den Stadtverordneten Bankdirektor E. Plonz entfielen. Der neugewählte Vorsteher übernahm sofort die Geschäfte der Versammlung und leitete seine Tätigkeit mit einer Ansprache ein, die der erste Vertreter der Selbstverwaltung in ein Kaiserhoch ausklingen ließ. Unsere Parteigenossen hatten, in Erwartung der Dinge die da kommen sollten, jeder einzeln nach der Stimmenabgabe den Saal verlassen. Bei der Wahl des Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreters wurden 47 gültige Stimmen abgegeben, davon fielen 30 auf den Großindustriellen Herrn Hirsch, während 3 auf den Rechtsanwalt Schachtel und 14 auf unseren Genossen Grauer entfielen. Herr Hirsch beschränkte sich in seiner Ansprache auf Worte des Dankes und der Bitte um Nachsicht. Zu Protokollführern wurden die Gemeindebeamten Kühn und Hortian berufen, letzterer unter der Voraussetzung nachträglicher Vereidigung. Das Ortsstatut über die Zahl und Titel der Mitglieder des Magistrats wurde durch Annahme der Vorlage des bisherigen Gemeindevorstandes erledigt. Der Erste und Zweite Bürgermeister, der Stadtbaurat und acht Magistratsmitglieder, die unbesoldet sind und den Titel Stadtrat führen sollen, bilden den Magistrat. Die Besoldungsordnung für die Magistratsmitglieder bildete den weiteren Verhandlungsgegenstand. Der Erste Bürgermeister soll ein Grundgehalt von 12 000 M., ein Höchstgehalt von 15 000 M. und eine Wohnungsentschädigung von 1500 M. erhalten; der Zweite Bürgermeister: Grundgehalt 8000 M., Höchstgehalt 10 000 M.; Stadtbaurat: Grundgehalt 7000 Mark, Höchstgehalt 9000 M. — Der Erlaß einer Geschäftsordnung führte zu einer kurzen Debatte, die mit der Annahme des Antrages unserer Genossen auf Einsetzung einer gemischten Kommission von 11 Mitgliedern endete. Von unserer Seite gehören die Genossen Dümwell, Grauer und Seikel der Kommission an. Die erste Geldbewilligung betraf 27 950 M., die zur Beschaffung von Utensilien und Umbauten bei der Neueinrichtung der Verwaltung und 3638 Mark für die Einrichtung der neuen Stadtsparkasse, die aber später wiedererstattet werden sollen. Die Vorlage fand Annahme, es wurde Genosse Brühl in eine Kommission gewählt, die aus zwei Mitgliedern der Versammlung und einem Magistratsmitgliede besteht und die Beschaffung des Inventars besorgt.

Spandau.

Von der Tobsucht befallen scheint seit der Wahlrechtsdemonstration das „Spandauer Tageblatt" zu sein. Tagtäglich ergeht sich das Blatt in den blödesten Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie und deren Führer. Wir registrieren diese Tatsache einfach, da wir einmal bei unseren Lesern voraussetzen, daß sie wissen, woher das Blatt die geistige Kost bezieht und andererseits das Wurstblatt bei seinen paar Dutzend Abonnenten nicht viel Schaden anrichten kann.

In der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells wurde Genosse Felix Gospodar, Pichelsdorfer Straße 61 wohnhaft, als Vorsitzender gewählt. Ferner wurde beschlossen, die Sitzungen des Kartells bei Böhle, Lindenufer 17, weiter abzuhalten.

Aus Industrie und Handel.

Stresemann geht voran.

Bei den letzten Debatten über das Kohlensyndikat im Reichstag hat der sächsische nationalliberale Abgeordnete Stresemann einige Spitzen gegen das Syndikat angebracht. Dafür ist er nicht nur in verschiedenen Werksblättern gerüffelt worden, die Kohlenmagnaten haben auch offiziell Stellung gegen ihn genommen durch Kampfansage an die nationalliberale Partei. Auf der am 15. Dezember 1907 in Düsseldorf stattgefundenen Generalversammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller erklärte Generalsekretär Bueck, mit der Haltung der nationalliberalen Partei sei man nicht mehr einverstanden, man werde das Verhältnis zu ihr lösen müssen. Und niemand widersprach! Jedenfalls erwartete man, die Drohung werde genügend wirken und die „Heißsporne" sich nun größere Zurückhaltung auferlegen. Dr. Stresemann will aber anscheinend den Kampf mit Herrn Bueck aufnehmen. „W. T. B." berichtet aus Dresden vom 20. Januar: Der Verband sächsischer Industrieller trat heute zu seiner VI. ordentlichen Hauptversammlung zusammen, die etwa von 300 Industriellen aus ganz Sachsen besucht war. Nach dem Berichte des Syndikus, Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann, über die wirtschaftliche Lage und die Tätigkeit des Verbandes, wonach dem Verbande an 4000 Fabrikbetriebe mit 400 000 Arbeitern angehören, wurden Beschlüsse gefaßt, welche ein Vorgehen gegen die Lieferungsbedingungen der Kohlensyndikate empfehlen, sowie eine Resolution gegen die geplante Aenderung der Gebühren für die Benutzung von Fernsprechern in der von amtlicher Seite vorgeschlagenen Form, sowie eine weitere Resolution, welche die Förderung der Baumwollkultur durch Unterstützung von Bahnbauten im Interesse der deutschen Textilindustrie fordern.

Was wird nun Herr Bueck sagen? Wird er nun das Tischtuch zwischen der nationalliberalen Partei und der Großindustrie zerschneiden?

Einschränkung der Kohlenförderung in Nordamerika. Hervorragende an der Gewinnung von Weichkohlen Beteiligte haben, wie der „Frankf. Ztg." aus New York gemeldet wird, beschlossen, ihre Förderung um 60 Proz. zu verringern.

Von der sibirischen Eisenbahn. Die Verbindung Wladiwostoks mit der Transbaikal-Eisenbahn auf sibirischem Boden wird durch die Amurlinie als Endstrecke der sibirischen Bahn geplant, die nach Abschluß der jetzt im Gange befindlichen Vorarbeiten in einem bis zwei Jahren in Angriff genommen werden soll. Damit greift Rußland auf die ursprünglich beabsichtigte Strecke zurück, von der es nach Erwerbung der „Pachtbesitzungen" in der Mandschurei (Port Arthur und Dalny) abgegangen war. Der russisch-japanische Krieg jedoch vereitelte die mandschurische Endstrecke der sibirischen Bahn. Die gesamten Baukosten werden auf 291,6 Millionen Mark geschätzt, wobei sich die lumpige Dezimale besonders gut ausnimmt. Auf die Hauptstrecke entfallen 267,8 Millionen Mark, was der enormen Summe von 184 600 Mark pro Kilometer entspricht. Der Bau der westlichen Teilstrecke ist von der Regierung bereits begonnen worden; die Länge dieser Strecke bis zum Orte Urla beträgt rund 647 Kilometer.

Gerichts-Zeitung.

Geflickte Streikbrecher-Ehre.

Ihr obligates gerichtliches Nachspiel fand am Sonnabend vor dem Hannoverschen Schöffengericht die nach fünf Monaten zähen Kampfes mit dem Siege der Arbeiter beendete Aussperrung der Lauterberger Stuhlarbeiter. Angeklagt war der mitverantwortliche Redakteur des Hannoverschen „Volkswille" Genosse Thomaser, der 24 von Hamburg herbeigeholte Streikbrecher mit einem Male „beleidigt" haben sollte (von den 300 Ausgesperrten selber waren bis zur Beendigung des harten und langen Kampfes nur fünf Mann abtrünnig geworden!). Für die „dem Staat besonders nützlichen Elemente" focht natürlich die Staatsanwaltschaft. Die „Beleidigung" wurde erblickt in einer mit der Ueberschrift „24 Streikbrecher — 3 Tage Arbeit — 4 Unfallverletzte" versehenen Notiz des „Volkswille" aus dem September vorigen Jahres. In dem Artikel war warnend hingewiesen auf die „ernsten gesundheitlichen Gefahren für unsere heimische Bevölkerung", die „mit dem Import solcher Elemente, bei denen kaum die Spur von Reinlichkeitsbedürfnis vorhanden, verbunden" sei. Außerdem war zur Charakterisierung der Streikbrechertruppe von deren Herkunft aus dem Hamburger Kaschemmenviertel (den Kneipen des Schoppenstehls) die Rede. Der Staatsanwalt hatte als Zeugen den Gendarmeriewachtmeister Böhm aus Lauterberg laden und durch das Amtsgericht Herzberg vernehmen lassen. Dieser Beamte ist bekannt durch seine Liebesdienste gegen einen Lauterberger Fabrikanten, dem er nach kürzlicher Feststellung der Göttinger Strafkammer die polizeiliche Mitgliederliste des Bergarbeiterverbandes ausgeliefert hatte. Dieser Streich des Gendarmen hatte die Entlassung zahlreicher organisierter Arbeiter zur Folge. Durch die Aussagen dieses Beamten hielt das Gericht die Angaben des inkriminierten Artikels für „widerlegt". Genosse Thomaser beantragte vergeblich die Ladung einer ganzen Reihe von Zeugen, die den Wahrheitsbeweis für die Behauptungen des Artikels erbringen sollten. Das Gericht lehnte sämtliche Entlastungszeugen ab und erkannte gemäß dem Antrage des Amtsanwalts auf 200 M. Geldstrafe. Die Strafe wurde so hoch bemessen, weil die Streikbrecher „des gerichtlichen Schutzes besonders würdig" seien. — Die Firma Hillegeist in Lauterberg dokumentierte ihrerseits die „besonders" Streikbrecherwürde dadurch, daß sie nach Beendigung der Aussperrung sämtlichen 24 Streikbrechern mit ihrer reparierten Ehre den Laufpaß gibt.

Von der Fortbildungsschulpflicht.

Der Betriebsunternehmer Schuftan zu Breslau hatte, als mehrere seiner Buchhalter krank waren, einen Kaufmannslehrling vom Fortbildungsunterricht ferngehalten. Er wurde angeklagt. Das Landgericht sprach ihn frei, weil das Fernhalten des Lehrlings vom Unterricht durch die Krankheit der Buchhalter entschuldigt sei. Das Kammergericht hob seinerzeit das Urteil auf und verwies die Sache in die Vorinstanz zurück. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß es unzulässig sei, einen Lehrling dem Fortbildungsunterricht zu entziehen, um durch ihn erkrankte Gehülfen zu ersetzen. Das Fernhalten des Lehrlings wäre nur entschuldbar, wenn der Grund in seiner eigenen Person gelegen hätte. — In der neuen Verhandlung stellte nun das Landgericht fest, daß den Angeklagten lediglich der Gedanke leitete, einen der kranken Buchhalter durch den Lehrling zu ersetzen. Es verurteilte darum nunmehr den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Die Revision des Angeklagten gegen dieses Urteil wurde dieser Tage vom Kammergericht verworfen.

Unterschlagungen eines Stadtgendarmen.

Die Strafkammer des Landgerichts Dresden verurteilte am Montag den jetzt vom Dienste suspendierten Stadtgendarmen Gustav Reinhold Schmidt aus Hirschfelde wegen zweifacher Unterschlagung im Amte zu sechs Monaten Gefängnis.

Aus der Frauenbewegung.

Hülfe für geschlechtskranke Schwangere.

Die „Sanitätswarte", das Organ des in der Krankenpflege und in Badeanstalten beschäftigten Personals, veröffentlicht aus einem dem Arbeiterinnensekretariat von Fräulein Poppritz zugegangenen Schreiben folgendes:

„Der größte Notzustand, in den eine Frau geraten kann, ist wohl der, wenn sie als Frau von ihrem Ehemann, wenn sie als Mädchen infolge eines Verhältnisses mit einer Geschlechtskrankheit angesteckt wurde und zugleich in andere Umstände gekommen ist. Sie sieht ihrer schweren Stunde mit Recht mit noch größerem Bangen entgegen als eine gesunde Frau. Denn bei dem Charakter dieser furchtbaren Krankheit (Syphilis) ist die Gefahr nicht nur für ihre eigene Gesundheit eine größere, sondern sie muß befürchten, mit größter Wahrscheinlichkeit einem siechen Kinde das Leben zu geben. Das Siechtum dieses Kindes führt oft zu jahrelangen qualvollen Leiden und endet meist mit einem frühen Tod. Diese furchtbaren Leiden sind aber für Mutter und Kind abzuwenden, oder wenigstens in hohem Grade zu mildern, wenn bereits während der Schwangerschaft eine ärztliche Behandlung eintritt. Die Medikamente, die der gewissenhafte Arzt anwendet, wirken auf die Frucht im Mutterleibe zurück, und so kann eine syphilitische Frau doch noch ein gesundes Kind gebären. Im Interesse ihrer eigenen Gesundheit und der ihres kommenden Kindes ist es daher Pflicht jeder an einer Geschlechtskrankheit leidenden Frau, sich frühzeitig einer ärztlichen Behandlung zu unterwerfen.

Nun ist aber guter Rat teuer, wo eine solche sachgemäße Behandlung zu finden. Die meisten städtischen und staatlichen Anstalten weigern sich, syphilitische Wöchnerinnen aufzunehmen und zu entbinden. Darum mag es für viele Frauen von Nutzen sein, auf eine Klinik aufmerksam gemacht zu werden, die derartig kranke Frauen während ihrer Schwangerschaft aufnimmt, wo sie entbunden werden und der Säugling bis zu seiner völligen Heilung verbleiben kann. Es ist dies die Finsen-Klinik, Berlin, Reinickendorfer Straße 55, unter Leitung des Herrn Dr. Nagelschmidt, in der die Kranken nicht nur die sorgfältigste ärztliche Pflege genießen, sondern auch von seiten der Aerzte wie der Oberin, wie ja selbstverständlich, eine freundliche und humane Behandlung finden, und zwar wird durchaus kein Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Müttern und Kindern gemacht. In den freundlichen Räumen der Klinik werden den Kranken dreimal in der Woche durch Vorlesungen, Vorträge, musikalische Darbietungen Zerstreuung und geistige Anregung geboten, und bei schönem Wetter können sich die Patientinnen in dem großen Garten ergehen."

Dazu wird noch folgendes bemerkt:

„Die Preise der Klinik werden nach den Verhältnissen der Patienten bemessen (für Kassenmitglieder in Höhe des Krankengeldes der Kassen; für unbemittelte Wöchnerinnen und deren Säuglinge ist der Aufenthalt unentgeltlich). So bietet sich hier auch denen ein Weg zur Heilung, die sonst der Kosten wegen auf private Behandlung verzichten müssen.

Sind wir auch nicht über alle Einzelheiten der Anstalt unterrichtet, so bürgen doch der Name und die lanjährige Arbeit von Fräulein Pappritz wohl dafür, daß eine von ihr empfohlene Anstalt halten wird, was sie verspricht. Wir können daher den so unglücklich erkrankten Arbeiterinnen, verheirateten wie unverheirateten, nur dringend raten, die hier gebotene Hülfe anzunehmen."

Eine Kämpferin für die Sache des Proletariats. Vor kurzem wurde die Revolutionärin Maria Rygier von dem Mailänder Gericht zu 32 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie soll sich der Aufreizung, Gewalttätigkeiten, Gefangenenbefreiung usw. schuldig gemacht haben. Maria Rygier ist die Tochter eines polnischen Künstlers und einer Italienerin. Sie hat in Warschau eine ausgezeichnete Erziehung genossen, mußte dann wegen ihres Gesundheitszustandes nach Italien (wo auch ihre Eltern leben), wo sie sich der syndikalistischen Bewegung anschloß. Ihre glänzende Begabung führte sie bald an die Spitze der Bewegung, sie wurde Redaktrice des „Lotta di Classe" („Klassenkampf").

Lese- und Diskutierklub „Südost". Heute abend 8½ Uhr bei Tolksdorf, Görlitzerstr. 58: Sitzung. Gäste willkommen.

Lese- und Diskutierklub „Eintracht". Heute abend 8½ Uhr bei Beeh, Goßlerstr. 10/11: Sitzung. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 2 des 18. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Vorwärts! — Gegen die Ausnahmewirtschaft. I. Von Gustav Hoch. — Die Frauen und die Wahlrechtsdemonstrationen. — Her mit dem Fortbildungsunterricht für Dienstmädchen. Von Luise Zietz. — Eine deutsche Republikanerin. Von Wilhelm Blos. — Um das Frauenwahlrecht in Holland. Von M. Mensing und M. Wibaut. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Münchens. — Ein bedeutsamer Fortschritt der Bewegung in Essen. — Neujahrsgruß des Genossen Letzner-London. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenstimmrecht. — Quittung. — Feuilleton: Eispalast. Von Ferd. Freiligrath. (Gedicht.) — Nährikele. Von Gottlieb Schnapper-Arndt.

Für unsere Kinder: Spruch. Von Wolfgang Goethe. — Im Keller. Von Ernst Almsloh. — Der Reiter und der Bodensee. Von Gustav Schwab. (Gedicht.) — Die Wölfin. Von Tschechow. — Gutmann und Gutweib. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht.) — Im Walde. Von Brand. — Wie der Simplizius ein Mädchen wurde und die erste Schlacht mitmachte. Von A. Fendrich. — Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte. Nach Aesop. — Vergeßt der Vöglein nicht! Von Paul Bachr. (Gedicht.) — Peter Ochs. Dänisches Volksmärchen. — Der Hase im Kohl. Von Heinr. Seidel. (Gedicht.)

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom **„Wahren Jacob"** ist uns soeben die 2. Nummer des 25. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Seifenblasen" und „Der Ochse im Porzellanladen", sowie die weiteren Illustrationen „Harden-Isenbiel", „Der Tanz auf der Bombe", „Ein Zufriedener", „Eine Erklärung des Zaren", „Was der kleine Schorschi mit seinem Malkasten anfing" und „Zur Flottenvermehrung". Der textliche Teil enthält die Gedichte „Ballade", „Justitia", „Warum werden Versammlungen stets bewacht", „Neuestes Wintermärchen", „Deutschland, Deutschland über alles", „Der betrübte Flottenvereinler", „Stengels Monolog" (illustriert), „Der Volksvertreter", „Der Diamant" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons „v. Below-Plettenburg an v. Arnim-Schnodderheim", „Sterben", Skizze aus dem russischen Freiheitskampf, von Paul Enderling, und „Der Wasserkopf" (illustriert).

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, ☞ Fahrstuhl ☜ wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Z. T. Unverwendbar. — **Pelch Pankow 85.** Busch hat 6000, Schumann 7000—8200 Plätze. — **A. Z. 666.** Nein. — **E. 1876.** 1. Nein. Arbeiter und Lehrlinge unterliegen der Invaliden- und Altersversicherungspflicht auch dann, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 2000 M. übersteigt. Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker und Schiffsführer sind nur dann klebepflichtig, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt. Dieselben Personen können sich selbst versichern, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 2000—3000 M. beträgt. — **M. W.** Ja. — **Max Tommer.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **Artur 98.** 1. Die Forderung kann auch im Auslande geltend gemacht werden. 2. Die Verjährungsfrist beträgt, wenn kein Vorbehalt gemacht ist, zwei Jahre. — **W. A. 40.** Eine Geltendmachung von Ansprüchen wäre in Ihrem Falle aussichtslos. — **B. 58.** Das Dienstmädchen selbst. — **Boje.** Das kann unter besonderen Umständen gestattet werden. — **B. K. Rixdorf.** Wenden Sie sich an einen Vogelhändler oder Tierarzt. — **Z. 1.** Nein. — **P. S. 100.** 1. Zur Doppelzahlung sind Sie nicht verpflichtet. Aus Ihrer Darstellung erhellt nicht, inwiefern eine Doppelzahlung vorliegt. 2. Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft hat in diesem Fall zu zahlen. — **E. B. 218.** 1. 50 Mark. 2. Ja. — **B. 20.** Die Einschätzung ist zutreffend, da die hiesige Kirche 20 Proz. erhebt. Wegen eines Austrittsformulars können Sie sich an Genossen Hoffmann, Blumenstr. 14, wenden. — **Hebammentaxe.** Gesetzliche Gebühren der Hebammen gibt es nicht. Es sind angemessene Gebühren zu zahlen. Der Hebammenverein für Berlin und Vororte erachtet als angemessen für eine Entbindung 10—30 M., für den Besuch 1—2 M., für den Nachtbesuch 2 M., für eine Nachtwache 5—6 M. Bei Gericht werden auch andere Gebühren für angemessen erachtet. — **M. K. 348.** Deutschland hat 22 Universitäten einschließlich der Akademie zu Münster und der katholisch-theologischen Fakultät zu Braunsberg. Die Universitätsstädte sind: Berlin, Bonn, Braunsberg, Breslau, Erlangen, Freiburg i. Br., Gießen, Göttingen, Greifswald, Halle a. S., Heidelberg, Jena, Kiel, Königsberg i. Pr., Leipzig, Marburg, München, Münster, Rostock, Straßburg i. Els., Tübingen und Würzburg. Außerdem haben Berlin und Poppelsdorf eine landwirtschaftliche Hochschule. — **G. W. 77.** Ihre Geburtsurkunde und die Militärpapiere gebrauchen Sie bei der Heirat. Da Sie Bayer geworden sind, müssen Sie außerdem die Genehmigung der Heimatsbehörde beibringen. — **A. H. 73.** Wenden Sie sich an den Magistrat. — **M. K. 70.** Wenn Sie der Erbschaft innerhalb sechs Wochen nach Kenntnis von dem Tode entsagen, so haben Sie für nichts zu haften, sonst kann der Gläubiger Sie in Höhe des Nachlasses in Anspruch nehmen. — **Wilhelm G. 794.** Ja. — **R. T. 21.** Kommen Sie bei der Polizei um Freistellung ein, es kann die Gebühr bis auf 8 M. herabgesetzt werden. — **Sch. 60.** Das Waffentragen ist im Deutschen Reich nicht gesetzlich verboten, kann aber nach freilich bestrittener Ansicht durch Polizeiverordnung verboten werden. — **P. Z.** Ja. — **P. E. 100.** Die Polizei, nicht der Nachbar, kann die Einzäunung verlangen. — **P. 130.** Ein Ausländer (Nichtdeutscher) kann naturalisiert werden, hat aber keinen Anspruch auf Naturalisation. Der Antrag ist an die Polizei zu richten. Für den Fall der Genehmigung des Gesuchs betragen die Kosten 50 M. — **K. 125.** Unseres Wissens ist die Prüfung nur bei der Prüfungskommission in der Heidestraße möglich. Anders liegt es, wenn Sie die Schule besuchen und auf der Schule das Zeugnis erwerben. — **J. Cöslin.** Soweit ersichtlich nein. — **Antonie.** Eine Genehmigung ist nicht erforderlich. Sie hätte nach der Errichtung des Geschäfts dasselbe noch anzumelden. — **R. R. 61.** 1. Nein. 2. Nein; die Berufsgenossenschaft haftet. — **B. K. 46.** Die Betreffende soll Beschwerde bei dem Landesdirektor (Matthäikirchstraße) erheben. Die Beschwerde hat Aussicht auf Erfolg. — **G. P. 100.** Der Lehrer war im Recht. — **W. S. 30.** 1. Da nichts vereinbart ist, so besteht für Sie als Werkmeister die sechswöchentliche Kündigungsfrist zum Quartals-Ersten. 2 und 3. Nein. — **E. K. 70.** Die Unfallgenossenschaft hat in Ihrem Falle nicht zu haften. — **Erbärmlichkeit.** Da Sie Werkmeister sind, so ist die Vereinbarung einer 14tägigen Kündigungsfrist ungültig. Es besteht die gesetzliche sechswöchentliche zum Quartalsersten, Sie haben also Anspruch auf Gehalt und Beschäftigung bis zum 1. April.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 68—70 pr. 100 Pfd., IIa 62—67, IIIa 54—57. Bullenfleisch Ia 65—70, IIa 54—64. Kühe, fett 48—58, do. mager 36—44. Fresser 50—58, Bullen, dänische 51—63. Kalbfleisch, Doppellender 105—125, Mastkälber Ia 85—95, IIa 75—84, Kälber ger. gen. 55—71, do. holl. 45—50. Hammelfleisch Mastlämmer 74—76, Hammel Ia 68—70, IIa 60—65, ungar. 0,00, Schafe 45—58. Schweinefleisch 49—57. Rehwild Ia per Pfund 0,00. IIa 0,00. Rotwild Ia per Pfund 0,40—0,48, do. IIa 0,20—0,39, do. Kälber 0,25—0,45. Damwild 0,40—0,55, do. Kälber 0,50—0,65. Wildschweine per Pfd. 0,30—0,40. Frischlinge per Pfd. 0,50—0,60. Kaninchen, groß, Stück 0,80 bis 1,00, do. klein 0,40—0,60. Hasen, groß per Stück 3,40—3,70, do. mittel u. klein Stück 2,00—3,00. Wildenten per Stück 1,50—1,75. Fasanenhähne Ia, junge 2,75—3,25, do. IIa und alte 1,50—2,50. Fasanenhennen 1,00—2,25. Schneehühner Stck. 1,10. Birkhähne Stck. 1,10—2,00. Birkhennen Stck. 1,70. Hühner, Ia per Stück 1,50—2,30, dito IIa 1—1,45. Tauben Ia 0,50—0,85, do. IIa 0,00, do. alte 0,60—0,65, do. ital. 1,10. Enten, per Stück 1,50—2,50, do. russische per Stück 0,00, do. Hamburger, per Stück 3,20 bis 3,60. Gänse per Pfd. 0,50—0,60, do. Oderbrucher per Pfund 0,00, do. russische per Pfund 0,50—0,58. Poulets per Stück 0,75—1,10. Puten Ia p. Pfd. 0,70—0,80, do. IIa 0,55—0,65. Hechte per 100 Pfund 74—83, do. matt 0,00, do. groß 0,00, do. groß-mittel 70—77. Zander, unsortiert 0,00, do. groß 0,00, do. matt 0,00. Schleie, groß 0,00, do. uns. 0,00, do. IIa 0,00. Aale, klein 67, do. klein-mittel 0,00, do. groß 0,00. Karpfen, 70—80er 0,00, 50er, stumpf 52—55, do. französische 0,00, do. 71—76. Blößen 33—47, do. matt 0,00. Aland 0,00. Quappen 35—38. Weißfische 0,00. Wels 0,00. Bunte Fische 19—39. Barse 74—80, do. matt 33—63. Bleie 42—50, do. matt 23—25. Karauschen 0,00. Winter-Rheinlachs, per 100 Pfund 0,00. Amerikanischer Lachs Ia, per 100 Pfund 110—130, do. IIa 90—100. Seelachs, per 100 Pfund 15—20. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, do. mittel, Kiste 0,00, do. Hamb. Stiege 3—6, halbe Kiste 2—3, pomm. Ia Schock 0,00. IIa 0,00. Bücklinge, Kieler per Wall 2—3,00, schwedische 2,00—2,50, englische 0,00. Sprotten, Danziger, Kiste 0,70, do. Rügenwalder, Kiste 0,70. Aale, groß per Pfund 1,10—1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80. Heringe per Schock 5,00—0,00. Schellfische, Kiste 3,00—4,00, dito ½ Kiste 2,50. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85—90. Schottische Vollheringe 1905 0,00, largo 40—44, full. 38—40, med. 36—42, deutsche 30—40. Heringe, neue Matjes, per ⅛ To. 0,00. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe Faß 1,20—1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfaß 11, do. kleine 5—6, do. Riesen- 14. Krebse per Schock 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 cm 0,00, do. unsortiert 0,00, Galizier, groß 0,00. Seemuscheln 100 St. 1,00. Eier, Land-, unsortiert per Schock 4,00—5,80, do. große 6,00—6,50. Butter per 100 Pfd. Ia 123—126, IIa 116—123, IIIa 112—115, abfallende 100—106. Saure Gurken Schock 4,50. Pfeffergurken Schock 4,50. Kartoffeln per 100 Pfund Dabersche 3,00—3,75, weiße runde 3,00—3,25, mag. bon. 3,00—3,75. Porree, per Schock 1,00—1,75. Meerrettich, Schock 4—12. Spinat per 100 Pfund 20—35. Sellerie, per Schock 3—6, do. pomm. 6—10. Zwiebeln per 100 Pfd. 1,50—3,50. Petersilie, grün, Schockbund 0,80—1,50. Rettich, bayrischer, per Stück 0,06—0,10, hiesiger, per Schock 0,00. Mohrrüben, 100 Pfund 3,00 bis 4,00. Karotten, per 100 Pfund 10—15. Wirsingkohl p. Schock 3—7. Rotkohl, Schock 3—8. Weißkohl p. 100 Pfd. 2,00—3,50. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00, do. italienischer 100 Stück 25—35, do. in Körben 18 Stück 1,75—2,50. Rosenkohl, per 100 Pfund 16—30. Grünkohl 5,00—8,00. Kohlrüben, Schock 2,50—6,00. Petersilienwurzeln, per 100 Pfd. 5—6, Schockbund 5—6,00. Schnittlauch, Töpfe Dutzd. 3—4,00. Tomaten, kanarische, per Kiste 1,00—3,00. Rote Rüben, per 100 Pfund 2,50—3,00. Rübchen, Beelitzer, per 100 Pfund 0,00, do. Rübchen 7—18. Eskarol, 100 Stück 18—24. Endivien, 100 Stück 15—20. Birnen, per 100 Pfd. Tiroler 0,00, Kochbirnen 3—7,00, Tafelbirnen Ia 18—25, do. IIa 6—17, Ital. 10—22. Aepfel, per 100 Pfund, Tiroler Ia 22—30, do. IIa 12—20, do. lose, per 100 Pfund 0,00, do. in Kisten 120 Pfd. 30—50, Most-, hies., 100 Pfd. 0,00, Koch- 5—11, Tafeläpfel Ia 15—24, do. IIa 8—18. Amerikaner, per Faß 15—30. Italiener, lose, 100 Pfd. 8—12, do. in Körben per 100 Pfd. 13—25, do. in Kisten 10—25. Walnüsse 0,00. Paranüsse 0,00. Haselnüsse, lange, 100 Pfund 0,00, do. runde franz. 0,00. Weintrauben, Almeria, per Faß 6—18. Ananas I, per Pfund 0,80—0,90, do. II 0,40—0,60. Bananen, gelb, per 100 Pfund 8—20. Kokosnüsse per 100 Stück 0,00. Krachmandeln per 100 Pfd. 65—115. Maronen, ital., per 100 Pfund 9—20. Feigen, Kranz- per 100 Pfd. 20—22, do. Trommel- per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 28—58. Traubenrosinen per 100 Pfund 65—120. Zitronen, Messina, 300 Stück 7,25—10,00, do. 360 Stück 8,00—9,50, do. 200 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00. Apfelsinen, Murcia, 200 Stück 7,00—11,00, do. 300 Stück 7,00—11,00, do. Valencia 420 Stück 10—20, do. 714 Stück 12—22,00, do. Messina-Blut 100 Stück 8—9, do. 150 Stück 9—10. Mandarinen, Schachtel 0,45—2,00, do. 420 Stück 0,00, do. 100 Pfund 15—22. Datteln, per 100 Kart. 35—45. Johannisbrot, per 100 Pfund 10—15.

Genossinnen! Genossen!

Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, in Kliems Festsälen, Hasenheide Nr. 13|15:

Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

Der Kampf ums freie Wahlrecht in Preußen.

Referentin: Genossin **Klara Zetkin**-Stuttgart.

Wir ersuchen die Parteigenossen, ihre Frauen auf die Wichtigkeit der Versammlung für das weibliche Proletariat aufmerksam zu machen. Die Einberuferin.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 22. Januar.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Minna von Barnhelm.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)
Kleines. Der Unsichere.

Anfang 8 Uhr.

Lessing. Nora.
Neues Schauspielhaus. Wolkenkratzer.
Lustspielhaus. Panne.
Lortzing. Der Trompeter von Säkkingen.
Berliner. Blaubart.
Neues. Baccarat.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Hexenkessel. Immergrün.
Schiller Charlottenburg. Kollege Crampton.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Madame Sans Gêne.
Westen. Ein Walzertraum.
Theater an der Spree. Hokuspokus.
Komische Oper. Louise.
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
Residenz. Bibi.
Luisen. Mädchens Lebenswege.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Thalia. Immer oben auf.
Bernhard Rose. Der Kaufmann von Venedig.
Bürgerl. Schauspielhaus. Der Hüttenbesitzer.
Carl-Haverland-Theater. Spezialitäten.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Hymak. La belle Alexia. Gentes.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Mal was andres. Dunkle Punkte. Eine anständige Frau.
Gebr. Herrnfeld. Papa und Genossen.
Parodie. Nachtasyl. Rosenmontag. Tannhäuser.
Kasino. Die Freuden der Häuslichkeit.
Wintergarten. Robert Steidl. Spezialitäten.
Passage. Die singenden Engelsköpfe. Spezialitäten.
Borussia-Variété, Ackerstr. 6/7. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Theater 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Theater 8 Uhr: Australier und Urmensch. Hörsaal 4 Uhr: Dr. O. Krell: Motorballons und Flugmaschinen.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.

Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Abends 8 Uhr:

Blaubart

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Baccarat.
Hierauf:
Maud Allan: Vision der Salome.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Kleines Theater.

Zum erstenmal:
Der Unsichere.
Anfang 7½ Uhr.
Donnerstag: Mandragola.
Freitag: Der Unsichere.
Sonnabend: Mandragola.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Operette von Oskar Strauß.
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstr. 34.
Zum erstenmal:
Des Mädchens Lebenswege.
Donnerstag: Wallensteins Tod.
Freitag: Erziehung zur Ehe.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Abends: Zirkusleute.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Wallensteins Tod. Abends: Des Mädchens Lebenswege.
Montag: Ein gastliches Haus. Hierauf: Er muß taub sein.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Madame Sans Gêne.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Madame Sans Gêne.
Freitag, Sonnabend: König Heinrich.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtasyl.
Abends 8 Uhr: Madame Sans Gêne.

Lortzing-Oper.

Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Der Trompeter v. Säckingen.
Donnerstag abend 7½ Uhr: Das Glöckchen des Eremiten.
Freitag abend 7½ Uhr: Die Zauberflöte.

Residenz-Theater.

— Direktion: **Richard Alexander.** —
Abends 8 Uhr zum **2.** Male:
„Bibi."
Schwank in 3 Akten von de Gorsse und de Marsan.
Deutsch von M. Schönau.
Bretillot: Richard Alexander.
Sonntag, den 26. Januar, nachm. 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu verzollen?**

Parodie-Theater.

Dresdenerstr. 97. Anfang 8 Uhr.
Zum **4.** Male:
Nachtasyl.
Zum **81.** Mal:
Tannhäuser.
Monna Vanna.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
8 Uhr 4. Vortragsabend d. Wissenschaftlichen Vereins Prof. Dr. H. Klaatsch: Australier und Urmensch.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. O. Krell: Motorballons und Flugmaschinen.

Theater an der Spree

Köpenickerstr. 68, dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke
Täglich 8 Uhr:
„HoKuspoKus"
Neueste Berliner Gesangsposse.
(Ausverkauft bis Sonnabend inkl.)

Bernhard Rose Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Benefizvorstellung für den Oberregisseur H. Richter:
Der Kaufmann von Venedig.
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.
Donnerstag: Die arme Mieze.

Kasino-Theater.

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint — Hanni lacht
Operette in 1 Akt v. Jacques Offenbach.
Hierauf das neue bunte Programm
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Lustspiel in 3 Akten v. M. Hennequin.
Sonntag 4 Uhr: **Biederleute.**

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Panne.

Zentral-Theater.

Gastspiel des Hebbel-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

W. Noacks Theater

Direktion: **Rob. Dill.** Brunnenstr. 16.
In der Irre.
Schauspiel nach dem „Morgenpost"-Roman.
Anfang **8** Uhr. Entree **30** Pf.
Donnerstag Gr. Extravorstellung:
Othello, der Mohr von Venedig.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Cyprienne.**

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags **8 Uhr.** Sonntags **7 Uhr.**
Reichshallen-Restaurant: Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Hexenkessel.
Schausp. in 3 Akten von Georg Engel.
Hierauf:
Jungfer Immergrün.
Volksstück in 1 Akt v. E. v. Wildenbruch.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Hexenkessel.
Hierauf: **Jungfer Immergrün**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.
Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Philister. Hierauf: **Die Lore.**
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)

Mittwoch 9 Uhr: Vortrag von Dr. **Max Osborn: Rubens.** Mit Lichtbildern.

Biogr.-Theater „Westend"

Neu! Elegant! Interessant!
Täglich Vorstellung von 5—11 Uhr.
Sonntags von 3—11 Uhr.
Stetiger Eingang von Neuheiten.
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Mittwoch, den 22. Januar 1908, abends 7½ Uhr präzise:
Gala-Abend. Zum 1. Male: Auftr. d. Clowns **Randi - Dandie! Bros. Clarkonianks** aus Amerika! Das Phänomenalste auf d. Gebiet der Lustgymnastik! **The Kremo Family,** 10 Personen. Auftr. des Herrn Kommissionsrat **Gustav Stonebeck,** Direktor des Berliner Tattersalls als **Gast.** Ferner: Herr Ernst Schumann, Neudressuren. Fr. Estelle Prôval, Schulreiterin. Um ca. 10 Uhr: **Auf der Hallig!** Gr. Ausst.-Pant. d. Zirkus Busch in 4 Bildern. Vorher das gr. Progr.

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 22. Januar, abends 7½ Uhr:
Vorzügliches Programm,
u. a.: **Klein Family** mit dem urkomischen Neger.
Um 9½ Uhr zum **31.** Male, Ende 11 Uhr:
Das Tagesgespräch von Berlin:
Amerika
z. Z. der Sklaverei u. Trachten von 1861—1863.
Richter Lynch:
Das Fleddern eines Hammeldiebes.
Das Bad
der widerspenstigen Neger.
Rauh-Reiter
Manöver auf **import.** Maultieren.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
La belle Alexia, die Königin des Tanzes.
Walzerwahn von Mary u. Alfred Marquard.
Siegwart Gentes in seiner **Opernprobe.**
Hymack,
der Mann mit den Handschuhen.
Die 3 goldenen Jungfrauen.

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi etc.
Rauchen gestattet.
Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das große Programm.
Die erste Sensation im neuen Jahr:
Der Kraftjongleur Acosta.
14 elektrische Sterne musikalisch Ausstattungsakt.
Mestrum, Komiker.
Prolongiert! Prolongiert!
12 Akrobaten Lorch 12.
46 Variétékünstler.
Tunnel: Bockbierfest. Regimentskapelle, Tiroler Schrammeln.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Winter Garten
Neues Programm.
Ruth Vincent
Gesangskünstlerin.
Kaufmann-Truppe
reizende Radfahrkünstlerinnen.
Roches Affen
Der Affe als Kapellmeister.
Robert Steidl
der beliebte Humorist, und viele andere
erstklassige Spezialitäten.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr
Entree 20 Pf.
Gastspiel von
Baronesse Andrikonoff
mit ihrer Hundemeute.
Serenissima im Variété
verfaßt von
Dr. Fritz Friedmann.
Dazu der
Januar-Riesenspielplan.

Sanssouci
Kottbuser Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Beg. Sonnt. 5, Wochent. 8 U.
Morgen: **Gr. Elite-Soiree.**
Hochaktuelles Programm.
Tanzkränzchen.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Abends 8 Uhr:
●● **Der Gipfel** ●●
Herrnfeldschen **Humors**
Papa und Genossen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr bei halben Preisen:
Endlich allein!
und
Der Fall Blumentopf

Gustav Behrens-Theater,
Berlin W., Goltzstr. 9.
Das glänz. Januar-Programm.
Die berühmte Jahnke-Kompagnie,
Zahnathleten ohne Konkurrenz.
Vater und Sohn.
Volksstück mit Gesang.
Außerdem: **16 Spezialitäten.**
Jeden Abend: **Duskes Kinematograph.**
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5½ Uhr.
Jeden Sonnabendnachmittag 3½ Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
10, 20 und 30 Pf.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch **Reste!** Mocquetts. Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

VI. Wahlkreis.

Freitag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, in den Pharus-Sälen,
Müllerstraße Nr. 142:

Volks-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Stern** — ehemals evangelischer Geistlicher in Heidelberg — über: **„Jesus von Nazareth und das heutige Christentum."** 2. Freie Diskussion. 224/10*
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Einberufer.**

Passage-Theater.
Abends 8—11 Uhr:
Rudolf Mälzer
15 erstklassige Nummern **15.**

Zentralverband der Maschinisten und Heizer
sowie Berufsgenossen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Bezirk Osten.
Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, bei Litfin, Memelerstr. 67:
Bezirks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. **Regelung der Beiträge.** 2. Vortrag des Kollegen **Scheffel** über: **Auswanderung nach Amerika, sowie die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse daselbst.** 3. Verschiedenes. 145/2
Die Familienangehörigen der Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen.
Die Bezirksleitung. J. A.: W. Insel.

Sozialdemokr. Wahlverein für den 5. Berl. Reichstagswahlkreis
Sonntag, den 26. Januar 1908
in den **Sophien-Sälen,** Sophienstr. 18/19, großer Saal:
Kunst-Abend
unter Leitung von
Margarete Walkotte.
Mitwirkende: Frl. **Dibbern,** Konzertsängerin, **Mac Schulz,** Cellist, **Margarete Walkotte, Willi Hagen** vom Linden-Kabarett, **Otto Wiemer,** humoristische Dialekt-Dichtungen, am Flügel: Herr **Leonhard Nitsche.**
Eintrittskarten a 50 Pf. bei den Bezirksführern und in den mit Plakaten belegten Stellen.
Oeffnung des Saales um 4 Uhr, Anfang 5 Uhr.
Nach dem Konzert: **Großer Ball.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Während des Konzerts bleiben die Saaltüren geschlossen.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Das Komitee.

F. Happoldt's Neuer Konzertsaal.
Mittwoch:
Vörös Miska
mit 23 Künstlern.
Donnerstag: **Offeney.**

Buggenhagen
Montzplatz im Theatersaal täglich
Albert Böhme
und das
großartige Januar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militär-Kapellen:** Becker, Przywarski, Görisch, Neumann, Offeney, Lüttich.

Borussia Variété-Theater und Festsäle
Inh.: **J. Leschkowski.**
Ackerstraße 6–7.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftret. v. 15 Künstler-Spezialit.

Theater Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Berlins Tagesgespräch!
Mal was Anderes.
Revue in 3 Bildern.
Dunkle Punkte.
Eine anständige Frau.
Anfang 8 Uhr.

Masken-Garderobe
Carl Ernst
(Inhaber **Willi Ernst**)
Köpenickerstr. 126, 1 Tr.
Amt IV, 5062.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Rauchen Sie Phänomen Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

XVIII. volkstümlich. Vortragsabend von
Maria Holgers
Sonntag, 26. Januar, abds. 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:
Humor u. Satire. Mitwirkende u. a.: Konzertsänger **Eugen Brieger,** Komponist **Richard Kursch,** Regisseur **Alfred Walter-Horst,** vom Deutschen Theater in London. 17032*
Heinrich Heine. Gottfried Keller. Multatuli. Wilh. Busch.
Nach dem künstlerischen Teil: **Gesell. Beisammensein u. Tanz.**
Karten a **40 Pf. inkl. Tanz** in d. durch Plakate kenntl. gem. Geschäft.

Offene Erklärung!!!
an sämtliche Damen Berlins und Umgegend!
Allergrößte Eile dringend geboten!!!
Die noch ganz bedeutenden Restbestände des **großen Inventur- u. totalen Räumungs-Ausverkaufes**
bestehend aus
hochfeinen, mittleren und einfachen Originalmodellen, Reisemustern und Kopien, selbst für allerstärkste Figuren vorrätig,
in **Plüsch-, Astrachan-, Eskimo-Mänteln, Pelzkonfektion, Phantasiepelzen, Kostümen, Röcken, Blusen, Kinderkonfektion etc.**
sollen vor Eröffnung der Frühjahrs- und Sommersaison 1908 in 5 **Sortimenten** geräumt werden.

1	2	3	4	5
früher bis M. 18	M. 30	M. 50	M. 90	M. 160
jetzt nur M. 6	nur M. 10	nur M. 16	nur M. 30	nur M. 55

ca. 800 Kindersachen sollen Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend **verschenkt** werden, an **jede** Kundschaft, welche für M. 20,— einkauft!
Für die Reise nach dem Süden: Täglich Eingang von Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten!! Maßanfertigung!!
Konfektionshaus Westmann
Hauptgeschäft: Berlin W., **Mohrenstr. 37a,** an den Kolon. Filiale: Berlin NO., **Gr. Frankfurter Straße 115,** 2. Haus an der Andreasstraße.
Mein Trauermagazin für Damen- u. Mädchen-Garderobe unverändert **Mohrenstraße 37a.**
Filiale: Große Frankfurterstr. 115.
Verkaufszeit: 9½—2½, 3½—6½ Uhr.
Bitte im eigenen Interesse genau auf Firma und Hausnummer zu achten!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Helmut Klock
am 18. Januar 1908 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. Januar, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Rieder-Schönhausen-Nordend aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
111/1 **Die Ortsverwaltung.**

Berliner Radfahr-Arbeiter-Verein.
Mitgl. des Arb.-Radfahrerbundes „Solidarität".
Den Mitgliedern **zur Nachricht,** daß der Genosse
Helmut Klock
(6. Abt.) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand**

Zentralverband der Heizer und Maschinisten Deutschlands.
Zahlstelle Köpenick.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinist
August Sommer
am 18. d. M. im Kreis-Krankenhause zu Britz verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Grünauerstraße 34, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
145/3 **Der Vorstand.**

Die Beerdigung unseres Bruders
Karl Augustin
findet am Mittwochnachmittag 4 Uhr auf dem Friedhof der Zionsgemeinde in Nordend statt.
Richard Augustin.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Otto Brandt
sage ich allen Verwandten und Bekannten, sowie dem sozialdemokratischen Wahlverein und dem Metallarbeiterverband meinen herzlichsten Dank. **Witwe Anna Brandt.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters **August König** sagen wir den herzlichsten Dank. 26338
Die Hinterbliebenen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutsche Schande.

In Nr. 225 des „Vorwärts" vom 26. September war mitgeteilt, daß der Russe Josef Zabrzewski von der Polizei in Königshütte „entgegen richterlichen Beschlusses an Rußland ausgeliefert sei, von wo er wegen politischer Vergehen verfolgt wurde". Diese durch eine Privatdepesche übermittelte Nachricht wurde des näheren kritisiert. In Nr. 227 fand dann eine Zuschrift des Oberbürgermeisters von Königshütte Aufnahme, in der mitgeteilt war, daß eine Auslieferung des Zabrzewski „bisher nicht verfügt" ist. Hieran war von uns u. a. die Bemerkung geknüpft, daß unser sonst sehr zuverlässiger Gewährsmann in diesem Falle irregeführt worden sei. Unser Bedauern, eine falsche Nachricht gebracht zu haben, würde von der Freude über die Tatsache, daß Zabrzewski nicht ausgeliefert ist, überwogen werden, wenn nicht aus der Berichtigung selbst sich ergebe, daß die Polizeiverwaltung es nicht für ausgeschlossen hält, daß eine Auslieferung noch erfolge. In der Nummer vom 4. Oktober endlich war mitgeteilt, daß Zabrzewski den russischen Schergen nicht ausgeliefert ist, daß aber die Ausweisung Zabrzewskis erfolgt sei. Wegen des ersten dieser Artikel stellte der Oberbürgermeister Stolle von Königshütte Strafantrag wegen Beleidigung.

Gestern hatte sich deshalb vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lehmann unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Hans Weber, zu verantworten.

Die Verhandlung entrollte ein Bild

schmachvollster preußischer Schande gegenüber russischen Polizeischergen.

Nach Feststellung der Personalien soll nach der Strafprozeßordnung der Beschuldigte befragt werden, ob er etwas auf die Beschuldigung erwidern wolle, und dem Beschuldigten ferner Gelegenheit gegeben werden zur Beseitigung der gegen ihn vorliegenden Verdachtsgründe und zur Geltendmachung der zu seinen Gunsten sprechenden Tatsachen. In der gestrigen Verhandlung wurde dieses Recht des Angeklagten in sehr erheblicher Weise durch die Art und Weise eingeschränkt, wie der Vorsitzende die Ausführungen des Angeklagten fortdauernd unterbrach.

Der Angeklagte legte dar, die Mitteilung sei von einem sehr zuverlässigen Korrespondenten aus Breslau zugegangen, es sei notwendig, gegen die berichtete Auslieferung wegen politischer Vergehen zu protestieren. . . .

Vors.: Aber mußten Sie sich nicht sagen, daß das Gericht mit Auslieferungen gar nichts zu tun hat, demnach die Depesche falsch sein mußte? Ausweisungsbefehle werden nur vom Regierungspräsidenten und vom Polizeipräsidenten gegeben. Der „Vorwärts"

weiß

das,

also

haben Sie doch das auch gewußt. Sie mußten sich doch sagen, wenn es heißt „entgegen einem gerichtlichen Beschluß", da muß etwas falsch sein. Das Gericht hat nichts als die Ueberweisung an die Landesbehörde beschlossen. Der Regierungspräsident ist allein zuständig für Ausweisungen und Auslieferungen. So etwas mußte doch den Herren vom „Vorwärts" bekannt sein. Ich meine, gerade wenn Sie darauf achten, und die Ausweisungspraxis als ungerechtfertigt verfolgen, dann wissen Sie doch wohl ganz genau, daß hier lediglich die Regierungspräsidenten in Frage kommen. Ich möchte bemerken: Damals schwebte vor einem deutschen Gericht ein Verfahren gegen Zabrzewski und Genossen wegen nicht gehöriger Meldung im Grenzbezirk. Nun wurde die Sache schon vorher von Rechtsanwalt Czapla in die Hand genommen und gebeten, daß dieser Zabrzewski ungehindert reisen solle, wohin er wolle. In den Akten hat Zabrzewski erst erklärt, ich will nach Rußland. Nachher ist der Antrag vom Rechtsanwalt und von ihm selbst gestellt: ich will lieber nach der Schweiz. Das ist alles. Und da schreiben Sie solchen Artikel. Das ist das Bedenkliche, was gegen Sie spricht, daß Sie nicht nur eine nicht erweisliche Tatsache verbreitet haben, sondern sie grenzt an bewußte Unwahrheit, denn Sie konnten nicht annehmen, daß entgegen dem Gerichtsbeschluß die Polizei ausliefern würde. Sie mußten wissen, die Richter haben nichts auszuliefern.

Nach diesem, wie der weitere Verlauf der Verhandlung zeigte, das tatsächliche Verhältnis keineswegs richtig wiedergebenden Eingangsplaidoyer des Vorsitzenden für die Schuld des Angeklagten, ja darüber weit hinaus, da ja die Anklage lediglich eine formale Beleidigung aus § 185 dem Angeklagten zur Last legt, gelang es dem Angeklagten Weber, auf den Sachverhalt, wie er sich aus der Zeitung klar ergibt, hinzuweisen. Weber legte, fortdauernd von dem Vorsitzenden mitten im Satz unterbrochen, dar, daß ihm allerdings bei Eintreffen der Depesche nicht bekannt gewesen ist, daß das Gericht Auslieferungen nicht zu beschließen habe, sondern daß dies allein Sache des Regierungspräsidenten sei.

Die Frage des Präsidenten, ob er den Gewährsmann nennen wollte, verneinte natürlich Weber.

Präsident: Jedem Angeklagten ist es nicht verwehrt, die Unwahrheit zu sagen. Das ist zwar nicht sein Recht, aber man kann es nicht verwehren. Wir müssen ihm alles beweisen. Ja, wie sollen wir denn aber nach der Richtung Klarheit schaffen, wenn Sie sagen, ich nenne den Gewährsmann nicht.

Weber: Es wird wohl dem Gericht bekannt sein, daß im allgemeinen die anständige Presse es ablehnt, ihre Gewährsmänner zu nennen.

Präsident: Sie können tun, was Sie wollen. Wir sind aber dann nicht in der Lage, Nachprüfungen anstellen zu lassen!

Weber legt dar, daß der Zweck der Notiz im „Vorwärts" gewesen ist, die Schmach der Möglichkeit einer Auslieferung wegen politischer Vergehen zu geißeln.

Staatsanwalt: Weshalb war es notwendig, die Worte Schmach und Schande zu bringen?

Weber: Ich halte es freilich für eine Schmach und Schande, wenn jemand wegen politischer Vergehen ausgeliefert wird und speziell an das Russische Reich, wo ihm Sibirien und andere Annehmlichkeiten, auch wenn er unschuldig ist, in Aussicht stehen.

Präsident: Sie konnten gegen die Gesetze eifern, aber doch nicht gegen die Behörde, die nichts weiter tut, als die Gesetze anzuwenden.

Weber: Wenn in dem Artikel der Ausdruck deutsche Schande gebraucht ist, so ist klar damit ausgedrückt, die Möglichkeit einer solchen Auslieferung ist eine Schande für Deutschland.

Präsident: Sie wollten doch aber der Königshütter Polizei etwas am Zeuge flicken, die treffen?

Weber verneint dies. Die Polizei in Königshütte war ja doch nur ausführendes Organ event. des Regierungspräsidenten.

Mit Rücksicht auf eine Bemerkung des **Vorsitzenden**, alle anderen Zeitungen hätten sofort gemerkt, daß die Nachricht unrichtig sein müsse, legt der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. **Kurt Rosenfeld** eine Kattowitzer, eine Breslauer und eine Leipziger Zeitung vom 25. September vor, die alle drei die angeblich

bereits erfolgte Auslieferung melden.

Der Oberbürgermeister Dr. **Stolle** aus Kattowitz bekundet als Zeuge: Zabrzewski war des Mordes an einem russischen Obersten beschuldigt. Er hatte wohl in der Angetrunkenheit sich selbst dessen gerühmt. Aus dieser Beschuldigung ergab sich nichts. Es ergab sich aber, daß er mehrere Monat unangemeldet im Grenzbezirk gelebt hatte, und deshalb wurde gegen ihn prozessiert. Die Polizeiverwaltung wurde beauftragt, sobald die Sache erledigt sei, ihn in Haft zu nehmen. Am 23. September wurde dann das Urteil, das auf 6 Mark Geldstrafe, die durch die Haft als verbüßt erachtet wurde, gefällt. Der Verteidiger Rechtsanwalt Czapla kam zu mir und bat, dafür zu sorgen, daß Z. nicht ausgeliefert, sondern nur ausgewiesen würde. Ich gab eine ausweichende Antwort, da ich nicht selbst befugt bin, die Entscheidung zu treffen, sondern der Regierungspräsident. Nach einigen Tagen entschied der Regierungspräsident: Z. ist auszuweisen, es ist ihm die Wahl zu lassen, wohin er wolle.

nur nicht nach Oesterreich-Ungarn.

Am 30. wurden die Kosten für ihn nach Lindau hinterlegt und er reiste dahin. Veranlassung zum Strafantrag hat mir eigentlich der zweite Artikel, der nicht unter Anklage steht, gegeben. Ich habe mich aber auch durch den ersten Artikel beleidigt gefühlt. Den „Vorwärts" lese ich und habe infolgedessen die Berichtigung, die Aufnahme gefunden hat, an denselben eingesandt.

Rechtsanwalt **Czapla** aus Königshütte wird hierauf als Zeuge vernommen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, daß aus den Königshütter Akten zu erhellen scheine, daß der Mitangeklagte des Zabrzewski, sein Vermieter Czapla, mit dem Zeugen verwandt sei!

Zeuge Rechtsanwalt **Czapla:** Mit diesem Czapla bin ich nicht im geringsten verwandt oder verschwägert, die falsche Bekundung ist wahrscheinlich auf die

Vermutung eines Polizeibeamten

in die Akten gekommen.

Präsident: Sie sind aber auch in Langensalza geboren

Zeuge: Nein, in Kulm in Westpreußen. Mitte August erhielt ich den Auftrag Zabrzewski zu verteidigen. Mir wurde mitgeteilt, er sei in Untersuchungshaft genommen und befinde sich in Königshütte. Die Beschuldigung, die dem Z. gemacht wurde, erschien mir rechtabsurd. Er sollte nämlich

bei einem Ablaßfest

einen

Obersten der russischen Spitzel

mit der

Browningpistole

ermordet haben, und zwar an einem Ort unmittelbar an der Grenze! Daß die Sache völlig haltlos war, war mir sofort klar, als ich Z. zu sehen bekam. Mit dem Untersuchungsrichter und Amtsanwalt sprach ich, machte sie darauf aufmerksam, daß jedenfalls das deutsche Gericht nicht zuständig sei, da ja ein Ausländer im Auslande das Verbrechen begangen haben solle. Es bleibe da nur die unterlassene Meldung und ich bat um Beschleunigung. Mein Hauptbestreben war, die bestehende

Gefahr,

auf die ich aufmerksam gemacht worden war, zu beseitigen,

daß Z. ausgeliefert würde.

Dem Minister des Innern teilte ich den Sachverhalt mit, und ersuchte auch, ihn nicht nach der russischen Grenze auszuweisen. Es lag ja die Befürchtung vor, daß dem Mann, auch wenn er völlig unschuldig war, dort Unannehmlichkeiten gemacht würden. In der Uebertretungssache fanden zunächst zwei Verhandlungen statt, zu denen ich nicht geladen war, wiewohl meine Legitimation bei den Akten war. Zu dem 23. September war ich geladen. Der Termin endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 6 M., die durch die erlittene fünfwöchentliche Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. In der Verhandlung machte ich den Versuch, zu verhindern, daß Z. ausgeliefert würde. Das Gericht erklärte, das gehe dem Gericht nichts an, das sei Sache der Verwaltungsbehörde. Ich sprach dann mit dem Oberbürgermeister mit der Bitte, gegen die Auslieferung zu wirken. Etwa nach einer Woche wurde ich antelephoniert. Es wurde mir dann mitgeteilt, Z. könne hinfahren, wohin er wolle. Ich meinte, die österreichische Grenze ist etwa 30 Kilometer entfernt, eine andere Grenze 600 bis 800 Kilometer. Mir wurde entgegnet, nach den

bestehenden Vorschriften sei gerade die Route nach Oesterreich untersagt.

Ich kaufte dann ein Billett und sorgte dafür, daß Z. nach der Schweiz kam.

Ich befürchtete, es könnte die Auslieferung erfolgen, das glaubte ich aus Bemerkungen des Untersuchungsrichters entnehmen zu müssen, daß nach Erledigung dieser Sache eine Ablieferung an den Polizeirat Mädler erfolgen würde, den Chef der sogenannte Grenzpolizei. Mir war ferner von einem Kollegen aus Königshütte die vertrauliche Mitteilung gemacht, er sei im Gefängnis gewesen. Da sei ihm gesagt worden, daß

russische Beamte im Gefängnis gewesen seien, um sich Z. anzusehen.

Präs.: Z. hat nach dem Protokoll vom 23. September selbst erklärt, er wolle nach Rußland zurückkehren.

Zeuge: Das ist mir nicht bekannt. Am 30. September fragte ich ihn, der kein Wort Deutsch verstand, ob er nach Rußland gehen wolle. Da wurde sein Gesicht ganz blaß; er bekam einen furchtbaren Schreck, unter keinen Umständen wollte er nach Rußland. Den Auftrag zur Verteidigung erhielt ich von dem Parteisekretär Bruns aus Kattowitz. Von derselben Seite wurde mir das Reisegeld für Z. zur Verfügung gestellt. Der Zeuge legt wiederholt dar, daß der Eindruck für ihn gewesen sei:

sobald die Sache erledigt sei, würde Z. an Mädler ausgeliefert,

der dann das weitere besorgen solle. Die Auslieferung nach Rußland zu verhindern, sei sein Hauptbestreben gewesen. Zu meiner Befürchtung hatte ich Anlaß. Der Amtsrichter sagte mir, wenn die Sache hier erledigt ist, dann wird der Mann dem Mädler ausgeliefert. Eine ähnliche Bemerkung machte der Amtsanwalt mir gegenüber. Auf Antrag des Verteidigers Rechsanwalt Dr. Rosenfeld wird festgestellt, daß der

Polizeirat Mädler

unterm 6. September berichtete:

„Der Kreischef Menzin hat durch seinen Polizeimeister, der persönlich hier vorsprach, um seine Ausweisung gebeten."

Am 4. September berichtete Mädler:

„Gestern war der Polizeiwachtmeister da. Für den Fall der Haftentlassung wird um polizeiliche Zuführung gebeten."

Der Verteidiger nimmt ferner auf eine Verfügung des

Staatsanwalts in Königshütte

bezug, in der dieser an Polizeirat Mädler die Nachricht gibt, der **Auslieferung** des Z. stehen **keine Bedenken entgegen.**

Erster Staatsanwalt Steinbrecht hält eine schwere Beleidigung für vorliegend. Angeklagter sei wiederholt leider nur mit Geldstrafen bestraft. Im vorliegenden Fall könne von einer Geldstrafe keine Rede sein. Er **beantragte eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten.**

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. **Rosenfeld** beantragt die **Freisprechung.** Der Artikel geißelt lediglich das Auslieferungssystem und die Schmach der Möglichkeit einer Auslieferung. Der Auslieferungsvertrag wird als des preußischen Volkes unwürdig gegeißelt. In ähnlicher Weise sei im Reichtag noch im Jahre 1904 von den Abgeordneten Bebel und Müller-Meiningen der preußisch-russische Auslieferungsvertrag kritisiert. Dort sei auch vom Reichskanzler Bülow ausgeführt, daß Auslieferungen möglich sind, und daß auch Bismarck die Auslieferung von Mendelsohn und Deutsch angeordnet habe. Das Deutsche Reich hat abgelehnt, einen solchen Auslieferungsvertrag zu bewilligen, für Preußen besteht er. Daß das möglich, wird im Artikel als Schmach erklärt, die nur durch die Junkerherrschaft in Preußen möglich sei. Die Kritik richtet sich gegen das System, nicht gegen den Bürgermeister, der ja nur als ausführendes Organ der höheren Behörden eventuell in Betracht komme. Die Auslieferung ist allerdings tatsächlich nicht erfolgt. Aber nach der heutigen Verhandlung läßt sich nicht bezweifeln, daß allerdings die Auslieferung zu befürchten war. Wahrscheinlich ist sie gehindert auch mit durch diesen Artikel. Aus den verlesenen Aktenstücken ergibt sich klar, daß der Staatsanwalt in Königshütte von Auslieferung, nicht von Ausweisung geschrieben hat, die Nachricht nicht dem Regierungspräsidenten, sondern dem Polizeirat Mädler zugehen ließ. Z. hätte am 23. September entlassen werden müssen. Das ist aber nicht geschehen. Außer dem Inhalt der Akten spricht für die Absicht der Auslieferung die Aussage des Rechtsanwalts Czapla, seine Darlegungen über die Aeußerung des Amtsrichters und des Amtsanwalts und die vertrauliche Kunde, die ihm sonst zu Ohren gekommen ist. Aus derselben Aussage ergibt sich die Tatsache, die gar nicht scharf genug gegeißelt werden kann, daß russische Beamte in preußischen Gefängnissen zugelassen wurden, um sich Leute vorführen zu lassen und sie eventuell zu rekognoszieren. Der Vorwurf deutscher Schande und der Dienstbeflissenheit deutscher Polizei gegenüber dem russischen Regiment sei auch hierdurch erwiesen. Die Absicht der Auslieferung hat zweifellos bestanden. Der Angeklagte kann nicht bestraft werden, weil der Artikel das System geißelte, die Mißstände, unter denen alle leiden, beseitigen wollte, auf Beseitigung von Mißständen hinzuarbeiten, ist das gute Recht der Presse. Wenn das Reichsgericht zurzeit noch auf einem anderen Standpunkt steht, so ist nicht ausgeschlossen, daß es allmählich den richtigen Standpunk einnehmen wird. Es handelt sich aber hier auch um ein individuelles Interesse im Sinne des Reichsgerichts. Der Verteidiger tritt mit Wärme für Freisprechung des Angeklagten ein. Das beantragte Strafmaß sei geradezu ein horrendes.

Weber legt in seinem Schlußwort dar, der Bürgermeister ist nicht persönlich beleidigt. Will man durchaus einige Worte des Artikels, die das bestehende Auslieferungs- und Ausweisungssystem geißeln, auf die Polizei beziehen, so käme doch nur der für eine Auslieferung verantwortliche Regierungspräsident in Betracht, dessen ausführendes Organ der Oberbürgermeister von Königshütte sei, den zu beleidigen dem Angeklagten fern gelegen habe.

Nach ½stündiger Beratung macht das Gericht den Angeklagten darauf aufmerksam, daß eventuell auch aus § 186 (Behauptung nicht erweislicher Tatsachen) Bestrafung erfolgen könne. Es wird dann das Urteil dahin verkündet: Der Angeklagte wird wegen Beleidigung durch die Presse zu

6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Artikel enthalte Beleidigungen im Sinne der §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches. Dem „Vorwärts" solle nicht verwehrt werden, von seinem politischen Standpunkte aus, so scharf er will, seine Gegner zu bekämpfen. Er dürfe das aber nicht in einer beleidigenden Form tun. Gerade weil der „Vorwärts" so verbreitet ist und auf ihn ein solcher Wert gelegt wird, habe er eine besondere Pflicht, besonders vorsichtig darin zu sein, nur aufzunehmen, was baare Münze ist. Der Angeklagte habe im guten Glauben gehandelt, aber leichtfertig, weil er die Behauptung geglaubt habe, daß eine Auslieferung und zwar entgegen einem richterlichen Beschluß erfolgt sei.

* * *

Auf die durch die Verhandlung enthüllten Eigenartigkeiten ging die mündliche Begründung des Urteils nicht ein. Durch diese Verhandlung ist aber, wie unsere Leser ersehen, **Schlimmeres enthüllt,** als in unserem Artikel behauptet war. Das System der Knechtseligkeit Rußland gegenüber ist in einem Umfang bewiesen, wie selbst wir ihn nicht für möglich gehalten hätten. Darüber täuscht kein noch so hartes Urteil hinweg: die Verhandlung hat klar ergeben: Richter, Amtsanwalt, Staatsanwalt, Rechtsanwalt in Königshütte haben die **Auslieferung** eines völlig ungerecht Beschuldigten an **Rußland** teils für **selbstverständlich,** teils für **fast nicht abwendbar** erachtet. **Russische Polizeibeamte** sind in ein **preußisches** Gefängnis hineingekommen, um dort Amtshandlungen vorzunehmen. Wäre der Artikel des „Vorwärts" nicht erschienen, wer weiß, ob nicht Zabrzewski an Rußland ausgeliefert worden wäre. Die gegen das horrend harte Urteil eingelegte Revision dürfte Erfolg haben — wenn das Urteil den vollen Tatbestand erster Instanz mitteilt.

Eingegangene Druckschriften.

Camille Flammarion, Unbekannte Naturkräfte. Gebunden 6 M. geheftet 5 M. Verlag von Julius Hoffmann in Stuttgart.

Weltgeschichte. Lieferung 3—5. Herausgegeben von Professor Dr. J. v. Pflugk-Harttung. Erscheint in 80 Lieferungen a 60 Pf. Verlag: Ullstein u. Co., Berlin SW. 68.

Mitteilungen der Berliner Elektrizitätswerke. Nr. 1. 1908. Geschäftsstelle: Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 2/4.

Konstitution und Komplementität der Elemente. Von Dr. J. H. Ziegler. 2 M. Verlag: A. Franke in Bern.

La Confédération Générale du Travail von Emile Pouget. 64 Seiten.

La Décomposition du Marxisme von Georges Sorel. 64 Seiten.

Manifesto de la Komunista Partio de Karolo Marx, kaj Fredoriko Engels. Verlag: Charles H. Kerr & Co., Chicago.

Witterungsübersicht vom 21. Januar 1908.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	774	W	2	heiter	1	Haparanda	751	W	2	halb bd.	−7
Hamburg	777	WSW	4	Nebel	−1	Petersburg	752	W	2	Schnee	0
Berlin	777	W	2	bedeckt	2	Scilly	774	OSO	4	bedeckt	8
Frankf. a. M.	779	NO	3	wolkenl.	−1	Aberdeen	768	SW	2	wolkig	4
München	779	O	3	bedeckt	−1	Paris	777	OSO	2	bedeckt	2
Wien	777	NNW	3	wolkig	1						

Wetterprognose für Mittwoch, den 22. Januar 1908.

Teilweise aufklarend, vielfach nebelig bei mäßigen südwestlichen Winden, etwas kälterer Nacht und langsam steigender Tagestemperatur; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 20. 1. cm	seit 19. 1. cm [1]	Wasserstand	am 20. 1. cm	seit 1. 01. cm [1]
Memel, Tilsit	334 [2]	+27	Saale, Grochlitz	156	+8
Pregel, Insterburg	203 [3]	+35	Havel, Spandau [5]	105	+4
Weichsel, Thorn	222 [2]	+4	„ Rathenow [5]	153	+1
Oder, Ratibor	154 [1]	+22	Spree, Spremberg [5]	126	+24
„ Krossen	150	+4	„ Beeskow	154	0
„ Frankfurt	278 [2]	−3	Weser, Münden	−20	+15
Warthe, Schrimm	182	+6	„ Minden	45	−7
„ Landsberg	84 [4]	+4	Rhein, Maximiliansau	—	—
Netze, Vordamm	70 [4]	−2	„ Kaub	90	+1
Elbe, Leitmeritz	−20	+20	„ Köln	99 [1]	+3
„ Dresden	−150	0	Neckar, Heilbronn	32	+16
„ Barby	118	+36	Main, Wertheim	110	+13
„ Magdeburg	99	+9	Mosel, Trier	65	−4

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Eisfrei. — [5]) Treibeis.

Pharus-Säle, Müllerstr. 142.

Sonntag, den 26. Januar 1908:

Kunst-Abend

arrangiert von

Margarete Walkotte.

Mitwirkende:
Margarete Walkotte, Herr **Kun Arpad**, der jugendliche Violinvirtuos, Herr **Willi Hagen**, Rezitator, Frl. **Lucy Bogathy**, moderne Sprecherin, Herr **Dallmann**, Bariton, Herr **Bernhard Nitzsche**, am Flügel.

Entree **60 Pf.**, im Vorverkauf. Abendkasse **75 Pf.**

Anfang 7½ Uhr. **Anschließend Ball.**

Vorverkauf bei Herrn **Mazanke**, Zigarrenhandlung, Pankstraße 13, in der **Tabakarbeitergenossenschaft**, Kopenhagenerstraße 2, bei Herrn Restaurateur **Dojé**, Müllerstr. 32, bei Hrn. **Horsch**, Engelufer 15, bei Herrn **Fahrow**, Ravenéstr. 6, und in den **Pharus-Sälen**, Müllerstr. 142.

Zahnärztliche Klinik

SW., Belle-Alliancestraße 106 I, gegenüber Warenhaus Jandorf, und **N., Brunnenstraße 185 I**, am Rosenthaler Tor.

Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Plomben w. d. Unkosten berechnet. — Geöffnet von 9—6 Uhr. Sonntags 9—12 Uhr. 14212*

16941*

Inventur-Extrapreise

Nur einmal jährlich im

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Riesen-Auswahl!

Gardinen, Portieren, Stores, Vitragen, Tüll-Bettdecken etc.

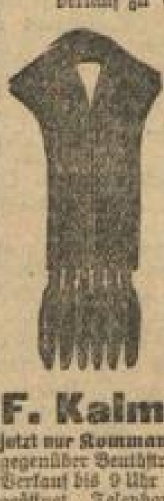
Einzelne Fenster spottbillig!

Pracht-Katalog mit ca. 600 Abbildungen

gratis und **franko.**

Pelzwaren

direkt aus der Fabrik, auch im Einzelverkauf zu Engrospreisen.



Stolas, Kolliers, Muffen, sehr schick garn., **Damenhüte, Baretts, Herren-, Knaben- und Mädchen-Garnituren, Fußsäcke, Jagdtaschen, Pelzdecken.** Sämtl. gangbaren Pelzarten a. Lager. Große Auswahl. Bestes Material. Keine Bazarware, keine Reisemuster oder sogenannte Gelegenheitskäufe, trotzdem billiger.

F. Kalman, Kürschnermeister, jetzt nur **Kommandantenstr. 15, I**, gegenüber Beuthstr., beim Dönhoffplatz. Verkauf bis 9 Uhr abends. Sonntags geöffnet. Telephon I 3917. *

Haben Sie Stoff?
*Ich fertige davon **Anzug od. Paletot** nach **Maass**, schick, dauerh. Zutaten, von **20 Mark an. Moritz Laband**, Neue Promenade 4, II. (Stdtb. Börse).*

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Ihr Gewicht wert in Gold, trotzdem

10 St. nur 30 Pfg.

Josetti

Deutsche Konzerthallen,

An der Spandauer Brücke 3.

Täglich

Deutsch-Amerikanischer Urbock-Trubel.

Spottbillig!!

Land- u. Waldparzellen,
wundervoll gelegen, nahe Bahnhof
Fredersdorf (Ostbahn)
□R von 7 Mark an.
Nieschalke & Nitsche,
Neue Königstr. 16. *

Wir empfehlen unseren Lesern folgende

Neuerscheinungen:

Alkoholfrage und Sozialdemokratie von **Emanuel Wurm.** Preis 30 Pf.

Vereinsrecht und Polizei. Eine Denkschrift gegen die Verpreußung und Verfächsung des deutschen Vereins- u. Versammlungsrechts. Preis 2 M.

Sozialdemokratische Flugschriften. IV. **Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten** in Industrie und Gewerbe, Bergbau, Schiffahrt u. Landwirtschaft. Preis 10 Pf.

Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften von **Adolf Braun.** Broschiert 75 Pf., geb. 1 M.

Geschichte des Sozialismus in Frankreich von **Paul Louis.** Preis brosch. 2,50 M., geb. 3 M. 245/4*

Die Philosophie Spinozas von J. Stern. Dritte, stark verbesserte Auflage. Preis brosch. 1,50 M., geb. 2 M.

Expedition des „Vorwärts"
Berlin SW. 68
Lindenstr. 69. Laden.

Sonnabend, den 15. Februar 1908 frei geworden.

Paul Litfin, Memelerstr. 67.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. +1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 1+

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre +1

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. 29702*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4. Bahnhof Börse. 264/11*

Hygienische Bedarfsartikel, billigste Bezugsquelle. Drogerie Weinbergsweg 1. 35R*

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Pfänderverkauf! Herrenanzüge, Winterpaletots jetzt extrabillig! Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Teppichverkauf, Gardinenverkauf. †58*

Metallbetten, hochmoderne, spottbillig, Ritterstraße 112 II. 101/6*

Bettfedern. Gänsehalbdaunen, sehr volldaunig, ist die beste Bettenfüllung. Schönhauser Allee 57, Geflügelhandlung, Bohlmann. 44R*

Bilder, Spiegel ohne Anzahlung, Uhren, Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Gardinen, Teppiche, Polsterwaren, Gaskronen, Herren-Konfektion, Teilzahlung von 0,50 pro Woche an, liefert Weber, Prenzlauerstraße 40. *

10.00. Deckbett, Unterbett, Kissen, rotrosa Inlett. Pfandleihe Andreasstraße 38. 74R*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00, Pfandleihe Andreasstraße 22. 75R*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Freischwinger, Regulatore 9,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. *

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extraliste gratis. 1098*

Gasbronzekronen, dreiflammig 6,00, Salongaskronen 15,00, Gaslyren 1,50, Gaswandarme 0,65, Schaufensterbeleuchtung, Gasbogenlampen, Gasparkocher 1,00, Zweiloch 3,00. Schröder, Hochstraße 43.

Similiseidene Steppdecken 4,15 (Seidenersatz), Wollatlas-Steppdecken 5,85, Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1088

Uhren, Gold- und Silbersachen kauft man gut und billig bei Adalbert Schütz, Deutschestraße 26. 2841R

Kinderwagen, Kinderbettstelle. Sommer, Wienerstraße 51. 2275b*

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993R*

Druckbänke, Rollerbänke, Stoßwerk, Exzenterpresse, Shapingmaschine, Bohrmaschine, Gewindebank, Supportdrehbank, Konkursmasse, billig, Kottbuser Ufer 33, Fabrikgebäude II, 9—12, 2—4. 242/1

Winterpaletots, Monatsanzüge wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzell, nur Rosenthalerstraße 10. 265/3*

Anzüge, Paletots, zurückgebliebene Maßsachen nach Inventur für die Hälfte des sonstigen Wertes. Bluhm u. Co., Friedrichstraße 212 I. Kein Laden! 2937b

Anzüge nach Maß mit Anprobe nach Inventur Serie I 35,—, Serie II 38,—, Serie III 42,—. Bluhm u. Co., Englische Herrenmoden, Friedrichstraße 212, I. Etage. 2638b

Nähmaschinen kaufen Sie immer 20 Mark billiger, Woche 1 Mark, im großen Nähmaschinen-Verkaufsgeschäft E. Kuntze, Mechaniker, Langestraße 95. 2634b*

Gaskocherhaus!!! Extragroße Gasparkocher!! 2,00. Gasplätteisen! Gasbügelapparat! Schneidereisen! billig. Gaslyren! 1½. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 151R*

Ladentisch, 4 Meter, mit dreiteiligem Bierapparat abgedeckt, so gut wie neu, Neusilber-Reschu, 3 Loch mit Grog- und Wurstwärmer, Billard mit Zubehör, 18 große Tische, Gaslyren billig zu verkaufen. Litfin, Memelerstraße 67. †45

Halbrenner und Damenfahrrad, Brennabor, kurze Zeit benutzt, 35,00. Große Frankfurterstraße 14, Hof geradezu. †45

Littauer-Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67, Ackerstraße 111. 2660b

Monatsanzüge und Winterpaletots sowie Joppen von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nat. Mulackstraße 14. 2639b*

Geschäftsverkäufe.

Vogelhandlung zu verkaufen Wienerstraße 1—6. 2655b*

Gutgehendes Milch- und Kolonialwarengeschäft billig zu verkaufen Ober-Schöneweide, Reuleauxstraße 7.

Friseurgeschäft Hauptstraße 80, oder Einrichtung allein sehr billig zu verkaufen. Näheres Rosin, Allensteinerstraße 24. 2662b

Wer kauft sofort oder später für 3000 ein gutgehendes Lampenspezialgeschäft, modern, lebhafteste Gegend Berlins. Branchenkenntnisse nicht erforderlich. „56 B.", Postamt 99.

Milchgeschäft ist zu verkaufen Nord-Ufer 13. †66

Seifengeschäft, 7000 jährlicher Umsatz, 45,00 Miete inkl. Wohnung. Schröder, Charlottenburg, Galvanistraße 5. †100

Vollrath Co., Elsasserstraße 21, verkauft wegen Krankheit Vorkostgeschäft, Bellermannstraße, für 1800 Mark. 146R

Vollrath Co., Elsasserstraße 21, verkauft Zigarrengeschäft Chorinerstraße, Miete 650, Tageskasse 20,—, Preis 1050 Mark. 147R

Vollrath Co., Elsasserstraße 21, verkauft Kolonial-, Südfruchtgeschäft Schivelbeinerstraße, Miete 600, Tageskasse 60,—, Preis 3000 Mark. 148R

Vollrath Co., Elsasserstraße 21, verkauft Parteilokal, zirka sechs große Vereine, Zahlstellen, Miete 1956 Mark, 24 Halbe hell, 4 Halbe Molz, 4 Halbe Weißbier, viel Schnaps, Preis 3200 Mark. 149R

Verschiedenes.

Eisholz, Komiker, frei Gropiusstraße 6. 2574b*

„Schmelzer". Beliebter Original-Volkshumorist, auch Gesellschaft, Stettinerstraße 57. †77

Volkssänger-Gesellschaft „Aufe", Swinemünderstraße 17. †90*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2553R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kokosky Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Zitherunterricht, Schulze, Greifswalder Straße 15. 2572b*

Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56. 2840R*

Platina, Gold, Silber, Gebisse, Kehrgold, sowie sämtliche gold-silberhaltigen Abfälle kauft Edelmetallschmelze Köpenickerstraße 29. Telephon IV. 6958. 102/14*

Alte Bücher und ganze Bibliotheken kauft zu höchsten Preisen Beyer, Oranienstraße 138. 2636b*

Komiker, billig, wohnt Köpenickerstraße 147, Schwarz. 2640b

Besohlanstalt, Annenstraße 29, empfiehlt den Genossen. Johann Protzka. 2656b*

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt 3a, 4375. 145R*

Vermietungen.

Laden, Stube, Küche 700 Mark, vermietet Eichbaum, Schöneberg, Hauptstraße 10.

Kantine, größere, im Westen gelegen, ist am 1. April zu vergeben. Erforderlich 2000 Mark. Offerten unter O. 5 an die Expedition dieser Zeitung. 2664b

Wohnungen.

Prächtige Zweizimmer-Balkonwohnungen billigst Soldinerstraße 32.

Wohnungen, billige, Balkon, Doppelfenster, Gas usw., zwei Zimmer, Küche (Bad), von 35 Mark an, ein Zimmer, Küche, Balkon, von 19 Mark an. Koloniestraße 30—31, Soldinerstraße 67—6a. 2391b*

Zimmer.

Flurzimmer, möbliert, 20 Mark; zweifenstriges Zimmer 30 Mark vermietet Schultze, Gitschinerstraße 78, vorn II. 2635b*

Möbliertes Zimmer, separat, für zwei Herren Maybachufer 6, Quergebäude III (Kottbuserbrücke). †11

Möbliertes Zimmer zu vermieten Strelitzerstraße 29, vorn III links. †90

Möbliertes Zimmer Schivelbeinerstraße 49, IV vorn. Bartsch.

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle, Schuh, Simon-Dachstraße 24, Eingang Simplonstraße B, Nähe Bahnhof Warschauerstraße. †108

Schlafstelle für Herrn vermietet Breitkopf, Luxemburgerstraße 32. †66

Schlafstelle, Herrn, Grüner Weg 59, vorn III, Richter. †45

Freundliche Schlafstelle, Herrn, Glave, Bergstraße 48 II. †58

Schlafstelle vermietet Bohem, Havelbergerstraße 6, Seitenflügel II.

Mietsgesuche.

Freundliche kleine möblierte Schlafstelle oder Zimmer (allein) von jungem Herrn gesucht NO., Nähe Friedrichshain. Offerten R. S. 84, Filiale „Morgenpost", Schönhauser Allee. †74

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Kaufmann, 24 Jahre, militärfrei, zurzeit in größerer Tageszeitung tätig, mit dem gesamten Abonnement- und Inseratenwesen vertraut, firm in doppelter Buchführung, Korrespondenz, wünscht sich per 1. März oder später zu verändern. Suchender war längere Zeit im Fachzeitschriften-Verlage tätig. Gefällige Offerten „K. S." postlagernd SW. 61. †58

Musiklehrer und Chordirigent Franz Dargel, Berlin W. 57, Großgörschenstraße 41. Uebernehme die Leitung von Arbeitersängerchören. Bisherige Tätigkeit im Osterländischen Arbeitersängerbund. 2638b

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Arbeiter-Gesang-Verein Alt-Glienicke sucht einen tüchtigen Gesangslehrer und Dirigenten. Meldungen bis spätestens Freitag den 24. dieses Monats. Adresse Gastwirt C. Witte, Köpenickerstraße 6. 137R

Versilberer verlangt Biering, Wolgasterstraße 3. 2827b*

Färbigmacher verlangt Raabe, Kurfürstenstraße 7. 102/13

Korrekten Schrifthauer, auch tüchtig im Verkaufen, bei fester Stellung verlangt Otto Rösler, Brunnenstraße 106b. †90

Suche intelligenten, redegewandten, soliden Herrn zum Besuche von Privatkundschaft. Wochenlohn 20 Mark und Provision. Offerten „B. 122" Postamt Schöneberg 1. 2630b

Tüchtigen Andrucker für Kreide sucht sofort Barnick, Hoffmannstraße 18.

Tüchtiger Bürstenkleber gesucht Alexanderstraße 35. 2661b

Wagenjustierer verlangen Müller u. Witzmann, Zossen. 144R

Paletotmamsells verlangt Ellingerstraße 76. 2663b

Krawatten-Vorarbeiterin, Lehrmädchen verlangt Geride, Baumschulenweg, Baumschulenstraße 14.

Gemeinschaftlicher Arbeitsnachweis der Goldschmiede. Berlin, Engel-Ufer 15.
Für **Berlin 1 Silberschleifer** verlangt.
1 Fasser, der auch gravieren kann.

Korbmacher

auf Peddiggestell und auf gewürfelte Reisekörbe (d. Zoll 18 Pf.) bei dauernde Arbeit (Reisevergütung). **R. Wengler, Korsgade 16, Kopenhagen.** *

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Zentrum:
Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
A. Hahnisch, Auguststr. 50.

Westen:
G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.

Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
R. Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.

Nordosten:
L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12.
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Karl Marx, Lychenerstr. 123.
Karl Weihe, Nazarethkirchstr. 40.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schrulle, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Gneisenaustr. 72.
H. Schröder, Hagelbergerstr. 27.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
M. Heinrich, Neckarstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Rummelsburg:
A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
R. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 39a.

Reinickendorf:
P. Gurich, Provinzstraße, Ecke Grünerweg.

Treptow: 245/3*
R. Gramenz, Kiefholzstr. 412.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.